Dienstag, 24. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 118 - 21.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

New York: 80 000 demonstrieren für sowjetische Juden

AFP/DW, New York

Etwa 80 000 Menschen haben in New York an einer Kundgebung teilgenommen, auf der gegen den drastischen Rückgang der Ausreisegenehmigungen für sowjetische Juden seit 1979 demonstriert wurde. Die Kundgebung war von der „Konferenz über die Juden der Sowjetunion" organisiert worden. Die amerikanische Hilfsorganisation teilte mit, in der *Zeit* zwischen 1979 und 1982 sei die Zahl der jüdischen Auswanderer um 95 Prozent von 51 320 Genehmigungen *auf 2688 zurückgegangen. In den* ersten fünf Monaten dieses Jahres hätten nur 114 sowjetische Juden eine Auswanderungserlaubnis von den Moskauer Behörden erhalten, obwohl von den zwei Millionen Sowjetjuden 500 000 die Ausreise beantragt hätten. Der republikanische Senator von New York, Alfonse d'Amato, verlas eine Grußbotschaft des Präsidenten an die Kundgebungsteilnehmer, in der Ronald Reagan versicherte, er werde „weiterhin alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel benutzen, um die Freiheit für die sowjetischen Juden zu erreichen".

ZITAT DES TAGES



„Die Maxime lieber rot als tot bietet keine Alternative, da der Kommunismus den langsamen Tod bedeutet."

Alexander Solschenizyn, im Exil lebender sowjetischer Schriftsteller, in einem Interview der Londoner „Times". FOTO: DPA

Irland: Straßenkämpfe

dpa, London/Belfast

Zu den schwersten Straßenschlachten seit Mai 1981 ist es in Nordirland über Pfingsten gekommen. Zwei Nächte hintereinander bekämpften sich Jugendliche der katholischen Provinzen in der nordirischen Stadt Londonderry mit bewaffneten Sicherheitskräften. Die Jugendlichen warfen Hunderte Benzinbomben und setzten ein Polizeifahrzeug in Brand. Es gab mehrere Verletzte. Gleichzeitig kam es im Terroristengefängnis auf der Insel Wight zu einer Häftlingsrevolte.

Startbahngegner

dpa, Frankfurt

Zu Zusammenstößen zwischen rund 200 Startbahngegnern und der Polizei ist es am Pfingstsonntag bei der Startbahn West des Frankfurter Flughafens gekommen. Nach Polizeiangaben zündeten *zwölf* maskierte Personen auf der Baustelle ein Feuer an. Als ein Wasserwerfer sich näherte, warfen die Demonstranten acht *Molotow-Cocktails auf das Fahrzeug* und flüchteten anschließend. Mehrere Einsatzwagen der Polizei wurden beschädigt.

SPORT

Automobil-Preis

DW. Bonn

Der Franzose Alain Prost gewann auf Renault-Turbo in Spa den Großen Automobil-Preis von Belgien. – Zum Auftakt der Weltmeisterschafts-Saison gab es durch die Sowjetrussin Galina Sawinkowa einen neuen Diskus-Weltrekord von 73,26 m. Den internationalen Hochsprung-Wettbewerb von Eberstadt gewann der Frankfurter Gerd Nagel mit 2,27 m. Seiten 13, 14 und 15

WIRTSCHAFT

Kohl: Osthandel nicht zu Lasten der Sicherheit

dpa/VWD, Bonn

Die Bundesregierung ist bereit, den Osthandel neu zu überdenken. Wie Bundeskanzler Helmut Kohl dazu gestern in einem in Bonn verbreiteten Interview erklärte, sei aber eine neue Kontroverse auf dem Ende dieser Woche in Williamsburg beginnenden Wirtschaftsgipfel „ausgeschlossen". Er habe mit US-Präsident Reagan vereinbart, dieses Thema „wenn überhaupt, nur am Rande" zu behandeln. Kohl sagte, er bejahe die Notwendigkeit des Osthandels, doch dürfe dieser „auf keinen Fall" *zu Lasten der Sicherheitsinteressen* gehen. „Wir werden militärisch relevante Güter nicht an Moskau oder anderswohin exportieren." Vom Wirtschaftsgipfel in Williamsburg verspricht sich Kohl eine „präzise Abstimmung des gemeinsamen Tuns". Hemmnisse für einen weltwirtschaftlichen Aufschwung sieht der Kanzler derzeit im hohen Zinsniveau der USA und in der „wuchernden Neigung zum Protektionismus". Dauerhaftes Wachstum sowie ein Abbau der Arbeitslosigkeit sei nur über eine Belebung der Investitionen zu erreichen.

Mehr Kfz-Zulassungen

VWD, Flensburg

Über eine Million fabrikneue Kraftfahrzeuge sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres bis April 1983 in der Bundesrepublik und Berlin zugelassen worden. Das waren 4,7 Prozent mehr als im ersten Drittel des Vorjahres und nur 30 000 Kfz weniger als im gleichen Zeitraum des bisherigen „*Auto-Rekordjahres*" 1978.

Textil rückläufig

dpa/VWD, Frankfurt

Die Textilindustrie in der Bundesrepublik leidet weiterhin unter Auftragsmangel. Nach den Berechnungen des Spitzenverbands Gesamttextil in Frankfurt wurde im ersten Quartal dieses Jahres ein Auftragsrückgang von nominal zwei und preisbereinigt von fast vier Prozent verbucht. Dabei traten die Inlandsaufträge auf der Stelle, während die Auslandsbestellungen um sieben Prozent niedriger als ein Jahr zuvor waren. Für die ersten drei Monate belief sich die Textilausfuhr auf 5,2 Milliarden, die Einfuhr auf *7,3 Milliarden Mark.*

Wohnungsbau wächst

VWD, Heilbronn

Mit einem Wachstum zwischen drei und vier Prozent im Wohnungsbau *rechnet das Institut für* Wirtschaftsforschung, München, für 1983. Gleichzeitig warnte aber der Leiter der Abteilung Bau und Wirtschaft, Volker Russig, vor der Mitgliederversammlung des Deutschen Industrieverbands in Heil*bronn vor allzu* euphorischen Erwartungen für die Baubranche.

Einnahmen für FIFA

dpa, Stockholm

Mit 93 Millionen Schweizer Franken aus Fernsehrechten und Werbung rechnet der Internationale Fußballverband FIFA als sichere Einnahme aus der kommenden Weltmeisterschaft 1986. Diese Einnahme sei schon vor der Vergabe nach Mexiko sicher. Das sind 18 Millionen Mark mehr als in Spanien.

Keine Belebung

Genf (VWD) – Der Generalsekretär der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), Gamani Corea, sieht bisher keine Anzeichen *für eine dauerhafte Belebung* der Weltwirtschaft. In seinem am Dienstag in Genf veröffentlichten Bericht für die sechste Unctad-Tagung, die am 6. Juni in Belgrad beginnt, schreibt Corea, die Gefahr einer großen Depression sei noch nicht gebannt.

WETTER

Unbeständig

DW. Essen

Ein Tiefdruckgebiet über der Adria beeinflußt mit seinen Fronten das Wetter in Mitteleuropa. Im Norden und Nordwesten wechselnd wolkig und kaum Niederschlag. Sonst stark bewölkt und Regen. Temperaturen 13 bis 19 Grad.

Heute in der WELT

Innerhalb der SPD wächst der Einfluß der Anti-NATO-Fronde

Gemäßigte Sozialdemokraten besorgt / „Aus" für den Doppelbeschluß?

G. BADING/R. MONIAC, Bonn

Die SPD-interne Auseinandersetzung über den künftigen Kurs der Partei in der Außen- und Sicherheitspolitik hat sich in den vergangenen Tagen verschärft. Die Vorbereitung einer Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Juni machte deutlich, daß einflußreiche Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur die Zielsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bekämpfen, sondern darüber hinaus auch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Verteidigungsbündnis ablehnen.

Die Besorgnis „rechter" Sozialdemokraten über den Einfluß der Anti-NATO-Fronde in der Partei ist inzwischen derart groß geworden, daß die Befürworter der Allianz den Kampf zugunsten des Doppelbeschlusses für verloren halten und in den nächsten Monaten ihre Anstrengungen darauf konzentrieren wollen, zu verhindern, daß die SPD ihr Bekenntnis zugunsten der westlichen Verteidigungsgemeinschaft weder verklausuliert noch offen revidiert. Bislang ist nicht sicher, ob die von *Horst Ehmke ausgearbeitete* Beschlußvorlage für die Klausur am 1. Juni, die am vergangenen Freitag im Arbeitskreis I der Fraktion heftig umstritten war, in dieser Zielsetzung eine verläßliche Verdeutlichung bringen wird.

Im Arbeitskreis war beschlossen worden, einen entsprechenden Vorschlag des Fürther SPD-Abgeordneten Horst Hasse, der verlangte, die NATO als das „solidarische und politische Bündnis der westlichen demokratischen Staaten verstärkt zu fördern", in die Vorlage für die Klausur einzuarbeiten.

SEITE 2:
Zu anderen Ufern
Weitere Beiträge auf den Seiten 4 und 5

Jenseits dieser Bonner internen SPD-Auseinandersetzungen sammelte einer der entschiedensten NATO-Gegner in der SPD, Oskar Lafontaine, auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken die ihn unterstützenden Kräfte. Dabei wurde abermals das „Recht auf Widerstand" bis hin zum Generalstreik proklamiert. Wie sich der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt und der *heutige* Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in diesem Streit stellen, ist nach ihren Äußerungen über Pfingsten nicht eindeutig klar geworden. Bei einem Treffen der bayerischen SPD in Dachau sagte Vogel, die inneramerikanische Entwicklung, die „Freeze-Resolution" im US-Repräsentantenhaus sowie die deutliche Kürzung des US-Verteidigungshaushaltes durch den Senat könne auf die Genfer Mittelstreckenverhandlungen nicht ohne Einfluß bleiben.

Schmidt erklärte in einem Interview der „Washington Post", er sei noch nicht davon überzeugt, daß die US-Regierung in Genf ernsthaft verhandele. Sie habe aber noch die Zeit, das zu tun. Reagans Regierung werde ihre guten Absichten deutlich machen müssen, bevor er, Schmidt, die Aufstellung moderner Atomraketen in Europa Ende dieses Jahres bekräftigen könne. Schmidt meinte, die Pershing 2 im kommenden Dezember in der Bundesrepublik zu stationieren werde „sehr schwierig" sein, wenn die USA nicht „die Kontroverse über das Wie und Wo der Aufstellung der interkontinentalen MX-Raketen lösen".

Vergeltungsschlag der Südafrikaner

Luftangriff auf „Sabotageeinrichtungen" in der Hauptstadt von Moçambique

SAD/AFP, Pretoria/Maputo

Mit einem Luftangriff auf einen Vorort der moçambiquischen Hauptstadt Maputo hat Südafrika gestern morgen auf das blutige At*tentat vom Freitag im Zentrum von* Pretoria reagiert.

Ziele waren nach Angaben von Verteidigungsminister Magnus Malan „Militär- und Sabotageeinrichtungen" der in Südafrika verbotenen schwarzen Unabhängigkeitsbewegung „African National Congress" (ANC) und eine „Raketenstellung der moçambiquischen Armee zum Schutz der terroristischen Anlagen".

In Maputo wurde der Luftangriff Südafrikas *gestern* bestätigt. Der ANC gab an, mehrere seiner Mitglieder seien bei dem Angriff getötet worden. Die Zahl sei noch ungewiß. Er dementierte jedoch kategorisch, über Einrichtungen in Moçambique zu verfügen.

Nach Angaben des südafrikanischen Verteidigungsministers waren dem blutigen Bombenanschlag auf das Luftwaffen-Hauptquartier in Pretoria 17 Menschen getötet und über 200 verletzt worden. Der Anschlag sei der mörderischste, der in Südafrika jemals verübt wurde. Die seit 1960 verbotene Anti-Apartheid-Bewegung ANC sei für dieses Attentat verantwortlich, wie Malan erklärte.

Der General wies bei der Bekanntgabe gestern in Johannesburg darauf hin, daß die südafrikanische Regierung in der Vergangenheit wiederholt die Verbindungen zwischen dem ANC und der moçambiquischen Armee angeprangert *und die Regierung* in Maputo davor gewarnt habe, den nach Moçambique geflohenen „Terroristen" Schutz und Unterstützung zu gewähren. Pretoria – so der Verteidigungsminister – werde die Destabilisierung eines Teils seiner Be*völkerung „egal ob weiß, schwarz* oder braun" nicht dulden.

Nach den Worten des Generals wurde die angegriffene moçambiquische Raketenstellung zerstört. Sämtliche südafrikanische Maschinen seien nach dem Angriff unbe*schädigt* zu ihren Stützpunkten zurückgekehrt. Über eventuelle Bombardierungsopfer machte der Verteidigungsminister keine Angaben.

Zwischen Südafrika und Moçambique hatten Anfang dieses Monats zum zweiten Mal seit der Unabhängigkeit Moçambiques und dem Machtantritt von Samora Machel im Jahr 1975 Kontakte auf Regierungsebene stattgefunden. Die Delegationen *trafen sich* am Grenzposten Komatipoort in Transvaal. Während Südafrika der moçambiquischen Regierung vorwarf, ANC-Mitgliedern Schutz zu gewähren, beschuldigt Maputo seinerseits Pretoria, die Rebellen der Bewegung *„Resitentia National Moçambicaner"* zu unterstützen.

Nach Informationen der südafrikanischen Polizei scheint es festzustehen, daß der Bombenanschlag von vergangener Woche in Pretoria von der PLO, die ANC-Terroristen ausbildet, organisiert wurde. Die PLO verfüge unter den islamischen Indern Südafrikas über einen starken Anhang.

Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha erklärte unter Hinweis auf den Vergeltungsschlag, Südafrika werde gegen Moçambique, Lesotho und Botswana, als Ausgangsbasen der ANC-Terroristen, militärische und wirtschaftliche Gegenmaßnahmen ergreifen.

Seite 2: Dritte Front

Strauß: Zulagenwesen durchforsten

Er warnt aber davor, den öffentlichen Dienst „zum Prügelknaben zu machen"

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat die Bonner Koalitionsparteien davor gewarnt, den „öffentlichen Dienst zum Prügelknaben zu machen und ihn vor allem an den Pranger zu stellen". In einem WELT-Gespräch sagte Strauß, mit den Sparentscheidungen sei das Kabinett in dieser Frage an die „Grenzen und Möglichkeiten des Zumutbaren herangegangen". Strauß: „Ich bin dagegen, daß man den Staatsdienern alle Folterwerkzeuge zeigt."

Auch das für 1984 geplante Einfrieren der Beamtenbezüge sei nicht der einzige Weg, um zu sparen. „Luft", so meinte Strauß, gebe es zum Beispiel „im Zulagenwesen". Er erinnerte an den Vor*schlag* des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU), Einschränkungen beim Weihnachtsgeld im öffentlichen Dienst vorzunehmen, ohne sich diese Anregung zu eigen zu machen. Hier könne für das 13. Gehalt eine Obergrenze von 2000 Mark geschaffen werden.

Zur Tarifsituation im öffentlichen Dienst sagte Strauß, als Ministerpräsident wünsche er „kein weiteres Auseinanderklaffen" zwischen den Bezügen der Beamten und denen der Angestellten und Arbeiter. Zwei Prozent Gehaltserhöhung für die Beamten und „ein höherer Abschluß für Angestellte und Arbeiter würde zu Irritationen führen", sagte Strauß.

Auf die Frage, ob er in den Sparbeschlüssen der Bundesregierung den Abbau von Subventionen vermisse, antwortete Strauß: „Noch jede Bundesregierung hat am Beginn ihrer Amtszeit feierlich versichert, die Subventionen abbauen zu wollen. Zum Schluß sind es häufig mehr als zuvor gewesen." Ein konkreter Fall, wo es um Subventionen in beträchtlicher Höhe gehe, sei die weitere Zusammenarbeit mit Frankreich in der Luft- und Raumfahrt, zum Beispiel bei der Entwicklung des nächsten Airbus-Typs.

Überdenken müsse Bonn allerdings sein Verhalten im Konzert der EG, meinte Strauß. Bonn trete dort „zu rücksichtsvoll" gegenüber denjenigen Regierungen auf, die „meinen, rücksichtslos auf Kosten anderer vorgehen zu können". Strauß: „Die Bundesrepublik Deutschland benimmt sich dort wie ein frommer Ministrant, der jedem Bischof dient." Er glaube ohnehin nicht, so sagte Strauß, daß die „europäische Idylle" anhalten werde. Die Franzosen, die ihre Lehren zwar selber ziehen müßten, würden, was ihren wirtschafts- und *finanzpolitischen* Kurs angehe, „Milch trinken, in der mehr Wasser ist". Spanien und Portugal benötigten große Kredite. Strauß: „Wer soll das bezahlen?"

Jena: Neue Aktivitäten von Pazifisten

F. D./dpa, Berlin

Nach der Abschiebung von acht in der „DDR"-Friedensbewegung engagierten Bürgern aus Jena nach West-Berlin am vergangenen Freitag sind über das Pfingstfest weitere Bewohner der „DDR" in den Westen ausgereist. Nach Informationen aus dem Berliner Freundeskreis der „DDR"-Friedensbewegung seien mindestens zwei weitere Personen in Berlin eingetroffen, weitere würden in der nächsten Zeit erwartet.

Wie von der WELT *berichtet*, waren in der vorigen Woche vier Männer, zwei Frauen und zwei Kinder über den S-Bahnhof Friedrichstraße aus der „DDR" abgeschoben worden. In West-Berlin liegen Berichte über neue Aktivitäten der Jenaer Friedensgruppe vor, die aus etwa 80 Anhängern bestehen soll. Danach hätten sich einige von ihnen am Donnerstag unter eine von der FDJ organisierte Kundgebung gemischt und pazifistische Plakate mitgeführt. Außerdem *sei* es ihnen gelungen, auch einige Sätze über einen Lautsprecher zu sagen, bis sie von den Sicherheitskräften abgedrängt wurden.

Proteste Bonns und Ost-Berlins

AP, Bonn

Scharfen Protest der Bundesregierung bei der Ständigen Vertretung der „DDR" hat ein Luftzwischenfall über der innerdeutschen Grenze zur „DDR" ausgelöst. Ein Regierungssprecher teilte gestern mit, das Bundeskanzleramt habe dagegen protestiert, daß ein Sportflugzeug aus der Bundesrepublik Deutschland, das am Samstag versehentlich in den Luftraum der „DDR" geraten war, beschossen wurde und zwei „DDR"-Hubschrauber bei der Verfolgung der Maschine über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geflogen seien. Die Ständige Vertretung der „DDR" wies die Anschuldigung der Bundesregierung dagegen zurück. Ihr Leiter, Ewald Moldt, wurde nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN angewiesen, seinerseits Protest gegen die Verletzung des „DDR"-Luftraums einzulegen.

Ein Sprecher der Flugleitung des Sonderlandeplatzes Fulda-Jossa, wo die Maschine gestartet war, erklärte, der Pilot habe für den Flug keine Flugerlaubnis gehabt.

Seite 2: Schießbefehl

Kommunisten: Nachschub der NATO blockieren

W. KAHL/DW. Dortmund

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und ihre Jugendorganisationen haben offenbar die Blockierung von Nachschubtransporten für NATO-Basen in ihren Kampf gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung fest einbezogen. Unter dem Stichwort „Friedensspionage" wird in Nordwestdeutschland ein Spitzel- und Spähernetz aufgebaut. Auf einer Großveranstaltung von SDAJ und MSB Spartakus in Dortmund wurde in einer „Dokumentation" zu technischen Eingriffen, zu Sabotage und zu Behinderungen der Nachschubtransporte durch Gruppen aufgerufen, die sich „höchstpersönlich den Zügen in den Weg stellen, setzen, legen".

Betretenes Schweigen herrschte, als von SDAJ-Chef Werner Stürmann der Bundesregierung vorgeworfen wurde, sie wolle politische Gegner durch „Ausweisungen" ausschalten. „Versprecher" rief einer aus dem Publikum. „Du meinst wohl die Genossen drüben. Was ist denn mit den Thüringer Friedenskämpfern, warum sind die ausgewiesen worden?"

DER KOMMENTAR

Koalitions-Gipfel

HERBERT KREMP

Sicher geht es nicht nur um das „Klima" in der Bonner Koalition, wenn die bayerische CSU anregt, die drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß und Genscher sollten sich von Zeit zu Zeit zu Chef-Beratungen treffen. Dafür spricht auch der Umstand, daß einer der Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, dem Bundeskabinett nicht angehört, an Strategie und Taktik der Regierungsarbeit aber gleichwohl beteiligt werden sollte: gemäß legitimen Anspruchs und gemäß einzubringender Erfahrung.

Darüber kann es Streit eigentlich nicht geben. Auch der sogenannte Kressbronner Kreis während der Großen Koalition 1966 bis 1969 war kein „Überkabinett", sondern eine Konsultations-Runde. Der damalige Bundeskanzler Kiesinger und der Chef des Koalitionspartners, Willy Brandt, trafen sich am Bodensee in wechselnder Begleitung, um fern des Getöses über einige Schachzüge nachzudenken. Was immer dabei herauskam – viel war es am Ende nicht: Es hat noch nie geschadet, wenn sich Politiker mehr Zeit nehmen, als ihre Terminführer ihnen zubilligen. An der Richtlinien-Kompetenz des Kanzlers ändert sich durch Konsultationen nichts. Sie wird nicht berührt, solange der Kanzler sie wahrnimmt.

Der Widerstand, den die Generalsekretärin der FDP gegen die Beratungsgipfel anmeldet, beruht auf einer Art Berührungsangst vor Strauß. Sie ist ebenso weit verbreitet wie unbegründet. Der FDP-Vorsitzende selbst teilt sie nicht. Ihm kann es ebenso wie dem Bundeskanzler nur recht sein, wenn der CSU-Vorsitzende raumzeitlich Möglichkeit erhält, seine Ansichten zur Regierungspolitik zu äußern, die er mitträgt. Da er kein „stiller Teilhaber" ist, weil er es nicht zu sein braucht, äußert er sich sowieso. Ein nicht allzugroßer runder Tisch ist der beste Platz.

Sache des Bundeskanzlers wird es sein, den Charakter der Konsultationen bei den Koalitionsgesprächen zu wahren und strenge Regelmäßigkeit der Treffen zu vermeiden. Es handelt sich nicht um ein Institut im Siedlungsraum der Verfassung. Die Entscheidungen liegen bei Kanzler und Kabinett. So will es die gute Ordnung.

Honecker: Besuch nur aufgeschoben

DW. Berlin

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hat zu erkennen gegeben, daß seine Absage für einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig gemeint ist.

In einem von der japanischen Zeitung „Nihon Heizai Shimbum" veröffentlichten Interview sagte Honecker, im Interesse beider deutscher Staaten und Europas sollten beide Seiten aufgrund der Erfahrungen der deutschen Geschichte darauf hinwirken, „daß beide deutschen Staaten vernünftig zusammen leben und zusammen arbeiten. Warten wir also die weitere Entwicklung ab. Aufgeschoben bedeutet nicht aufgehoben."

Zur Begründung für die Absage erklärte der SED-Chef in dem Interview, in der Bundesrepublik Deutschland seien Kräfte am Werk, die eine grundlegende Wende in der Politik gegenüber der „DDR" herbeiführen wollten. Es sei international üblich, daß man Staatsbesuche gut vorbereitet. Honecker: „Man braucht eine Atmosphäre, die es ermöglicht, Fortschritte in den Beziehungen von zwei Staaten zu erzielen."

Der Staatsratsvorsitzende und Parteichef gab das Interview aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen *zwischen der „DDR" und Japan.* Die Bemerkungen, daß der Besuch in der Bundesrepublik nur „aufgeschoben" sei, wurde auch von der offiziellen Nachrichtenagentur ADN verbreitet. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hingegen überging diese Äußerung Honeckers.

Dreiergespräch der Koalition am 1. Juni

dpa, Bonn

Das seit längerem geplante Dreier-Gespräch der Vorsitzenden der Bonner Koalitionsparteien ist jetzt für den 1. Juni vorgesehen. Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß wollen dabei über Fragen sprechen, die für die Koalition von CDU, CSU und FDP von Belang sind. Eine solche Gesprächsrunde war bereits in Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl vom 6. März in Aussicht genommen worden. In jüngster Zeit war es inbesondere zu Meinungsverschiedenheiten zwischen CSU und FDP in der Außen- und Deutschland-Politik gekommen.

Der Termin für den „Koalitionsgipfel" wurde bekannt, nachdem FDP-Generalsekretär Irmgard Adam-Schwaetzer einen Vorschlag von CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel für ein neues Bonner Koalitionsgremium abgelehnt hatte. Waigel hatte empfohlen, die Vorsitzenden der Unionsparteien und der FDP sowie die drei *Fraktionsvorsitzenden sollten* von Zeit zu Zeit zusammenkommen. Dies wäre eine sinnvolle Einrichtung für Vereinbarungen der Regierungspartner zur Sicherung des Koalitionsklimas. Sie gäbe auch Strauß, der als einziger Vor*sitzender einer Koalitionspartei* dem Bundeskabinett nicht angehört, die Möglichkeit, „ganz wichtige Dinge" *auch im vornhinein mit* Kohl und Genscher zu erörtern.

Bereits jetzt finden regelmäßig Spitzengespräche zwischen den Vertretern der Koalitionsfraktionen statt.

Auch Ungarn ruft zum Kampf gegen Korruption

Moskau führt Kampagne im eigenen Land verstärkt weiter

AFP, Budapest/Moskau

Die politische Kampagne gegen die Korruption in der UdSSR ist von der sowjetischen Presse am vergangenen Wochenende intensiviert worden. Gleichzeitig hat auch das Parteiorgan der ungarischen KP zum Kampf gegen illegale Bereicherung in bestimmten ungarischen Gesellschaftskreisen aufgerufen.

Sowohl das Gewerkschaftsorgan „Trud" als auch die Moskauer „Prawda" berichten übereinstimmend über Bestechungspraktiken im täglichen Wirtschaftsleben, die nach den Worten des stellvertretenden Generalstaatsanwaltes der UdSSR, Sergej Schischkow, bereits „unsittliche Ausmaße" angenommen hätten. So habe eine Kolchose in Usbekistan kürzlich an die 30 000 Rubel (über 100 000 Mark) für einen Empfang seiner Geschäftspartner hinausgeworfen.

Nach Angaben der „Prawda" sind in Moskau sechs Personen wegen Wirtschaftskriminalität verurteilt worden, darunter der Direktor einer Holzfabrik zu zehn Jahren und sein Stellvertreter zu sechs Jahren Haft. Beide sollen Berichte über die Bilanzen ihres Unternehmens „frisiert" haben. Unter dem Tisch hätten sie noch 15 000 Rubel von Kaufhäusern kassiert. Auch in Kiew *soll derzeit ein Prozeß* gegen mehrere Vertreter von Handelsorganisationen laufen, die in einer Korruptionsaffäre „Zehntausende" von Rubeln für sich beiseite geschafft hätten.

Selbst auf Gebieten, wo man auf bessere Sitten hoffen dürfte, ist deren Verfall zu beklagen: So seien Bestechungsgelder an Ärzte üblich geworden. Ebenso mache die Korruption auch vor den Pforten der Universität nicht halt: Gierige Dozenten, von der „Prawda" namentlich benannt, verlangen von ihren Studenten finanzielle „Entlohnung", wenn sie beim Examen Nachsicht üben.

Auch das ungarische KP-Blatt „Nepszabasag" wertet die Wirtschaftsverbrechen als politisch relevant. Bereits im April hatte sich das ungarische Zentralkomitee besorgt über die steigende Jugendkriminalität geäußert. „In den letzten Jahren" hätten „bedauerliche Beispiele gezeigt, wie es selbst in einem sozialistischen Land zu politischen Spannungen kommen" könne, kommentierte das Blatt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schießbefehl

Von Horst Stein

So ist sie nun mal, die ehrenwerte Gesellschaft, die sich selber eine Regierung nennt, und immer, wenn es ums Offizielle geht, die strikteste Beachtung protokollarischer Finessen fordert: Im Zweifelsfalle gilt stets der Schießbefehl. So auch jetzt wieder, als sich ein Sportflieger aus der Bundesrepublik, tölpelhaft vielleicht, angesäuselt womöglich, wer weiß, im Luftraum über der deutsch-deutschen Demarkationslinie verfranzte.

Irrflüge von Piloten kommen allüberall vor. Die Luft hat nun mal weder Balken noch Hinweisschilder, und das Wetter zu Pfingsten war diesmal ja auch danach. In zivilisierten Ländern jedoch regelt man derlei Affären zivil, das heißt unbürokratisch, und in sportkameradschaftlicher Lässigkeit, indem man die fremde Maschine auf ihren Navigationsfehler aufmerksam macht.

Nicht so in der „DDR", obwohl auch sie gerne vom „geregelten Mit- und Nebeneinander" spricht. Freilich geschieht dies vorzugsweise stets dann, wenn sich eine Entwicklung gegen ihren eigenen Vorteil kehrt. Trotzdem: „Unheimliche Begegnungen der dritten Art", Ufos oder NATO-Provokateure, das wird sogar Schnitzlers Schwarzer Kanal einräumen müssen, sind am Himmel über der „DDR" bislang wohl kaum gesichtet worden.

Es hat also, kurz gesagt, keine Veranlassung bestanden, eine harmlose Sportmaschine buchstäblich gleich mit dem schwersten Geschütz herunterzuholen.

Aber das Ostberliner Regime hat sich selber und seine Grenzwächter in all den Jahren offensichtlich so neurotisiert, daß das Wort „Problemlösung" nur noch mit „Feuer frei!" übersetzt werden kann. Das kommt freilich nicht von ungefähr; an dieser perniziösen Entwicklung haben auch die Bonner durch stillschweigendes Gewährenlassen mitgewirkt. Denn sie hielten, was sich dort als Gratwanderung zwischen Handkantenschlag und Selbstschußanlage zeigte, für ein tastendes Suchen nach größeren Freiheiten. Wissen sie wenigstens jetzt Bescheid?

Geschichtsbewußt

Von Carl Gustaf Ströhm

Auch ein kleines Land kann großes Format haben. Das zeigte sich an der Selbstverständlichkeit und, so muß man sagen, auch Furchtlosigkeit, mit der Österreich und seine Hauptstadt Wien zum nunmehr dritten Mal den „Sudetendeutschen Tag" aufgenommen haben. Prager Proteste wurden vom Ballhausplatz zurückgewiesen. Der höchste Repräsentant des österreichischen Staates, Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, erinnerte daran, daß die Sudetendeutschen auch in den schwersten Zeiten nach dem Ersten Weltkrieg zu Österreich gehören wollten.

Ein Sudetendeutscher Tag in Wien hat also eine andere Dimension als ähnliche Veranstaltungen etwa auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland: Wien zeigt sich nämlich bei solchen Anlässen immer noch als heimliche Hauptstadt des Donauraums – und damit als heimliche Hauptstadt der Sudetendeutschen. Hier wurde den weitangereisten Teilnehmern, die heute in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder gar als Amerikaner in Übersee leben, die Macht der Geschichte bewußt, die in uns allen weiterwirkt, auch wenn wir das nicht wahrhaben wollen.

Man kann die furchtbaren Ereignisse der letzten Jahrzehnte nicht vergessen machen – aber die Geschichte von Jahrhunderten läßt sich ebensowenig durch einen Federstrich annullieren. Das ist der Irrtum der kommunistischen Machthaber, für den die Geschichte auch von ihnen eines Tages den Preis fordert.

Unsinnig ist es, den „Sudetendeutschen Tag" als ein Treffen von „Revanchisten" zu bezeichnen. Es war eine friedliche Versammlung friedlicher Menschen. Es war auch kein Treffen alter Leute, die nostalgisch in der Vergangenheit schwelgten. Neben den Alten wächst eine neue Generation, die zwar bereits im Westen geboren ist, dennoch ihre sudetendeutsche Identität bewahrt hat. Wer sich auf dem Wiener Heldenplatz umschaute, konnte das unschwer erkennen.

Dritte Front

Von Hans Germani

Der Wonnemonat Mai hat ins südliche Afrika eine Wetter-Kältewelle gebracht und zugleich eine politische Eiswelle aus Moskau. Letztere freilich kam nicht unerwartet. Denn da war die Pariser Namibia-Konferenz vorausgegangen, die von den Sowjets gesteuert, mit der Absegnung ihres Handlangers, des Swapo-Führers Nujoma, endete. Dem folgte die UNO-Debatte über Namibia, wobei die Sowjets erfolgreich bemüht waren, westliche Staaten von der US-Linie abzuspalten. Letzte Woche schließlich besuchte der Angola-Präsident Dos Santos Andropow im Kreml, wo sich die beiden einig waren in der Absage an jeden Abzug der Kubaner. Andropow wird Angola besuchen, den Staat, den sein KGB 1975 eroberte.

Als Auftakt zum Besuch des „Großherren" sozusagen, mag man die Offensive von kubanischer Infanterie und von Sowjetpanzern auf die schwarze Freiheitsbewegung Savimbis betrachten. Und den Kotau Mugabes vor dem Staatsratsvorsitzenden Honecker in Ost-Berlin, den Mugabe noch 1980 brüskiert und beschimpft hatte. Jetzt muß er den öffentlichen Übergang Zimbabwes in den Ostblock in Ost-Berlin durchführen. Vielleicht hatte Honecker so unrecht nicht, als er vor Jahren Mugabe, wie dieser sagte, „wie einen schwarzen Boy" behandelte.

Letzte Höhepunkte der Eskalation dann am Freitag die Bombe in Pretoria, zur der sich die kommunistische Terrororganisation ANC bekennt. 17 Tote, die Hälfte davon schwarze Zivilisten, rund 200 Verwundete. Vermutete Planer des Attentats: die ANC-Ausbilder der PLO. Der Anschlag trägt arabische Massenkiller-Handschrift. Pfingsten flog Südafrikas Luftwaffe im Gegenschlag gegen das Gastland der PLO-ANC Allianz, gegen Moçambique. Aber die Eskalation wird weitergehen. Denn Andropow eröffnet eine „dritte Front": nach Mittelamerika und Nahost nun das südliche Afrika – was für Moskau den Vorteil hat, daß dabei kaum eigene Leute gefährdet werden. Bei Südafrikas Entschlossenheit, sich zu wehren, stehen den Angreifern freilich blutige Nasen ins Haus. Andropow weiß aber, daß es westeuropäische Staatskanzleien gibt, die in allen drei Fällen nicht mit den USA solidarisch gehen, sondern Nachgiebigkeit predigen.



„Kommt ein Vogel geflogen ..." ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zu anderen Ufern

Von Rüdiger Moniac

Die Sozialdemokratie kehrt zu ihren Ursprüngen zurück. Vor dreißig Jahren war sie bei ihren Überlegungen zur Schaffung einer internationalen Friedensordnung in Europa schon einmal dort, wohin sie heute wieder zu gehen droht. Wenig nur widerspricht der Feststellung, daß sich die SPD ganz offensichtlich wieder auf die unsichere Expedition begeben hat, die Zukunft Deutschlands jenseits der festen Ufer einer noch intakten westlichen Verteidigungsgemeinschaft zu suchen.

Partei und Fraktion konzentrieren ihre Kräfte auf die Vorbereitung des herbstlichen Parteitages, der, wie es heute bereits klar zu werden beginnt, wenn auch noch unter einer Camouflage von Worten versteckt, die Abkehr von einer atlantischen Sicherheitspolitik bringen wird, die, im großen und ganzen resümiert, unserem Kontinent das realistisch erreichbare Maß an Frieden und Sicherheit unter Wahrung pluralistisch-demokratischer Freiheiten gebracht hat. In dieser Neuorientierung der SPD spielt der allgegenwärtige Doppelbeschluß indes nur noch eine vordergründige Rolle. Was er beinhaltet, nämlich die erklärte Bereitschaft der NATO, einer nicht abrüstungswilligen Sowjetunion mit dem festen Verteidigungswillen zu antworten und so Europas Allianzterritorium gegenüber dem kommunistischen Hegemonialanspruch nicht zur „Sicherheitszone zweiter völkerrechtlicher Klasse" zu degradieren, zählt für Sozialdemokraten offenbar kaum noch.

Konrad Adenauer hatte die Bundesrepublik Deutschland als soliden Mauerstein sicher in das Gebäude der amerikanisch dominierten westlichen Staatengemeinschaft eingefügt. Die Sozialdemokratie hingegen dachte damals, im Herbst 1952, an die wenn auch nur vagen Chancen einer Viererkonferenz über Deutschland zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit. Fritz Erler, noch im Außenpolitischen Ausschuß beim SPD-Vorstand zur „jungen Garde" in Partei und Fraktion zählend, schrieb in dessen Auftrag eine längere Schrift zur Wehrfrage mit dem Titel: „Soll Deutschland rüsten?"

Es ging in jenen Tagen um die deutsche Beteiligung an einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), deren Scheitern am Ende nicht die Deutschen zu verantworten hatten, sondern die Franzosen. Es ging generell jedoch um das Prinzip, ob unser Land seine Zukunft an der Seite westlicher Demokratien nur dadurch sichern konnte, daß es in der Erwiderung auf die Drohpolitik der Sowjetunion sich mit einem eigenen militärischen Beitrag in die schützende Solidargemeinschaft des Westens „einkaufte", dafür aber die Wiedervereinigung in eine fernere Zukunft verweisen mußte.

Adenauer ging diesen Weg, die SPD suchte ihn zu blockieren. Erst Herbert Wehner befreite dann seine Partei in den achtziger Jahren aus der totalen Neinsager-Haltung zur Sicherheitspolitik des ersten Kanzlers der Bonner Republik.

Heute nun wehrt sich diese Partei, wie es scheint, immer weniger gegen die Verlockungen östlicher Propaganda. Man muß sich bewußt machen, was hinter Honeckers Pfingstparole „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen" oder hinter der Einflüsterung der „Prawda" steht, Bonn tappe in die „Atomfalle" der USA, wenn es die Stationierung der Mittelstreckenwaffen nicht verhindern würde. Ost-Berlin und Moskau wollen uns glauben machen, der Westen treibe eine unverantwortliche kriegstreibende Rüstungspolitik. Nichts davon ist wahr.



„Ich will das Zeug hier nicht haben!" – SPD-Vorsitzender Willy Brandt FOTO: DPA

Wer freilich beobachten konnte, wie Teile der SPD-Fraktion im Bundestag die wütende Kritik des „Grünen" Schily gegen das „Verbrechen" der Verfügbarkeit von Atomwaffen beklatschten und wie sie sich wohl fühlten, als der frühere Juso-Vorsitzende Schröder gleichfalls im Parlament bestritt, die Zustimmung der Regierung Schmidt / Genscher zum NATO-Doppelbeschluß sei legal, muß nüchtern erkennen: Diese SPD hat ihre Vergangenheit unter dem Kanzler Schmidt wie eine Sünde hinter einem nicht einmal schlechten Gewissen verdrängt. Als Faktor einer berechenbaren Bonner Sicherheitspolitik, so ist zu fürchten, werden die dominierenden Kräfte in der Sozialdemokratie wohl für lange Zeit nicht gelten können.

Ihre Speerspitzen stehen bereits an der Seite der „Grünen". Bastian, Kelly und andere fordern den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Damit man ihnen nicht Einseitigkeit vorwerfen kann, verlangen sie auch den Austritt des zweiten deutschen Staates aus dem Warschauer Pakt. Vielen in der SPD-Fraktion, anteilsmäßig wahrscheinlich noch mehr aber in der Gesamtpartei sind solche Parolen genehm. Eine Art alldeutscher Neutralismus zwischen den Blöcken findet wachsenden Anhang. Ehmkes Vorlage für die Fraktionsklausur am 1. Juni kaschiert diese Stimmung kaum mehr, wenn es darin heißt, die Konfrontation der Blöcke sei durch eine „europäische Friedensordnung" zu ersetzen. Die notwendig nüchterne Bewertung muß solche Zielsetzungen in die Kategorie der Utopie verweisen. Eine Friedensordnung in Europa ohne amerikanische Gegenwart in Gestalt glaubwürdiger militärischer Potentiale jedweder Kategorie kann so lange nicht erreicht werden, solange die Sowjetunion behauptet, schon jetzt herrsche auf unserem Kontinent ein Gleichgewicht der Kräfte.

Dreißig Jahre haben nicht hingereicht, die SPD lernen zu lassen, daß das offensive Moment sowjetischer Außenpolitik entsprechende Gegenkräfte braucht, damit es die westliche Lebensordnung nicht erdrükken kann.

IM GESPRÄCH Cecil Parkinson

Der Lady flotter Diener

Von Fritz Wirth

Auch politische Stars, die überlebensgroß die Szene beherrschen, brauchen Schutzengel, Aufpasser, Lotsen, Stichwortgeber und Regisseure. Diese Rolle des allgegenwärtigen Wahl- und Lebenshelfers spielt im Falle der Margaret Thatcher ein 51jähriger Mann, der Mühe hat, seine eigenen Energien in Zaum zu halten. Er heißt Cecil Parkinson und ist zugleich der Urvater dieser Wahl. Er war es, der Margaret Thatcher vor 14 Tagen überzeugte, daß dies die Stunde der Entscheidung sei und daß am 9. Juni gewählt werden sollte.

Er führt den stolzen Titel eines Präsidenten der Konservativen Partei, seine Funktion ist eher die eines Generalsekretärs, doch sein strahlendes Image das des „Mr. Nice Guy" der Konservativen. Er trägt die besten Anzüge in dem von ihm geleiteten Partei-Hauptquartier, ist der fitteste Mann im Hause und liebt den wippenden Gang von 100-Meter-Sprintern, den er sich in Cambridge zulegte, wo seine Jagd nach Meistertiteln und schönen Mädchen leichte Schatten auf seine wissenschaftlichen Erfolge warf. Er ist der „Sonnyboy" der Partei, fröhlich, optimistisch und elegant, aber dennoch kein Playboy. Er nimmt dazu sich, sein Amt und seinen Auftrag viel zu ernst.

Bis vor vier Jahren war er ein „Mr. Nobody" in der britischen Politik. Geboren in Lancashire als Sohn eines Eisenbahners, erste politische Gehversuche machte er bei der Labour Party, gründete nach dem Geschichts- und Jurastudium mit geborgtem Geld eine eigene Baufirma, wurde dabei so reich, daß er noch heute auf sein Gehalt als Kabinettsminister verzichten kann, kam 1970 ins Unterhaus, wurde 1979 von Margaret Thatcher zum Juniorminister im Handelsministerium ernannt und machte Karriere in der Stunde der Krise: vor zwei Jahren, als die Meinungsumfragen Frau Thatcher als den



Tory-Generalsekretär Parkinson FOTO: CAMERA PRESS

unpopulärsten konservativen Premier seit dem Kriege ausmachten und die sozialliberale Allianz politisch den Ton angab. Margaret Thatcher lastete dieses schlechte Image dem eigenen Parteiapparat an und bestellte Cecil Parkinson als den neuen Chef im Partei-Hauptquartier.

Er ist seither der Mann ihres Vertrauens. Als der Falkland-Konflikt ausbrach, holte sie ihn ins Kriegskabinett. Parkinson selbst wurde von da an eine öffentliche Figur, eloquent, selbstsicher und dynamisch, das Schaustück der neuen Tory-Generation. Wenn heute Frau Thatcher etwas zustieße, wäre er zusammen mit Arbeitsminister Norman Tebbit der Mann der Stunde. Vorausgesetzt, daß der Wahlfeldzug seiner Partei, den er leitet, am 9. Juni nicht mit einer Katastrophe für ihn endet.

Für diesen Fall kann er sich am Schicksal seiner Vorgänger als Tory-Chairmen ausrechnen, was mit ihm geschieht: Lord Thorneycroft, Lord Carrington und Lord Barber sind heute allesamt mehr oder minder freiwillig Pensionäre der Politik.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung merkt zum Jahrestag des Grundgesetzes an:

Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat einmal bärbeißig gesagt, er liebe seine Frau, aber nicht den Staat. Nun wird natürlich niemand den mündigen Bürger zu einem Herzensflirt mit dem Staat überreden wollen. Indes darf wohl ohne schlechtes Gewissen daran erinnert werden, daß am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft trat. 17 Millionen Deutsche jenseits von Mauer und Todesstreifen beneiden uns um eine der freiheitlichsten Verfassungen der Welt. Trotz Arbeitslosigkeit, leerer Kassen und vielfältiger Probleme haben wir, anders als die Menschen zwischen Elbe und Oder, das Glück, in einem blühenden Gemeinwesen zu leben. Hier garantiert der Rechtsstaat die Unversehrtheit der Menschenrechte. Insofern trifft Bundespräsident Carstens ins Schwarze, wenn er meint, daß, wer schon nicht den Staat liebe, sein Land lieben könne ...

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die in Kassel herausgegebene Zeitung befaßt sich mit dem bevorstehenden Evangelischen Kirchentag:

Auf die Frage nach der Raketenstationierung kann ein Kirchentag, der ja kein Parteitag ist, keine entschiedene Antwort geben. Er muß sogar darauf achten, daß er in eine solche politische Entscheidung nicht gedrängt wird ... Etwas anderes ist, wenn ein Kirchentag von strikten Rüstungsgegnern als Plattform und Forum genutzt wird ... Schon der vorjährige Katholikentag in Düsseldorf hat gezeigt, daß eine offene Veranstaltung sich gegenüber Konflikten nicht verschließen kann. Dazu gibt es weder ein Mittel, noch ergibt sich daraus ein Sinn. Was aber die katholischen Bischöfe ertragen konnten, das sollten die evangelischen erst recht können. Absurd, daß die Farbe Violett hier plötzlich eine Rolle spielen soll. Es ist die evangelische Farbe, und von wem immer sie adaptiert wird, kann der Kirche egal sein. Natürlich kann ihr nicht egal sein, daß die Veranstaltung politisch umfunktioniert wird.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung schreibt über den Skandal um die Seveso-Giftfässer:

Die Affäre um das Gift Dioxin aus Seveso ist eine schändliche und erschreckende Geschichte ... Zweifellos müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß jemand von den Verantwortlichen ein paar Lire, Mark oder Franc sparen oder den Schwarzen Peter abschieben wollte. Wenn selbst Seveso diese Leute nicht dazu bewegen kann, vorsichtig zu sein, sollte die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Vorliebe zur Standardisierung eine Konvention höchster Dringlichkeit über die Behandlung gefährlichen Abfalls ausarbeiten, bevor dieses immer gravierender werdende Problem zu etwas noch Schlimmerem führt.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt weist darauf hin, wie sehr Gipfeltreffen in Mode gekommen sind:

Die Serie der Gipfelbegegnungen ist inflationär zahlreich. Realistisch betrachtet sind sie bestenfalls Vorberge, die der bisher utopische Plan eines Treffens der Staatschefs der beiden Supermächte überragt: US-Präsident Reagan hat ihm jetzt deutlichere Konturen gegeben, als er die Möglichkeit einer Zusammenkunft mit dem sowjetischen Parteichef Andropow bejahte. Geradezu sensationell ist dabei Reagans Begründung für das Ausbleiben eines solchen Treffens mit dem Nachfolger Breschnews. Nicht bösen Willen unterstellt Reagan, der vor nicht allzu langer Zeit noch Moskau als den Inbegriff des Bösen definiert hatte – er hält Andropow zugute, daß dieser zunächst noch mit der Machtfrage im Kreml beschäftigt sei.

Seveso oder Die Lehren aus einem europäischen Umweltskandal

Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht zur Müllhalde der EG werden / Von Dankwart Guratzsch

Niemand sollte sich darüber täuschen: Mit der Auffindung der Sevesofässer kann der größte Giftmüllskandal der Geschichte nicht zu den Akten gelegt werden. Vielmehr muß das große Aufräumen nun erst beginnen.

Das gilt zunächst im wörtlichen Sinne. Die Fässer müssen beseitigt werden. Hier sollte sich auch die Bundesrepublik, deren scharfe Umweltbestimmungen sich für dieses Mal bewährt haben, nicht von vornherein konstruktiven Lösungen verschließen. Mit einer sauberen Lösung kann ein Signal für die Dunkelmänner der Müllbranche gesetzt werden, daß die Wege des Rechtes gangbar sind. Freilich darf Deutschland nicht zur Müllhalde Europas werden. Es ist gar nicht einzusehen, warum die Nachbarländer Geld und Mühen scheuen sollen, eigene Lagerstätten von der Zuverlässigkeit des „sichersten Giftbunkers der Welt", der hessischen Untertagedeponie Herfa-Neurode, anzulegen.

Schwieriger noch aber werden sich zweifellos die Aufräumungsarbeiten auf dem gesellschaftlichen Feld gestalten. Die geringste Sorge braucht dabei dem Giftkutscher Pierre Paringaux zu gelten. Seine Tat wird als ein Kriminalfall von besonderen Dimensionen die Gerichte beschäftigen. Schwerer wird es sein, das Ansehen des Umweltschutzes und der Wirtschaft wiederherzustellen.

Gerade darauf aber muß die Öffentlichkeit dringen. Die Regierungen von mehreren europäischen Ländern sind monatelang belogen und hingehalten worden. Eine kleine Gruppe von Beteiligten hat es fertiggebracht, Geheimhaltung und Geheimbündelei gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit und damit gegenüber dem Souverän der westlichen Industriestaaten zu praktizieren. Die Verantwortlichen scheinen vergessen zu haben, wem sie die Freiheitlichkeit der Gesellschaftsverfassung verdanken. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Forderung ist um so unabweisbarer, als zwei Industrieunternehmen von Weltgeltung in diesem Fall eine, gelinde gesagt, höchst unglückliche Rolle gespielt haben. Bei dem Katz-und-Maus-Spiel um den Verbleib der Giftfässer haben sie zusammen mit Politikern des Auslandes, deren Integrität jetzt in Zweifel steht, nach dem verantwortungslosen Sankt-Florian-Prinzip gehandelt, das zu Recht den meisten Bürgerinitiativen angekreidet wird. Hauptsache, der Giftmüll wurde von der eigenen Türe weggekehrt. Das in westlichen Staaten geltende Verursacherprinzip, das lediglich im Ostblock durch die offizielle Politik bestritten wird, wurde eigenmächtig außer Kraft gesetzt.

So hat die Schweizer Firma Hoffmann-La Roche noch im April in einem von ihrer Tochtergesellschaft Givaudon autorisierten Schriftsatz versichert, der Giftmüll sei „unter der Aufsicht der Regionalbehörden sowie von internationalen Experten auf dem Gebiet der Entsorgung in eine Deponie im Ausland verbracht und dort unter strengen Sicherheitsvorkehrungen eingelagert" worden. Die Firma Mannesmann-Italiana, Tochter des angesehenen deutschen Mannesmann-Konzerns, hatte sich ihrerseits bei Übernahme des Giftmülls schriftlich verbürgt: „Die Lagerung ist in einer bewilligten und kontrollierten Deponie in einem europäischen Land vorgesehen – ausgeschlossen die Schweiz und Italien – aufgrund einer ausdrücklichen Bewilligung zur Lagerung von solchem Material. Der Transport und die Lagerung im Ausland werden von unserer Firma überwacht unter Beobachtung und Einhaltung der italienischen und ausländischen Gesetzesbestimmungen."

Der von der WELT zuerst identifizierte Fundort der Fässer aber war ein kaum gesichertes Hofgelände. Statt unter einer angeblich perfekt isolierenden „meterhohen Lehmschicht" war die Giftfracht lediglich unter einer Plane abgestellt worden. Diese Tatsache rückt die Beteuerungen und Vertragsabmachungen der beiden Großunternehmen, die niemals auch nur ansatzweise dementiert worden sind, in ein trübes Licht. Auch die Schuldzuweisung an Paringaux entlastet sie nicht. Wie können sich Unternehmen von Weltruf in ihrer Glaubwürdigkeit und Seriosität von einem kleinen Müllkutscher abhängig machen?

Der Schaden trifft nicht nur die beiden Unternehmen, die noch nicht einmal personelle Konsequenzen angekündigt haben – er trifft das Ansehen der gesamten Industrie. Nicht nur im Interesse des Umweltschutzes, sondern im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft und der Zukunftschancen der freiheitlichen Gesellschaft muß dieser Skandal durch ein überzeugendes Selbstgericht bereinigt werden. Aber auch Politiker haben sich vor den Wagen der Verschleierer spannen lassen. Die Repräsentanten der Bundesrepublik machen da, Gott sei Dank, eine Ausnahme. Eine Bereinigung auf europäischer Ebene muß auf jeden Fall geschehen. Sonst können die grenzüberschreitenden Umweltprobleme schon morgen zu einem Sprengsatz für die europäische Völkergemeinschaft werden.

Härte heißt die Wahlparole, und Frau Thatcher geht voran

Von FRITZ WIRTH

Das Tor war schön. Aus der Drehung heraus geschossen und unhaltbar. Es fiel am Samstagnachmittag um zwanzig nach fünf im Wembley-Stadion, im Pokalfinale zwischen Manchester United und dem FC Brighton. Es war die Minute, in der der britischen Labour Party nach einwöchigem Versuch mit Statistiken und Beschwörungen den Glauben an Wunder und an das Unmögliche beim britischen Bürger zu wecken (nämlich an einen Wahlsieg Labours), ein Gleichnis von überwältigender Überzeugungskraft ins Haus geweht wurde, das garantiert jeder verstand.

Denn die „Underdogs" dieses Pokalfinales, der FC Brighton – Absteiger aus der ersten Liga in diesem Jahr – waren als hoffnungslose *Außenseiter in diese Fußball*schlacht gezogen. Und um zwanzig nach fünf stand es plötzlich 2:2, und das ganze Ding muß nun am Donnerstag wiederholt werden.

Solch wundersame Ereignisse, bei denen die ganze Nation plötzlich ihr Herz für die sympathischen Jungs aus dem Kellergeschoß entdeckt, kann man nicht schlicht der Wunderwelt des Zufalls überlassen. Da ist die biblische Botschaft vom David, die Botschaft des „Never say die" also zeitloses, immerwährendes Gesetz bekräftigt worden. Hier wurde in Wembley der Glaube an den Außenseiter restauriert, und es war das Ermutigendste, was der Labour Party in diesen Tagen widerfahren konnte.

Dieser Glaube war vor fünf Tagen durch eine Meinungsumfrage, die den Vorsprung der Konservativen von 21 auf sieben Punkte reduzierte, leicht wachgekitzelt worden. Doch dann war vor drei Tagen dieser Tory-Vorsprung jojogleich wieder auf 17 Punkte hochgeschnellt.

Es war bisher ein eigenartiger Wahlkampf. Keine Schlacht um Programme und die Seele der Wähler, sondern nichts als Variationen um eine einzige Zahl. Die Zahl heißt 3,2 Millionen und beschreibt das Ausmaß der britischen Arbeitslosigkeit. Die ganze Stoßrichtung dieses Wahlkampfs konzentrierte sich deshalb bisher auf diese Fragen: Ist diese Zahl das Ergebnis des „Barbarismus der Thatcherschen Politik" (Originalton von Oppositionsführer Michael Foot) oder „das unvermeidliche Produkt des Daseins inmitten einer Weltwirtschaftskrise und des Versuchs, dieses krisenkranke Land ein für allemal gesund zu reformieren" (Originalton Norman Tebbit, des Arbeitsministers der Tories)?

So konzentriert sich die Entscheidung des britischen Wählers am 9. Juni auf diese Frage: Ist das Licht am Ende des Krisentunnels, das Frau Thatcher offenbar ganz fest im Blick hat, real oder nur ein Wunderglaube? Und ist ebenso das feste Versprechen Labours, diese Arbeitslosenzahl in fünf Jahren um 2,5 Millionen zu reduzieren, ein machbares Programm oder nur frommes Wunschdenken?

Das Absurde: Diese Schlacht um die Zukunft wird mit den Waffen von gestern geschlagen. So ist denn der britische Wahlhimmel seit einer Woche voller Bumerangs aus vergangenen *Wahlkämpfen*. Den Konservativen schwirren seit Tagen die eigenen Slogans aus dem Jahre 1979 um die Ohren, in denen sie behauptet hatten: „Wir bringen Großbritannien wieder an die Arbeit zurück."

Andererseits muß Michael Foot, der mit 40 Milliarden Mark geborgten Geldes die Briten wieder an die Arbeit und damit zwangsläufig auch wieder in die Zeiten des von wachsender Inflation angenagten Pfunds zurückbringen will, mit den Erkenntnissen seines Vorgängers James Callaghan leben, der im Jahre 1978 seine Partei beschworen *hatte, sich vom törichten Glau*ben frei zu machen, daß man sich mit billigem Geld aus der Misere der Inflation und der Arbeitslosigkeit herauskaufen könne. Es ist die Geisterbeschwörung der Vergangenheit. Die Konservativen haben aus dieser Vergangenheit sogar ein politisches „Naturgesetz" herausgefiltert: Jede britische Labour-Regierung hat in diesem Jahrhundert ihr Amt mit mehr Arbeitslosen verlassen als sie beim Amtsantritt vorfand.

Die Labour Party geht gar nicht erst so weit zurück. Sie fingert seit einigen Tagen aus mehr oder minder trüben Quellen Dokumente der Thatcher-Administration ans Tageslicht, in denen Regierungsbeamte ihre Gedanken über die britische Krisenzukunft äußern, die angeblich so düster seien, daß man sie geheimhalten müsse, weil sonst die Briten die ersten besten Schiffe zur Emigration stürmen würden. Und weil diese Prognosen angeblich in so krassem Gegensatz zur Lichtbotschaft der Frau Thatcher stehen, bezeichnete Denis Healey die Regierungschefin schlicht öffentlich als „Lügnerin".

Der erste Schmutz quirlt also hoch in einem Wahlkampf, der mit einem für die Briten ungeheuer martialischen Einsatz bestritten wird. Der liberale Parteichef David Steel hat das Gefährt, mit der er durch die Lande braust, „Schlachtenbus" taufen lassen. Frau Thatcher mochte da nicht zurückstehen und nannte ihres den „robusten Bus", was immer das auch bedeuten mag.

„Resolut", „hart", „entschlossen" sind denn auch die Schlüssel-Attribute, mit denen die Werbefirma „Saatschi und Saatschi" das Image dieser Frau im Wahlkampf auf Ritterrüstungs-Profil geformt hat. Es sind die bewährten Falkland-Tugenden, obwohl man den Krieg selbst bisher sorgsam aus diesem Wahlkampf herausgehalten hat. Margaret Thatcher selbst spielt diese Rolle mit einer solchen Unbedingtheit, das daraus beinahe schon wieder konservative Eigentore werden.

Das offenbarte sich besonders kraß bei ihrer ersten Wahl-Pressekonferenz in der letzten Woche, als sie mit ihrer halben Kabinettsmannschaft auf der Bühne erschien und diese Männer vorführte wie Schüler, die ein Gedicht aufsagen sollen. Das sah alles sehr schulmeisterlich aus und es fiel auf.

Als man sie darob zur Rede stellte, verteidigte sie nicht sich selbst, sondern gleich die ganze Zunft der britischen Schuldirektricen. Sie habe in ihrem Leben in diesem Gewerbe hervorragende Persönlichkeiten kennengelernt, und außerdem sei sie inzwischen viel zu alt, um sich jetzt noch zu ändern.

Selbstbewußter hat man selten einen britischen Premier in einem Wahlkampf gesehen. Nur so ist es zu erklären, daß sie sich mit Kabinettskollegen öffentlich nicht mehr über den zu erwartenden Sieg, sondern über die Höhe dieses Sieges streitet. Denn ihr Außenminister Pym, der schon im Wahlkampf 1979 den Tory-Rekord im Auffinden und Betreten von Fettnäpfchen hielt, war so tollkühn, im Fernsehen sein Unbehagen an einem politischen Erdrutsch zugunsten seiner Partei kundzutun.

Margaret Thatcher rief ihn darob am nächsten Tag öffentlich zur Ordnung. Ihr sei jeder Unterhaussitz und jeder Erdrutsch, welchen Ausmaßes auch immer, recht, erklärte sie, erinnerte an die Erbsenzähler-Vergangenheit des Francis Pym als früherem „Chief Whip" (Einpeitscher) der Fraktion und sagte wohlwollend-herablassend, daß diese „Chief Whips" halt eine besondere Kaste seien, womit sie im Schlag gleich auch noch den ehemaligen „Chief Whips" William Whitelaw und Edward Heath, die zur Zeit nicht im Sonnenlicht der Partei stehen, einen rhetorischen Uppercut verpaßte.

Der Mann, der derartige konservative Hausfriedensprobleme um die dominierende Rolle Frau Thatchers, die auch ihren eigenen Wahlmanagern Sorge bereitet, mit Wonne ausschlachtet, ist der Labour-Vize Denis Healey, der mit dem robusten Charme einer Dampfwalze durch diese Kampagne zieht. Diesem Mann ist kein Humor zu schwarz und kein Gag zu billig. Das hat gute Gründe, denn niemand in der Labour Party hat größere Glaubwürdigkeits-Probleme als er. Im Augenblick ist er dabei, sich zum zweiten Mal innerhalb von zwölf Jahren vom Pro- zum Anti-Europäer zu häuten, weil's die Partei so will.

Außerdem muß der ehemalige Verteidigungsminister mit dem Konzept der einseitigen nuklearen Abrüstung seiner Partei und mit Dutzenden von eigenen Zitaten aus vergangenen Jahren leben, die ihn als entschiedenen Befürworter der britischen Polarisflotte ausweisen, die seine Partei nun verschrotten will. In dieser prekären Situation hält er die Vorwärts-Strategie für das beste Verteidigungskonzept und schlägt mit robuster Gewalt zu, bevor seine Gegner Fragen stellen können.

Dieser Kampf mit harten Bandagen, dieses laute Kampfgeschrei und diese Rückzugsgefechte mit geballten Schmutzladungen sind Wahlgeschenke für die im Augenblick immer noch darniederliegende dritte Kraft dieses Wahlkampfes, die sozialliberale Allianz. Denn sie ist angetreten, diese Aera der harten Konfrontation zwischen rechts und links, diese Entweder-oder-Duelle um die Macht, zu überwinden. Und deshalb führen sie in diesem Kampflärm ganz bewußt einen Wahlkampf im Kammerton. Sie nehmen den Mund nicht zu voll, sondern argumentieren; sie versprechen keine neuen krisenfreien Himmelreiche, sondern das Machbare.

Bis zur Stunde gehen sie mit diesem Wahlkampfstil hoffnungslos im Schlachtenlärm unter. Der Wähler *jedenfalls hat bisher noch* nicht ihre zivilisierten Umgangsformen wahrgenommen, wie die Meinungsumfragen belegen. In einer Woche jedoch, so glauben sie, werde es aufgefallen sein.

Und so kommt es, daß auch sie Trost aus dem unentschiedenen Pokalfinale des letzten Samstags ziehen. Denn – Realisten, die sie sind – sehnen sie am 9. Juni die Stunde des großen Unentschiedens herbei, die ihnen schließlich die Chance gibt, das Siegtor zu schießen und damit zu entscheiden, wie dieses Land künftig regiert wird.



Siegessicher, entschlossen, robust: Margaret Thatcher beim Wähler FOTO: AP



Der neue Chef unter der Ahnengalerie: Bernhard Worms in der Kölner Parteizentrale und die Fotos seiner Vorgänger im Vorsitz der rheinischen CDU (von links Leo Schwering, Konrad Adenauer, Wilhelm Johnen, Konrad Grundmann und Heinrich Köppler) FOTO: JUPP DARCHINGER

Eine lautlose Karriere auf rheinisch

Von WILM HERLYN

Mißbilligend, aber auch ein bißchen verschmitzt schaut Konrad Adenauer auf die stets gefüllte Keksdose. Er achtete immer auf die Linie.

Sein Bewunderer, in dessen Zimmer Nr. 24 des Düsseldorfer Landtags das Konfekt unter dem Porträt-Foto des „Alten" steht, liegt dagegen mit der süßen Verführung fast aussichtslos in Fehde. Aber dafür kämpft er an anderen Fronten um so erfolgreicher.

Zäh und verbissen, mit rheinischer Schläue und ein wenig Schauspielerei, stetig und immer hart am Mann – so bahnt sich Bernhard Worms seinen Weg in die Führungsetage der CDU. Heute wählt ihn die Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion zu ihrem neuen Vorsitzenden, morgen steigt er beim Bundesparteitag in Köln zu einem der Stellvertreter Helmut Kohls auf. Für beide Posten mußte Kontrahent Kurt Biedenkopf seinen Platz räumen.

Das Bild von Adenauer im Dienstzimmer ist Symbol und Mahnung zugleich. Bezeichnend die Antwort, die der promovierte Diplom-Kaufmann 1980 nach seiner Wahl zum rheinischen Vorsitzenden auf die Frage „Was wären Sie lieber geworden?" gab: „Oberbürgermeister von Köln." Und noch etwas verbindet ihn mit seinem Vorbild – so unglaublich es manchen in den Ohren klingen mag: Der Rheinländer Worms, der gerne Fünfe gerade sein läßt, gleichzeitig auch der Preuße Worms, mit einem seine Mitarbeiter schon fast nervenden Pflichtbewußtsein.

Er zählt zu den Stillen im Land und strahlt dabei Zuverlässigkeit aus. Freilich, im Fernsehzeitalter wird vom Politiker auch Glanz und Charisma erwartet. Damit aber kann und mag der kluge und fleißige Worms nicht dienen. Doch fährt eine Partei wirklich immer am besten mit den Strahlemännern und Senkrechtstartern? Die CDU ist da inzwischen wohl an Hoffnungen ärmer und an Erfahrungen reicher geworden.

Lautlos, wie es seine Art ist, meldete Worms den Anspruch an, um *seinem durch den jähen Tod Hein*rich Köpplers mitten im Wahlkampf 1980 führungslos gewordenen *rheinischen* Landesverband „*zu dienen*", würde er sagen. Gespräche mit Rainer Barzel gingen voran, dann ebnete er das Feld mit einem Gang zu Helmut Kohl. Aus diesen Tagen rührt ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden, dessen Tiefe überrascht. Bezeichnend, daß Worms mit diesem Kapital nicht protzt.

Worms beherrscht das Vokabular des Helmut Kohl – nur eben auf rheinisch. Es klingt nicht aufgesetzt, wenn er von Heimat spricht, von Geborgenheit, von Familie, auch vom C im Kürzel seiner Partei. Da werden seine Zuhörer nachdenklich, wenn er ihnen am Stammtisch auf den Kopf zusagt: „*Wo würde denn der Heiland heute* hingehen? Ganz sicher nicht zur etablierten CDU. Wir haben auch in der Union Sachen gemacht, die mit dem C in unserem Parteinamen nicht vereinbar sind."

Wolkiges Gerede um Probleme herum ist nicht seine Art, obschon Sprache seine Schwäche ist. So packt ihn die Lust an akrobatisch anmutenden Partizipalkonstruktionen oder an umständlicher, fast ungelenker Ausdrucksweise. „Und jetzt sage ich Ihnen ganz offen millimetergenau die ganze Wahrheit", gehört zu seinen Standardformeln, und dann verblüfft er, daß er genau *das auch tut* – für einen Politiker geradezu entblößend: „Auf Offenheit bin ich geradezu versessen." So floskelt er nicht: „Wenn die Partei mich ruft ...", sondern gesteht ein: „Es war stets meine interne Absicht und auch ein bißchen mein Streben, einmal rheinischer Landesvorsitzender zu werden." Frage: „Seit wann?" Antwort: „Seit 1970, seit ich im Landtag bin." Eine langfristig selbst-programmierte Karriere. Ein Jahr später zu seiner Rivalität mit Biedenkopf befragt, zieht er einen Vergleich: „Wir spielen wie im Fußball Doppelspitze." Aber wer der *Mannschaftskapitän* sei? „Biedenkopf, der trägt die Binde." Doch wo trägt er die, am Arm, oder etwa über den Augen? „Für jeden sichtbar." Eine Antwort voll von rheinischer, augenzwinkernder List.

Fußball hat es ihm angetan – aus seiner aktiven Zeit (Bezirksklasse) macht ihm gelegentlich heute noch eine alte Knieverletzung zu schaffen. Und als Verwaltungsratsmitglied und Fan des 1. FC Köln hat er das Regelwerk seines Lebens kopiert: „Sauber bleiben, fighten, hart rangehen, ohne dem Gegner in die Beine zu treten."

„Entschuldigen Sie, das war mein Onkel Theo"

Fairneß müssen ihm Biedenkopf wie auch Johannes Rau bescheinigen. Der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident meinte: „*Ich freue mich, daß nun klar ist,* wer als Herausforderer gegen mich antritt", als die nordrhein-westfälische CDU – Rheinländer und Westfalen – Worms am 7. Mai in der Mülheimer Stadthalle zum Spitzenkandidaten kürte. Ob er sich wirklich freuen kann? Denn Worms, so scheint es, ist ein gefährlicher Gegner.

Gerade in der Minute, als Biedenkopf und Worms nach der Abstimmung in Mülheim eine Pressekonferenz improvisieren wollten, sprang der Rheinländer auf und stürmte dem Ausgang zu. Dort umarmte er einen älteren Mann. „Ent*schuldigen Sie*", kehrte er zu den erstaunten Journalisten zurück, „das war mein Onkel Theo aus Oberhausen. Der wollte mir gratulieren. Da konnte ich ihn doch unmöglich so stehen lassen."

Dieses Aufeinanderzugehen pflegt auch der Sozialdemokrat Johannes Rau. Wo immer er ist – etwa im fernen Leningrad, als er sich aus der Delegationsgruppe löste und zu einem Touristen aus Solingen eilte. Warum er denn das mache, wurde er damals, im Herbst 1981 gefragt. „Es könnten ja meine Wähler sein – oder werden."

So auch Bernhard Worms. Während der „Ruhrgebiets-Offensive" im vergangenen Jahr traf er an der Theke des „Mundschenks" am Essener Salzmarkt zwei Bauarbeiter. Er sprach sie an, hörte ihnen zu, erfuhr, sie seien arbeitslos. Zum Abschied ließ er sich Name und Adresse geben. Noch im Auto diktierte er einen Brief an den mit ihm befreundeten Bauunternehmer Richard Heitkamp in Bochum. „Wenn Sie mir da helfen könnten?" Heitkamp konnte.

Die Stärke des Johannes Rau, der herzliche, ungekünstelte Umgang mit Menschen, ist auch das Geheimnis des Erfolges von Worms: Persönlicher Einsatz um Einzelschicksale, Zuhören, nichts versprechen, aber zu helfen versuchen.

Die SPD spricht schon von „Original und Kopie". Worms: „Es gibt Parteifreunde, die mir nach der SPD-Kennzeichnung geraten haben, mich als ‚seriöse Ausgabe' des Herrn Rau zu profilieren. Ich halte von beiden nichts: Weder von ‚Original und Kopie' noch von ‚seriöse Ausgabe'. Was uns unterscheidet, ist unser Politik-Verständnis: Der eine redet, der andere handelt."

Das ist nicht der von vielen – auch von dem gewieften Denker Biedenkopf – unterschätzte Worms, der so bescheiden wirken kann und so sanftmütig. Mit Erstaunen lernen auch seine eigenen Parteifreunde, daß ihr Favorit sich längst gemausert hat zum energischen, zupackenden Politiker. Auch in der Planung seiner Karriere läßt sich Worms durch niemanden einen Stein in den Weg legen.

Worauf es ankommt, weiß er genau. Unter seiner Führung faßte die CDU im heimischen Pulheim bei Köln Fuß und wandelte all*mählich – in 14 Jahren – die abso*lute Mehrheit der Sozialdemokraten in eine christdemokratische *Majorität*. Ein gutes Omen für die CDU im seit 1980 von der SPD mit absoluter Macht beherrschten Bundesland?

Worms zählt auch zu den wenigen seiner Partei, die sich von 1970 an systematisch um die Reste der CDU-nahen Ministerialbürokratie kümmerten. Der Effekt ist, daß er sich im Regierungsapparat so gut auskennt wie in seinem heimischen Landratsamt. Er brach auch die Kontakte zur FDP nicht ab, als diese noch mit der Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung stand. Wer weiß, ob er sie nach dem Landtagswahlkampf 1983 nicht benötigt für eine regierungsfähige Mehrheit?

Der Sohn eines Postschaffners, heute beurlaubter Abteilungspräsident bei der Oberpostdirektion Düsseldorf, verdankt den Aufstieg seiner Beharrlichkeit. So wie er durch zähen Fleiß die SPD-Majorität im Heimatort brach, so zeichnete er sich durch unauffällige Allgegenwart als „Persönlicher" des letzten nordrhein-westfälischen CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyer aus. Ihn ficht es nicht an, mit Null zu beginnen. Als Vorsitzender der CDU-Rheinland übernahm er 1980 einen in sich zerstrittenen, inaktiven Landesverband. Jetzt steht dieser da wie ein Block.

Mehr noch: Worms genügte es nicht, den mit 133 000 Mitgliedern stärksten Landesverband zu führen. Er gab ehrgeizig die Parole „140 000" aus. Heute sind es schon 138 684. Und niemand zweifelt, daß er die angepeilte Marke auch schafft. Dazu treibt er sich und die Mitarbeiter nach seinem selbst erwählten *Leitspruch*: „Dunn wat de kanns, dunn et nit halv, dunn et janz."

Taten und Worte sollen wieder eine Einheit sein

Worms sieht, daß „Helden in der Partei jetzt nicht gefragt sind, es zählt der Arbeiter". Das ist seine Chance. Am „Punkt Null" sieht er auch seine Aufgabe, im Ruhrgebiet die CDU von ihrer magischen 30-Prozent-Marke zu lösen. Er mag es nicht als gegeben hinnehmen, daß „*die SPD das Revier als ihr Privateigentum betrachtet*".

Kraft schöpft der überzeugte Katholik bei seiner Frau und drei Kindern, die „einen gewaltigen Verzicht" leisten müssen. Die Familie sieht Mann und Vater kaum. Höchstens morgens, wenn er schnaufend und stampfend wie eine Dampflokomotive im blauen Trainingsanzug den Tag mit einem 5000-Meter-Lauf beginnt.

Die Grundüberzeugungen, mit denen er groß geworden ist, überträgt er auch auf seine Politik: Sie ist gestaltet „aus Wahrheit und Toleranz", eine Politik, in der „die *Taten und Worte wieder eine Ein*heit eingehen" und die er geistes*geschichtlich* auf *Aristoteles*, auf Thomas von Aquin, auf Bischof Emmanuel Ketteler und auf Ludwig Erhards Idee von der Formierten Gesellschaft stützt.

Worms hält sich für den besseren Politiker. Besser – in seiner Volksnähe – als der langjährige Widersacher Biedenkopf. Bezeichnend sein Kommentar zu der Biedenkopf-Rede in Mülheim, wo der Westfalen-Chef in einem letzten Anlauf versuchte, doch noch die Mehrheit der Delegierten umzustimmen. Selbstbewußt befand Worms: „Verba docent, exempla trahunt" frei übersetzt: Worte überreden, Taten überzeugen.

In Potsdam öffnete die Kirche ihre Türen zu Gesprächen über den Frieden

Honecker nahm staatliche „Friedensparade" von 250 000 Jugendlichen aus Ostblock-Ländern ab

VON HANS-R. KARUTZ

Bei der größten Massenveranstaltung der Nachkriegszeit in Potsdam griff SED-Generalsekretär Erich Honecker nach einem „Friedensmarsch" von 250 000 Jugendlichen zu Pfingsten abermals die Formel von Bundeskanzler Helmut Kohl auf, Frieden „mit immer weniger Waffen zu schaffen". Dies müsse jedoch „auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit geschehen".

Bei einem anschließenden Essen für ausländische Gäste sprach Honecker jedoch nach einem Bericht des Ostberliner Fernsehens erstmals in dem von der „DDR" geführten politisch-psychologischen Nervenkrieg gegen die NATO-Nachrüstung von „jenen, die den Krieg vorbereiten". Einen derart weitgehenden Vorwurf gegenüber dem Westen hatte Honecker bisher noch nicht erhoben.

Abseits der eingeübten Technik eines freiwillig-unfreiwilligen Aufmarsches mit Volksfest-Anklängen und „Friedensmarkt"-Bestandteilen westlicher Spielart ergab sich während der Heerschau der FDJ-Blauhemden etwas Ungewöhnliches: In zwei evangelischen Kirchen Potsdams, die ihre Türen für Gespräche und Begegnungen geöffnet hatten, diskutierten junge Christen mit überwiegend linientreuen FDJlern. Sie erläuterten, verteidigten und warben für ihre Standpunkte zu Abrüstungs-, Wehrdienst- und Gewissensfragen.

Mangel an Faktenwissen

Dabei stellte sich auf seiten der FDJ-Disputanten häufig ein Mangel an Faktenwissen über die Beschlußlage im westlichen Lager und über UNO-Initiativen heraus. Das Motto „Schwerter zu Pflugscharen" wurde als „zu pazifistisch" bezeichnet und eine angeblich mangelnde Entschiedenheit und Eindeutigkeit der Kirchen gegenüber der „DDR"-Gesellschaft und ihrer Vorstellung von Frieden gerügt.

Bevor diese ruhigen, aber hart in der Sache geführten jedermann zugänglichen Gespräche beispielsweise in der Nikolaikirche im Festival-Zentrum der 250 000 begannen, rollte zunächst der Vorbei- und Aufmarsch der Staatsjugend mit Gästen aus kommunistischen und sozialistischen Ländern ab. Zuverlässige Werktätige aus Potsdamer Betrieben bildeten neben FDJ-Ordnungsgruppen mit ihren roten Baretten beim Vorbeimarsch der Staatsprominenz die erste Spalierreihe. Viele Potsdamer Lehrer befanden sich über Pfingsten im Dienst und führten jeweils kleinere Schülergruppen zur Kundgebung.

In den Schulen war zuvor der Text der „Internationale" eingehend geübt worden, um beim Finale mitsingen zu können. Die Jugendlichen schwenkten zum Teil Transparente mit bizarren Parolen wie „Kampf gegen Vieren und Fünfen" oder „Jugendobjekt Mähdresch – 1 dt GE/ha über Plan". Nach westlichem Vorbild agierende „Spontis", die nicht nur die vorgefertigten Schilder und verteilten roten Winktücher schwenkten, bildeten die Ausnahme.

Auf dem überfüllten früheren Brandenburger Platz kam es bisweilen im Gedränge zu panikartigen Szenen: Helfer mußten weinende FDJlerinnen aus der Menge tragen. Vor allem jüngere Schülergruppen drohten mehrfach im Getümmel zu Boden zu stürzen.

Von welch fragwürdiger Qualität die innere Beteiligung vieler Jugendlicher beschaffen gewesen sein muß, lehrte die Abfallhalde, die sie hinterließen. Zehntausende ausgegebener Regenkapuzen, roter Winktücher, Handtafeln mit Parolen oder Marx-Porträts übersäten nach dem Finale das Pflaster.

Das eigentliche und für die „DDR" völlig überraschende Novum dieses Pfingstsonntags kam am Nachmittag zustande: Dutzende, ja Hunderte von Blauhemdträgern setzten sich im Laufe des Tages in die Bänke der Schinkelschen Nikolaikirche und führten mit Mitgliedern der „Jungen Gemeinde" im schlichten Freizeitlook ernste, private Gespräche über Gott, den Lebenssinn, kirchliche Angebote und Weltanschauungsprobleme. Es war ein durchaus anrührender Anblick, junge Menschen von ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit verschiedenen Wertvorstellungen miteinander nachdenken und von ihren Lebensvorstellungen reden zu hören.

Ängste der Bundesbürger

Während sich diese Gespräche unter sechs oder acht Augen abspielten, boten die Nikolai- und Friedenskirche praktisch öffentliche Gesprächskreise zwischen jungen Christen und FDJ-Gästen an. Dabei standen sich häufig die korrekte Darstellung der in der Sache keineswegs geteilten westlichen Position in der Raketenstationierungsfrage durch die kirchliche Seite und Attacken mancher FDJler gegen eine zu „ausgewogene" Sichtweise der kirchlichen Vertreter gegenüber.

Eindringlich appellierten die Christen an die sich häufig als Zeit- oder Berufssoldaten verpflichteten FDJler, auch die „Ängste einfacher Bundesbürger und anderer Westeuropäer vor der sowjetischen Rüstung ernst zu nehmen". Es sei beispielsweise eine legitime Frage, „weshalb so viele Vorschläge des Warschauer Paktes im Westen nicht die vom Osten erhoffte Aufnahme und Reaktion finden". Dies müsse man auch selbst kritisch prüfen und sich fragen, „wie kommen wir aus dem Dilemma der gegenseitigen Abschreckung heraus".

Die FDJ-Gäste wandten sich ruhig, aber entschieden dagegen, „westliche wie östliche Bedrohung in einen Topf zu werfen". Teilen der evangelischen Kirche in der „DDR" warfen sie vor, hinter den Anti-Reagan-Positionen der katholischen US-Bischöfe zurückzubleiben.

Die kirchlichen Gesprächspartner schließlich bemühten sich immer wieder, gegen das einseitige Bild von den „pazifistischen Trotteln" oder „imperialistischen Spaltern", die es in der Kirche gebe, anzugehen.

Die FDJler akzeptierten zwar im Prinzip das Motto „Schwerter zu Pflugscharen", sprachen sich aber gegen einseitige pazifistische Schritte in der „DDR" aus. Verblüfft nahmen sie dann zur Kenntnis, daß jährlich in der Bundesrepublik bis zu 40 000 junge Männer eines Wehrjahrgangs den Waffendienst verweigern.

Ein anwesender Bundesbürger griff ebenfalls in die Debatte ein und wies auf die Demonstrationsfreiheit in der Bundesrepublik hin: „Ich kann gegen Reagan protestieren und Ersatzdienst leisten und habe dadurch keinerlei Nachteile", spielte er auf dieses fehlende Bürgerrecht in der „DDR" und die Probleme von Wehrdienstverweigerern an.

Wie kompliziert die Verständigung selbst über so einfache deutsch-deutsche Sachverhalte ist, bewies die Antwort eines der „Blauhemden": „Na und – hier in der DDR kann ich doch auch gegen Reagan demonstrieren . . ."

SPD-Linke verlangt Revision von der Rüstung bis zum Parteiprogramm

Seminar mit Oskar Lafontaine, Erhard Eppler, Günter Grass und Willy Brandt

G. BADING, **Saarbrücken**

Revision des Godesberger Programms der SPD von 1959, Widerstand gegen die militärische Rüstung bis zum „Produktstreik" des einzelnen Arbeiters oder dem Generalstreik der Gewerkschaften und die Neuformulierung eines sozialistischen Internationalismus sind nach Auffassung führender Vertreter des linken Flügels der deutschen Sozialdemokraten die hervorragenden Aufgaben des „demokratischen Sozialismus" in der Zukunft. Auf Anregung des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine befaßte sich in Saarbrücken am Pfingstwochenende ein Seminar der örtlichen Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Doppelthema: „Die Zukunft des demokratischen Sozialismus – Was heißt heute Internationalismus?"

Der Schriftsteller Günter Grass, seit Herbst vergangenen Jahres Mitglied der SPD, wurde in der Diskussion in Saarbrücken zur dominierenden Figur. In einem Einleitungsreferat wiederholte er seine umstrittene, besonders vom Vertreter des Godesberger Flügels der Partei, Richard Löwenthal, energisch angegriffene These, daß angesichts der fortschreitenden Rüstung „Widerstand" zu erwarten sei. Dem „kalkulierten Wahnsinn" des weltweiten Wettrüstens könnten nur noch „Schwachsinnige" folgen.

Grass verengte seine Aussage in seinem Referat und auch am Pfingstsamstagabend in einer Podiumsdiskussion in der Saarbrükker Stadthalle auf den Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluß in seinem Stationierungsteil. Dagegen werde „demnächst Widerstand geboten sein". Hier wiederholte Grass auch seinen Hinweis auf den unterlassenen Widerstand gegen die Nazis vor 50 Jahren, wobei er allerdings – möglicherweise unter dem Eindruck der Kritik Löwenthals – einschränkte, daß der Anlaß für den Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft und der Anlaß des von ihm propagierten Widerstands gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen nicht vergleichbar sei.

Oskar Lafontaine, der mit seinen Überlegungen zu einem eventuellen Generalstreik der Gewerkschaften gegen die Rüstung und gegen die Raketenstationierung in den vergangenen Wochen auch innerhalb der SPD viel Kritik geerntet hat, versuchte, seine Aussagen zu relativieren. Immerhin hatte selbst das SPD-Präsidium sich gegen die Generalstreik-These Lafontaines ausgesprochen. In der Podiumsdiskussion, an der auch der „Vater des Widerstands" innerhalb der SPD gegen den Doppelbeschluß, Erhard Eppler, teilnahm, wandte sich Lafontaine auch auf direkte Fragen aus dem Publikum gegen eine Verengung des von ihm empfohlenen „Produktstreiks" des einzelnen Arbeiters in der Rüstungsindustrie und der Generalstreik-Idee auf einen konkreten Anlaß. Lafontaine erinnerte daran, daß die französischen Sozialisten vor dem Ersten Weltkrieg dieses Denkmodell der Kriegsverhinderung durch internationalen Generalstreik in die Diskussion gebracht hätten. Nur daran habe er anknüpfen wollen. Die konkrete Antwort auf die konkrete Frage, ob er den Generalstreik zur Verhinderung der Raketenstationierung wolle, blieb Lafontaine schuldig.

Günter Grass sprach dagegen ganz offen von einem „Recht auf Widerstand", das „wenn es nottut, auch einen Generalstreik" möglich mache. In so wichtigen Fragen wie der der Raketenstationierung, so Grass, könne „uns kein Parlament die Gewissensfragen abnehmen".

Die Diskussion über den Internationalismus wurde geprägt durch die Teilnahme des ehemaligen ZK-Sekretärs der tschechoslowakischen KP während des Prager Frühlings, Zdenek Mlynar, des ungarischen Schriftstellers György Konrad und des Staatssekretärs im Kultusministerium Nicaraguas Carlos Rincón. Konrad und Mlynar warfen die Frage nach der Logik des Blockdenkens auf. Hier waren sich alle Gesprächsteilnehmer rasch einig, daß die Zukunft des demokratischen Sozialismus in der Überwindung des Blockdenkens liegen müsse. Eppler erklärte dazu, das Interesse der beiden Supermächte sei eigentlich gleichgerichtet. „Der Gleichschritt in einem Block hat zu tun mit dem Gleichschritt im anderen." Wenn nun, etwa durch eine unabhängige Friedensbewegung der Gleichschritt in einem der beiden Blöcke durcheinandergerate, so werde das über kurz oder lang auch im anderen Block der Fall sein.

Das zu verhindern, sei das gemeinsame Interesse der USA und der Sowjetunion gegenüber Europa. Diesem Interesse müsse man das Streben nach mehr Eigenständigkeit – in Westeuropa von der Führungsmacht USA – entgegensetzen.

Die Frage einer – von Grass intensiv geforderten – Revision des Godesberger Programms blieb unbeantwortet. Parteichef Willy Brandt, am letzten Tag des Seminars Gast in Saarbrücken, verwies die Antwort zurück an Erhard Eppler, obwohl er einräumte, daß einige der heutigen Problemstellungen in diesem Programm nicht angesprochen worden seien – etwa die Lage der 3. Welt. Und Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission beim SPD-Vorstand, blieb ebenso ausweichend: Die Grundwerte selbst seien unstrittig; man müsse lediglich die Frage der Grundforderungen überprüfen.

Marie Schlei – eine „ungemein tapfere Frau"

gba, **Bonn**

Erst 63jährig ist die sozialdemokratische Politikerin Marie Schlei am Pfingstsonnabend in Berlin gestorben. Mit ihr haben die Sozialdemokraten eine ihrer profiliertesten Politikerinnen verloren. Marie Schlei hatte sich stets dagegen gewehrt, nur „Alibi-Frau" in der Partei oder auch im Kabinett zu sein.

Die in Pommern geborene Berlinerin erlag einem langjährigen Krebsleiden, das in den letzten Jahren ihre politische Schaffenskraft stark beeinträchtigt hatte. Bereits 1981 mußte sie deshalb ihr Bundestagsmandat aufgeben.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt würdigte Marie Schlei gestern als „eine ungemein tapfere Frau". Für sie seien Begriffe wie „soziale Verantwortung" und „Gleichberechtigung der Frau" nie bloße Schlagworte gewesen; sie habe zeit ihres Lebens stets auf der Seite der Schwächeren gestanden, schrieb Brandt, und sie habe dabei noch ihr eigenes Schicksal tapfer ertragen.



Marie Schlei ist im Alter von 63 Jahren gestorben FOTO: E. KASPERSKI

Marie Schlei war nach dem Krieg 1947 nach Berlin gekommen, machte dort ihr Abitur nach und wurde Lehrerin. 1949 trat sie in die SPD ein. Zwanzig Jahre später, nach einer ersten Krebsoperation, wurde sie als Berliner Abgeordnete Mitglied des Bundestags. In der SPD-Fraktion wurde sie bald Mitglied des Fraktionsvorstandes. Sie wurde stark vom Fraktionschef Herbert Wehner gestützt, der sie am liebsten an Stelle von Annemarie Renger 1972 zur Bundestagspräsidentin gemacht hätte.

Nach dem Rücktritt des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt 1974 wurde Frau Schlei Staatssekretärin im Kanzleramt, 1976 wurde sie Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies wurde damals als „Abschieben" aus dem Kanzleramt verstanden, wo sie eigentlich die Verbindung zwischen Regierungschef Helmut Schmidt und Fraktionschef Wehner hatte halten sollen.

Ihre politische Amtsführung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gab zu einer Reihe von Kontroversen zwischen Opposition und Regierungskoalition Anlaß, auch wurde sie in den eigenen Reihen mehrfach kritisiert. Bei der Kabinettsumbildung Anfang 1978 verließ Marie Schlei das Kabinett und übernahm in der Fraktion den außenpolitischen Arbeitskreis.

Marie Schlei zeichnete sich durch ihre schlagfertige, durch den Berliner Dialekt noch hervorgehobene mütterlich-resolute Art im Umgang mit ihren Parteigenossen, aber auch – als Ministerin – mit Diplomaten und Amtskollegen aus.

Washington Post: Was Kohl von Reagan will

SAD, **Washington**

Bundeskanzler Kohl hofft angeblich, von Präsident Reagan neue Zusicherungen über größere amerikanische Flexibilität bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zu erhalten, um eine „positive Botschaft" mitnehmen zu können, wenn er im Juli zu Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Andropow nach Moskau reist. Der Bonner Korrespondent der „Washington Post" berichtete gestern weiter, dem Kanzler sei dringend daran gelegen, von seinen Gesprächen mit Präsident Reagan im Verlauf des am kommenden Wochenende beginnenden Wirtschaftsgipfels in Williamsburg die Versicherung mitnehmen zu können, daß Washington zur Zusammenarbeit bereit sei.

Die Kohl-Regierung, so heißt es in dem amerikanischen Korrespondentenbericht, wolle jeden nur irgend möglichen Weg erforschen, um zu einer Begrenzung der Mittelstreckenwaffen zu kommen. Hohe Beamte in Bonn seien besorgt, daß sich in der US-Regierung die Ansicht durchsetzen könnte, Pershing-2-Raketen müßten in der Bundesrepublik Deutschland erst stationiert werden, ehe sich Moskau zu einem tragbaren Kompromiß bereit finden würde.

In dem Bericht wird der Eindruck erweckt, als teilten „hohe Beamte" der Bundesregierung einige der Ansichten, die der frühere Bundeskanzler Schmidt in derselben Zeitung geäußert hatte. So heißt es, die provisorische Verabredung, die die beiden Chefunterhändler Nitze (USA) und Kwizinskij (UdSSR) im Sommer 1982 bei einem Waldspaziergang getroffen hätten, sei auch für die jetzige Bonner Regierung attraktiv.

Gegendarstellung

In dem Artikel „Der ‚Stern', Walde und die Dienste" von Manfred Schell in der WELT vom 13. Mai 1983 auf Seite 4 stellen Sie über mich unrichtige Behauptungen auf:

1. Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln hat mit mir keinen Kontakt unterhalten.

2. Ich habe auch keinen Kontakt zum Militärischen Abschirmdienst (MAD) gesucht.

Richtig dagegen ist, daß der MAD Kontakt zu mir gesucht hat, da wegen meiner Beförderung zum Major eine Sicherheitsüberprüfung lief.

3. Ich habe auch im Sommer des vergangenen Jahres keinen Kontakt zum MAD gesucht, sondern dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) mitgeteilt, der „Stern" habe aus Rom von einem nicht verifizierbaren Absender eine Karte mit Eintragungen militärischer Standorte und Einrichtungen zugesandt erhalten. Auf Anraten des LfV Hamburg habe ich die Karte dann dem MAD übergeben.

Bei der Karte waren keine Listen. Ich habe weder das LfV Hamburg noch das BfV Köln um eine „Annahme" dieser Karte zur Begutachtung gebeten.

4. Ich habe diese Karte dem MAD auch nicht mit der Erklärung anzutragen versucht, der „Stern" habe sie vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erhalten, das sich auf einen Obersten der Bundeswehr berufen habe. Ich weiß bis heute nicht, wer dem „Stern" die Karte geschickt hat.

Der „Stern" hatte auch weder die Absicht, diese Karte zu publizieren, noch habe ich diese Absicht gegenüber dem MAD erklärt. Ich wollte deshalb auch weder eine Bestätigung noch entsprechende Korrekturen von den deutschen Sicherheitsbehörden einholen.

5. Sie behaupten: „Unklar ist, welche Zielsetzung Walde bei seiner Unterredung im letzten Jahr mit MAD-Chef Admiral Schmähling, verfolgte."

Die Zielsetzung dieser Unterredung war nicht unklar. Sie diente zu ermitteln, wie meine beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr in Köln geführte Akte in den Besitz des WELT-Redakteurs Manfred Schell hat kommen können.

6. Sie behaupten, der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, habe in einem Telefongespräch mit Staatssekretär Hichle vom Verteidigungsministerium am 13. Juli 1981 gesagt, „Leistungen" von Walde seien „positiv" zu berücksichtigen.

Dadurch wird der Eindruck erweckt, ich hätte Leistungen für den Geheimdienst erbracht. Das trifft nicht zu: Ich habe niemals für irgendeinen Geheimdienst „Leistungen" erbracht.

7. Ich habe in Ost-Berlin keine „Einsicht in die Unterlagen über die Befragung der ehemaligen Sekretärin des CDU-Bundestagsabgeordneten Marx, Frau Goliath, erhalten", ich habe eine Erklärung dieses Inhalts auch weder gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium noch irgendeiner Sicherheitsbehörde der Bundesrepublik Deutschland abgegeben.

8. Mir ist zu keinem Zeitpunkt, weder in Ost-Berlin noch anderswo, „Zugang zu Aufzeichnungen über die letzten Tage des Führers in Aussicht gestellt worden", ich habe auch eine Erklärung dieses Inhalts weder gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium noch gegenüber irgendeiner Sicherheitsbehörde der Bundesrepublik Deutschland abgegeben.

Hamburg, 18. Mai 1983
gez.: Dr. Thomas Walde

*

Die WELT ist nach dem Landespressegesetz von Nordrhein-Westfalen zum Abdruck dieser Gegendarstellung verpflichtet, unabhängig davon, ob der Inhalt wahr oder unwahr ist.

AL-Mitglieder brachen bei CDU-Anwalt ein

F. DIEDERICHS, Berlin

Ausgerechnet zu den Pfingstfeiertagen, an denen Berliner Politiker gewöhnlich an Wannsee, Havel und in Kleingärten Entspannung suchen, schreckte die Justiz mit einem brisanten Ermittlungserfolg die Parlamentarier auf: Es gilt an der Spree einen Fall politisch motivierter Fassadenkletterei zu verdauen, der Schatten auf gerade jene Fraktion wirft, deren Stimme im Kampf gegen Filz und ähnliche politische Unartigkeiten stets am kräftigsten schallte. Zwei Mitglieder der Alternativen Liste (AL), so die Darstellung der Justizbehörden, brachen am 16. Februar dieses Jahres in die Kanzlei des CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Schmitz ein – in der Hoffnung, dort „belastendes Material" zu finden, wie einer der Einbrecher später sagte. „Bloßstellen" wollten die Klettermaxen den Rechtsanwalt Schmitz, dessen Beziehungen zur Ausländerpolizei einen Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigen.

Bei ihrem illegalen Kanzleibesuch erbeuteten, so das Ergebnis der Ermittlungen, die AL-Mitglieder Bruce Voigt und Wolfgang Petersen – der letztere sollte im Sommer als Abgeordneter ins Landesparlament nachrücken – zu nächtlicher Stunde vier dicke Aktenbände. Am folgenden Tag erst erfuhr die AL-Abgeordnete Rita Kantemir von dem gelungenen „Bruch". Später wußte, so sagte Voigt vor dem Ermittlungsrichter aus, „die ganze Fraktion davon".

Die AL-Abgeordnete Kantemir soll, so ließ der geständige Alternative die Polizei wissen, die Sache „ganz in Ordnung gefunden haben". Am Tag nach dem Einbruch sollen dann bislang namentlich nicht bekannte AL-Mitglieder im Fraktionszimmer des Schöneberger Rathauses die erbeuteten Unterlagen „mehrere hundert Mal" kopiert haben. Die Originale wurden nach Vervielfältigung an einen „neutralen Ort", gebracht, so Voigt. Während die Alternative Fraktion nach dem Geständnis von Voigt in einer ersten Stellungnahme noch darstellte, die Akten seien ihr von „unbekannter Seite" zugespielt worden, räumte sie jetzt ein, die Abgeordnete Rita Kantemir werde sich den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen.

Der Grund, daß die Affäre nun nach drei Monaten ans Licht kam: Bruce Voigt, der sofort nach seinem Geständnis aus der AL ausgetreten ist, drängte es, „einen Schlußstrich unter sein bisheriges Leben zu ziehen", – er will demnächst heiraten.

Zwei Minister und der programmierte Konflikt

Neufassung des Demonstrationsrechts verzögert sich

STEFAN HEYDECK, Bonn

Zwischen den beiden bayerischen Kabinettsmitgliedern, Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), schwelt wieder einmal ein Konflikt. Das hat bereits Bundeskanzler Helmut Kohl dazu gebracht, die beiden Minister zu Gesprächen unter Einbeziehung der Fraktionen aufzufordern. Der Bundeskanzler will statt eines Kompetenzgerangels eine klare und einheitliche Regierungslinie.

Zu den neuerlichen Spannungen zwischen den beiden Ministern ist es wegen der geplanten Novellierung des Demonstrationsstrafrechts gekommen. Auf der Basis der Koalitionsvereinbarung vom 21. März hatte das Justizministerium eine Vorlage zu diesem Themenbereich erarbeitet. Die Verhandlungsdelegationen der Koalitionspartner hatten damals festgeschrieben, daß bei Demonstrationen „diejenigen, die sich nachweislich darum bemühen, mäßigend auf Gewalttäter einzuwirken", von einer Strafverfolgung verschont werden können. Minister Engelhard hatte in seinem als „Formulierungshilfe" für eine Gesetzesvorlage bezeichneten Papier für diese Personen den Begriff des sogenannten „Abwieglers" eingeführt.

Bei zwei Besprechungen mit den FDP-Abgeordneten Detlef Kleinert und Klaus Meckmann sowie mit den CDU/CSU-Parlamentariern Anton Stark, der Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses ist, Engelhards parlamentarischen Staatssekretär Hans Hugo Klein, Benno Erhard und Fritz Wittmann stieß der Minister damit noch auf allgemeine Zustimmung.

Doch die „Formulierungshilfe" von Engelhard ist in den Augen von Zimmermann unpraktikabel: Aufgrund des Widerstandes des für die Polizei zuständigen Bundesinnenministers lehnte dann der CDU/CSU-Fraktionsvorstand die Vorlage als „nicht entscheidungsreif" und daher „nicht beratungsfähig" ab.

Prompt stellte das Jusitzministerium seine vorbereitenden Arbeiten für einen Gesetzesentwurf ein. Trotz der Kanzler-Forderung, sich zu verständigen, wird dort jetzt erst einmal auf einen neuen Vorschlag aus dem Innenministerium gewartet. Schließlich sieht man sich mit den eigenen Plänen „felsenfest auf der Koalitionsvereinbarung stehen".

Die nunmehr eingetretene Verzögerung bedeutet, daß es kaum noch vor den im Falle einer Stationierung neuer amerikanischer Raketen befürchteten Demonstrationen der Friedensbewegung zu einer Verschärfung des Strafgesetzbuchparagraphen 125 kommen kann. Er regelt die Strafbarkeit des Landfriedensbruchs.

Bei den Freien Demokraten wird diese Entwicklung nicht einmal ungern gesehen. Denn im liberalen Lager wird befürchtet, daß es zu einer Eskalation der Gewalt kommen könnte, wenn das Demonstrationsstrafrecht quasi im Eilverfahren noch vor der Sommerpause verschärft wird.

Andererseits wendet sich aber auch der Praktiker Zimmermann gegen ein mit heißer Nadel genähtes Gesetz, das sich später in der Praxis als schwer anwendbar zeigt. Ihm geht es einerseits um eine echte Mitbeteiligung bei der Erstellung eines Entwurfs und andererseits um eine tatsächliche Verbesserung des Paragraphen 125.

Der Streit geht vor allem um zwei Punkte:

- Nach den Vorstellungen von Engelhard soll ein Teilnehmer einer gewalttätigen Demonstration, deren Auflösung die Polizei angeordnet hat, straffrei bleiben, wenn er die Gewalttäter von strafbaren Handlungen abhalten will.
- Außerdem soll die Polizei die Möglichkeit erhalten, Teile einer Demonstration aufzulösen, aus denen Gewalttaten heraus begangen werden.

Nach der Intervention von Zimmermann hat bereits CDU/CSU-Fraktionschef Aldred Dregger eingeräumt, daß diese bereits in der Koalitionsvereinbarung enthaltenen Punkte übersehen worden seien. Die Folge wird also angesichts der Ministerauseinandersetzungen ein neues Gespräch zwischen den Regierungsparteien sein.

Der Streit um das Demonstrationsrecht ist nicht der erste zwischen den beiden Ministerien. Zwischen den beiden bayerischen FDP- und CSU-Ministern brodelt es praktisch vom ersten Tag des neuen Bonner Bündnisses an: Da gab es zunächst Krach um ein Gutachten, das die Rechtmäßigkeit der vorgezogenen Neuwahlen untermauern sollte. Es wurde um die Mitbeteiligung an einer Verordnung gestritten, mit der die Frage der Beihilfe für Beamtinnen bei Schwangerschaftsabbrüchen geregelt werden sollte. Und letztlich kritisierte das Justizministerium massiv, daß das Innenministerium „vorschnell und ohne Abstimmung" Fahndungserfolge bei der Terroristenbekämpfung veröffentlicht hatte.

Kehren Sozialdemokraten dem westlichen Verteidigungsbündnis den Rücken?

Arbeitskreis I für Außen- und Sicherheitspolitik der SPD bereitete Klausurtagung der Gesamtfraktion am 1. Juni vor

Von RÜDIGER MONIAC

Die SPD hat sich von Inhalt und Zielsetzung des NATO-Doppelbeschlusses in ihrer Mehrheit innerlich längst entfernt. Dies sagte ein führendes Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gegenüber der WELT. Für den Doppelbeschluß unter Sozialdemokraten zu kämpfen, sei sinnlos geworden. Die Entwicklung in der Partei sei längst derart alarmierend, daß auch mit einer generellen Ablehnung des NATO-Bündnisses gerechnet werden müsse. „Verbleib der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Verteidigungsbündnis – das ist die Linie, auf der wir kämpfen müssen", sagte der Sozialdemokrat.

Die Äußerungen stehen im Zusammenhang mit einer Sitzung des Arbeitskreises I für Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Fraktion, der am Freitag vor Pfingsten eine Klausurtagung der Gesamtfraktion am 1. Juni zu außen- und verteidigungspolitischen Themen vorbereiten sollte. Den Teilnehmern der Sitzung lagen mehrere Entwürfe für ein politisches Grundsatzpapier vor, das die Fraktion verabschieden soll, ein Elf-Seiten-Entwurf des Vorsitzenden des Arbeitskreises Horst Ehmke und eine Art „Gegen-Papier" von drei Seiten des Fürther SPD-Bundestagsabgeordneten Horst Hasse, darüber hinaus weitere von Karsten Voigt über die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses sowie vom Saarbrücker SPD-Abgeordneten Hajo Hoffmann, der auf elf Zeilen verlangte, es sei „nicht im deutschen Interesse", für die Golfregion vorgesehene amerikanische Truppen in Mitteleuropa durch deutsche Reservisten zu ersetzen, da „die Bundesrepublik so automatisch in diese Krisen verwikkelt" würde.

Zentraler Punkt der Debatte im Arbeitskreis war aber die Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland nach sozialdemokratischer Ansicht ihr Verhältnis zur NATO gestalten solle. Das Papier Ehmkes stellte die deutsche Mitgliedschaft im Bündnis auf lange Sicht in Frage. Es heißt darin: „Die Bundesrepublik findet Sicherheit nur in Gemeinsamkeit mit ihren Verbündeten. Sie bleibt daher politisch und militärisch in die Europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis eingebunden." Dann heißt es jedoch im folgenden Satz: „Außerhalb des Bündnisses kann es für unser Land keine Sicherheit geben, solange nicht die Konfrontation der Blöcke durch eine europäische Friedensordnung ersetzt wird."

Diesem, wenn auch gegenwärtig noch theoretischen Infragestellen der NATO im Ehmke-Papier stellte der Entwurf des Fürthers Hasse klar entgegen: „Die NATO als politisches wie auch militärisches Verteidigungsbündnis der demokratischen Staaten hat sich bewährt. Dies beweist insbesondere die Tatsache, daß die Sowjetunion im letzten Jahrzehnt ihre größten Erfolge außerhalb der NATO-Gebiete errungen hat (Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien, Jemen, Kuba)."

An anderer Stelle verstärkt der Hasse-Entwurf diesen Aspekt noch mit der Forderung: „Die NATO muß verstärkt als das solidarische, politische Bündnis der westlichen demokratischen Staaten gefördert werden ... Die Demokratie und ihre Überlegenheit gegenüber dem totalitären System gibt der NATO die moralische Legitimation zu ihrer Verteidigung gegen politische und militärische Pressionen, die von diesem System ausgehen oder in Zukunft ausgehen können."

Die Forderungen des Fürther SPD-Abgeordneten wurden weiter mit der Feststellung konkretisiert: „Das Bündnis muß eine offensive Strategie gegenüber der Sowjetunion betreiben, das heißt, es muß die Alternativen sichtbar machen, nämlich die politische und ökonomische Konfrontation, die unabänderlich die Reaktion auf eine fortgesetzte sowjetische Expansionspolitik wäre oder die positive Zusammenarbeit im ökonomischen und politischen Bereich." Nachdrücklich auch achtete der Fürther Haase darauf, die psychologischen Bindungen der Bundesrepublik mit den USA nicht zu verletzen. Deshalb müsse darauf geachtet werden, daß die „Vertrauensgrundlage zwischen Europa und den USA nicht beschädigt" werde, auch wenn die westeuropäischen Bündnisstaaten ein „gemeinsames Verteidigungsbewußtsein entwikkeln und dies auch gegenüber den USA darstellen".

Wie die Diskussion im Arbeitskreis ergab, haben die Vorschläge Hasses als Ganzes keine Chance, in das Ehmke-Papier, das der Gesamtfraktion am 1. Juni zur Beschlußfassung vorliegen soll, Eingang zu finden. Das Hasse-Papier, das von Hans Apel und dessen „Seeheimer Kreis", den sogenannten „rechten Genossen" in der Fraktion, unterstützt wird, soll „irgendwie" im Ehmke-Entwurf mitberücksichtigt werden. Eine Redaktionskonferenz, bestehend aus Ehmke selbst, Egon Bahr, Erwin Horn und Karsten Voigt, hat die Einarbeitung für die Fraktions-Klausur am 1. Juni übernommen. Allerdings glauben die Befürworter der Hasse-Position nicht, daß es ihnen gelingt, die Pro-NATO-Haltung der Fraktion klar herauszuarbeiten.

Diese Befürchtung haben sie auch deshalb, weil sie bislang nicht genau abzuschätzen wissen, wie sich der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in dieser Auseinandersetzung äußern wird. Ein Abgeordneter, der ungenannt bleiben wollte, sagte zur WELT: „Vogel handelt wahrscheinlich nur unter taktischen Gesichtspunkten. Er will die Grünen umarmen, um sie bei der nächsten Bundestagswahl erwürgen zu können." Ob Vogel das allerdings gelingt, ist angesichts der Forderungen, die das Ehmke-Papier zu Verteidigungsfragen enthält, sehr zweifelhaft. Es heißt darin zum **Doppelbeschluß:**

„Er selbst sieht vor, daß über die Stationierung westlicher Waffen *endgültig erst nach Prüfung* des Verhandlungsergebnisses entschieden werden soll ... Das wohlüberlegte informelle Angebot des amerikanischen Unterhändlers in Genf, für eine substantielle Reduzierung der sowjetischen SS-20-Raketen auf die Stationierung der Pershing-2-Raketen zu verzichten, sollte formell wiederholt werden. Für die verbleibenden Fragen könnte dann eine Lösung im Rahmen der START-Verhandlungen (über die strategischen Systeme, die Red.) angestrebt werden, deren Verbindung mit den Verhandlungen über eurostrategische Waffen das amerikanische Abgeordnetenhaus gerade mit großer Mehrheit vorgeschlagen hat. In diesem Gesamtrahmen ist auch eine Einigung über die Berücksichtigung der britischen und französischen Nuklearwaffen leichter."

Im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß spekuliert das Ehmke-Papier eindeutig mit plebiszitären Elementen in der Politik, indem es dort heißt: „Die SPD wird im Herbst dieses Jahres das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen prüfen und ihren Beschluß zur Frage der Stationierung im Licht der Einsicht fassen, daß keine Strategie und keine Waffenprogramme das Bündnis stärken können, wenn sie nicht von einer breiten Zustimmung unseres Volkes zur Sicherheitspolitik des Bündnisses getragen werden."

Verzicht auf Ersteinsatz: „Um nichts zu versäumen, was dem Rüstungswettlauf endlich ein Ende setzen kann, sollte die NATO das Angebot des Warschauer Paktes, ein Abkommen über den Verzicht auf den Ersteinsatz von konventionellen wie von nuklearen Waffen zu schließen, positiv aufgreifen. Gewaltverzicht gehört zum Kern der Entspannungspolitik."

Einfrieren von Atomwaffen: „Ein ‚Einfrieren' der Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Nuklearwaffen und ihrer Kontrolle, wie vom amerikanischen Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit empfohlen, kann ein wichtiger Schritt auf diesem Wege sein ... Wir treten darüber hinaus dafür ein, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland keine chemischen oder bakteriologischen Waffen gelagert werden."

Strategie-Debatte: „Selbst erste Schritte in Richtung auf eine Abschaffung der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen setzen voraus, daß sich in West und Ost der Gedanke der Sicherheitspartnerschaft, des Aufeinander-Angewiesenseins selbst gegnerischer Blöcke zur Sicherung des gemeinsamen Überlebens, weiter durchsetzt ... Es sind daher entschiedene Anstrengungen erforderlich, den Trend zur Entwicklung von nuklearen Kriegführungsfähigkeiten umzukehren und Atomwaffen in einem ersten Schritt wieder auf die politische Rolle der Abschrekkung zurückzudrängen ...

Bei einer solchen Rückführung der Nuklearwaffen auf die politische Rolle der Abschreckung müßte der Schutz der Bundesrepublik vor einem konventionellen Angriff des Ostblocks in erster Linie mit konventionellen Waffen geleistet werden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Debatte rückt eine konventionelle ‚Vorne-Verteidigung' der Bundesrepublik als alternative NATO-Strategie in Westeuropa in den Bereich des Möglichen. So groß ist die konventionelle Überlegenheit des Ostblocks in Europa nicht, daß ein konventioneller Angriff nicht mit modernen konventionellen Waffen zunichte gemacht ... werden könnte."

Mehr als anderswo regiert in Amerika das Parlament mit

Was Politik wird, entscheidet sich in zähem Ringen von Weißem Haus und Kongreß

Von TH. KIELINGER

Sechs Tage vor dem Wirtschaftsgipfel von Williamsburg mögen die zu erwartenden Gäste vielleicht fragen, wie es denn stehe mit dem Herrn Reagan im dritten Jahr seiner Amtszeit, und ob er denn immer noch der starke Mann sei, der er auf den Gipfeln in Ottawa und Versailles zumindest schien? Frankreichs Präsident Mitterrand beispielsweise mag sich fragen, ob er eigentlich der einzige sei, der sich laut und deutlich über den starken Dollar, die hohen US-Zinsen und vor allem das schwindelerregende amerikanische Haushaltsdefizit beschwert.

Oberflächlich betrachtet sieht es für den Präsident Reagan gar nicht übel aus. Die jüngste Umfrage, von der Fernsehanstalt ABC und der „Washington Post" gemeinsam veranstaltet, gibt ihm seit langer Zeit wieder ein Plus in der Wählergunst, einen Zugewinn von neun Punkten, so daß jetzt 54 Prozent der Befragten die Gesamtleistung des Weißen Hauses positiv beurteilen. Die Meldungen vom Beginn des Aufschwungs, mag er noch so zaghaft ausfallen, zeigen offenbar Wirkungen.

Sieht man aber auf die Aussichten des Reagan-Programms in diesem Jahr, so treten andere Züge hervor. Das amerikanische politische System hat wieder einmal vollkommen die Herrschaft übernommen. Das heißt: Die legislative Gewalt übt immer stärkeren Einfluß auf die Politik der Exekutive aus, im wirtschafts-, im außenpolitischen Bereich. 1983 wird es schwieriger denn je sein, den Erfolg des Weißen Hauses vorherzusagen. Der Kongreß versucht jetzt stärker, die Initiative an sich zu reißen.

Vor Williamsburg

- hat die US-Regierung noch immer keinen vom Kongreß verabschiedeten Haushalt, allenfalls zwei „Resolutionen" der beiden Kongreß-Kammern, aus denen sich ein Konsens zur künftigen Haushaltsbehandlung erst noch herausschälen muß;
- hat das Weiße Haus noch keine Sicherheit, ob es El Salvador ausreichende Gelder zum Kampf gegen die Aufständischen zur Verfügung stellen kann;
- geht der Kampf mit dem Kongreß um die Absegnung des strategischen Nuklearwaffen-Programms weiter, obwohl sich hier immerhin der Konsens herauszuschälen beginnt;
- stehen die vor einem Jahr in Genf unterbreiteten START-Vorschläge (zur Abrüstung der strategischen Atomwaffen) kurz davor, zurückgezogen und völlig überholt zu werden. Der Verhandlungsprozeß, unter Einwirkung der Gesetzgeber, muß nahezu von neuem beginnen.

Dieses sind nur vier Beispiele aus dem immer wieder verwirrenden Schauspiel, genannt „das amerikanische politische System", die es auch den anreisenden Gästen in Williamsburg einigermaßen schwer machen wird, das spezifische Gewicht ihres amerikanischen Gegenübers genau zu taxieren.

In diesen Tagen berichtet die Presse, auch die europäische,

DIE ● ANALYSE

täglich von irgendwelchen „Entscheidungen", die in Washington gefällt, Abstimmungen, die im Kongreß vorgenommen wurden. Im Grunde aber entscheidet sich sehr wenig, und abgestimmt wird nur, weil die legislative Gewalt irgendwie von der Wurzel bis zum Wipfel, vom kleinsten Unterausschuß bis zum Plenum der Kammern in ihrem politischen Prozeß, ihrem Anspruch, Einfluß auszuüben, sichtbar werden muß.

Der europäische Leser, der nach irgendwelchen Äußerungen des Präsidenten annimmt, jetzt habe er es mit „amerikanischer Politik" zu tun, irrt. Ob das, was der Präsident sagt und wünscht, Politik wird, entscheidet sich erst nach einem langwierigen, immer komplizierter geführten Ringen zwischen den beiden „Armen" der Regierung. „Regierung" in den USA – das ist, im Unterschied zu den parlamentarischen Demokratien, das Weiße Haus und der Kongreß, die Exekutive und das Parlament. Das Parlament regiert mit, wie in keinem anderen politischen System. Daher hat auch die deutsche Sprache, wenn sie den Begriff der US-Regierung nur im Sinne der Exekutive fassen will, als politischen Willen des Weißen Hauses, den Terminus „Administration" übernommen.

Ist das aber eine im europäischen Sinn „verantwortliche" Regierung, was sich aus Administration und Kongreß zusammenzuraufen sucht? Viele Beobachter in den USA zweifeln daran immer mehr. Man nehme das Beispiel der Außenpolitik: Der Präsident hat laut Verfassung zwar die Verantworung für sie, aber die Mittel zur Ausübung dieser Verantwortung liegen beim Kongreß, im „Budget-Prozeß". Jeder außenpolitische Vorstoß des Weißen Hauses, der Geld kostet, kann praktisch vom Kapitol lahmgelegt werden – denn dort liegt die absolute Hoheit über das gesamte Gebiet der Finanzen. „The president proposes, Congress disposes" – der Präsident schlägt vor, der Kongreß teilt aus.

Im Fall El Salvador heißt das: Das Weiße Haus bittet um 110 Millionen Dollar Militärhilfe für das nächste Haushaltsjahr; die entsprechenden Unter- und Ausschüsse im Kongreß, alle mit Haushaltsdetails befaßt, kürzen auf 65, beziehungsweise 76 Millionen Dollar. Über die Differenz muß der Vermittlungsausschuß dann noch befinden. Nicht genug damit: Es werden weitere Auflagen drangehängt, die sowohl den Präsidenten als auch die Regierung in El Salvador zu beständigen Bittgängern auf dem Kapitol machen.

Ähnlich ist es mit den Bestimmungen der Hilfe, die Aufständische in Nicaragua erhalten: Das Geld reicht gerade aus, daß die Rebellen Waffen in die Hand bekommen. Aber diese Waffen dürfen nicht „zum Sturz der Regierung in Managua" benutzt werden. Andernfalls müßte die US-Hilfe abgebrochen werden.

Das Ringen zwischen den beiden „Armen" der Regierung läßt vor allem im Haushaltspolitischen große Unschärfen entstehen. Hier ist der Kongreß als Regulativ noch am stärksten durch die Verfassung abgesichert, denn diese gibt ihm ausdrücklich die Budget-Hoheit, während der Kongreß sich auf dem Felde der Außenpolitik erst in den letzten zehn Jahren durch neue Gesetze zunehmende Mitsprache angeeignet hat.

Kirchschläger im Oktober nach Ost-Berlin

hrk. **Berlin**

Als erster Präsident eines zum westlichen Lager zählenden, wenngleich neutralen Staates, reist Österreichs Bundespräsident Rudolf Kirchschläger am 11. Oktober nach Ost-Berlin. Mit seinem Besuch erwidert der Gast die Staatsvisite von Erich Honecker im November 1980. Damals absolvierte der Staatsratsvorsitzende seine erste Reise in ein westliches Land.

Honecker hatte neben Wien auch Linz und die Kunst- und Musikstätten von Salzburg besucht und den Grundstein für eine seither relativ enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und der „DDR" bis hin zur gegenseitigen Anerkennung des Abitus (Matura) gelegt.

Kirchschläger, zu dem Honecker offenbar einen guten „Draht" fand, soll nach Ostberliner Quellen entweder einen Abstecher in einige Hansestädte an der mecklenburgischen Ostseeküste oder nach Dresden unternehmen.

Während Kirchschlägers Staatsbesuch in Bonn im Herbst 1982 war es zu einer politischen Kontroverse und Verstimmung wegen der Weigerung des Bundespräsidenten gekommen, auch nach Berlin zu fliegen. In Bonn meinte der Gast damals, die „Selbstverständlichkeit eines solchen Besuchs ist noch nicht gegeben". Seine Entscheidung sei jedoch „nicht eine Demonstration gegen irgend jemand, sondern der Versuch, eine Frage, die mir gegenwärtig etwas ruhiger zu sein scheint, nicht erneut zu aktualisieren".

Kirchschläger bestritt, mit Rücksicht auf die „DDR" und den schon damals für 1983 in Aussicht genommenen Besuch in Ost-Berlin den Westteil der Stadt ausgespart zu haben. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß vor allem die österreichische Stahlindustrie auf die guten Geschäftsbeziehungen zur „DDR" angesichts der weltweiten Stahlkrise mehr denn je dringend angewiesen ist.

Unabhängig von der Frage, wann auch Japan im Gegenzug zu Honeckers Visite von 1981 einen Repräsentanten nach Ost-Berlin schickt, verdichten sich die Hinweise auf die erste Reise Honeckers in ein NATO-Land. Spätestens 1984 wird mit seiner Visite in Athen gerechnet.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Pariser Studenten setzen zum Sturm gegen Hochschulreform an

Heute wird das Gesetz im Parlament debattiert / Mitterrand unpopulärer denn je

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Paris erwartet heute eine weitere und vermutlich größte und heftigste Studentendemonstration seit Beginn der allgemeinen Hochschulunruhen im März. In drei Zügen – einem rechtsgerichteten, einem den Sozialisten nahestehenden und einem politisch neutralen – wollen die Teilnehmer von 14 Uhr an sternförmig zur Nationalversammlung ziehen, die das umstrittene Gesetz des Erziehungsministers Savary zur Hochschulreform in erster Lesung debattieren soll. Mehrere Studentenverbände hatten einen Aufschub der Kammerdebatte bis zum Herbst verlangt, um den Gesetzestext noch einmal überarbeiten zu können, der nach Ansicht der einen die Hochschulen „politisiert, gleichschaltet und der Regierungskontrolle unterwirft" und der anderen „die Elitebildung verschärft und das Gleichheitsprinzip verletzt".

Savary hatte eine Vertagung abgelehnt und auf den Kammertermin bestanden, da „sein Gesetz gut und von den meisten nicht richtig verstanden worden ist". Die Regierung hat in Paris schon seit Tagen kasernierte Polizei und Gendarmerie aufziehen lassen und die Stadt in ein Heerlager verwandelt. Die Opposition wertete dieses Vorgehen als „bedenkliches Zeichen einer Putschneurose".

Das gespannte politische Klima in der Hauptstadt wurde in der Nacht zum Montag durch ein Bombenattentat verschärft, welches die Büros der rechtsextremen „Partei der Neuen Kräfte" (PFN) am Boulevard Sebastopol zerstörte. Als Täter trat später eine bisher unbekannte „antirassistische Freiheitsbrigade" auf, die es „dem Faschismus verwehren will, die wirtschaftlich angespannte Lage zu rechtsextremen und rassistischen Aktionen zu nutzen". Die PFN hatte bei den Kommunalwahlen im März eine Kampagne gegen die Gastarbeiter geführt, aber nur 1,2 Prozent der Stimmen erhalten.

Präsident Mitterrands Popularität ist bei einer zu Pfingsten veröffentlichten Umfrage erneut um 5 Punkte auf den bisher tiefsten Stand aller Präsidenten der 5. Republik gesunken. Nur noch 33 Prozent der Befragten erklärten sich mit seiner Amtsführung zufrieden; 38 Prozent waren es im April. Offenbar ungerührt von diesem Ergebnis, sagte der Präsident auf seiner traditionellen Pfingstwanderung zum Solutré-Berg in Burgund zu Journalisten, Meinungsumfragen berührten ihn nicht. Sie seien mal schlecht, mal gut und hingen immer von einer augenblicklichen Stimmung ab. Es sei nicht erstaunlich, daß die Franzosen mit der Austerity-Politik unzufrieden seien. Diese sei aber eine zeitlich begrenzte Politik, die bald ihre Früchte tragen und dann eine Umkehr des Stimmungsbildes bewirken werde. Mitterrand kündigte eine neue Fernsehansprache an die Nation im Juni „nach dem Gipfel von Williamsburg" an, zu dem er „ohne große Hoffnungen" und nur deshalb gehe, um „seine Unabhängigkeit nach innen wie außen" zu wahren.

Die Opposition hält sich weiterhin verdeckt und vermeidet, Öl auf das Feuer zu gießen. Bei einem ersten Treffen der Generalsekretäre ihrer beiden Komponenten, Pinton (Liberale) und Pons (Gaullisten) in der Vorwoche, wurde der gemeinsame Wille bekräftigt, möglichst bald zu einer politisch einheitlichen Plattform zu kommen, die dem Volk klarmache, daß man jederzeit die Regierungsverantwortung übernehmen könne.

Jacques Toubon, einer der fähigsten „Barone" von Gaullisten-Chef Chirac, sagte in einem Interview: „Die Umfragen zeigen uns, daß augenblicklich 52 Prozent der Franzosen gegen die Regierung sind, was aber nicht heißt, daß sie für uns stimmen würden. Die Menschen sind besorgt, sie suchen nach etwas ganz anderem, und eben das müssen wir ihnen bieten. Eine Rückkehr zu einer Situation vor 1981 ist damit ausgeschlossen." Unter den Chefs der Opposition schiebt sich der frühere Premierminister Raymond Barre in allen Meinungsumfragen immer mehr nach vorne. Er liegt jetzt klar an zweiter Stelle hinter der früheren Europarats-Präsidentin Simone Veil und vor Expräsident Giscard und Chirac. Viele sehen in ihm offenbar den Mann, der dieses „ganz andere" bringen könnte – sozial-wirtschaftliche Strenge und Gerechtigkeit.

Mit scharfer Polemik will Moskau eine größere Blockdisziplin erzwingen

Aber Warschau und Bukarest kontern / Streit zwischen den Politbüros ist offensichtlich

CARL G. STRÖHM, **Wien**

Die westliche Öffentlichkeit neigt dazu, von sich aus auf andere zu schließen und ihre eigenen Maßstäbe auch dort anzuwenden, wo sie keine Gültigkeit haben können. Daher hat sie auch die Tragweite der Polemiken und Gegenpolemiken, die neuerdings sowohl zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Regime als auch zwischen dem Kreml und Rumänien geführt wurden, in ihrer Tragweite nicht richtig eingeschätzt.

Die sowjetische außenpolitische Wochenzeitung „Neue Zeit" – die in allen Weltsprachen erscheint und stets offizielle bis offiziöse Kreml-Meinungen wiedergibt – hatte die bedeutendste Wochenzeitung des Jaruzelski-Regimes, das Warschauer Blatt „Polityka", scharf attackiert. Das Moskauer Blatt hatte der polnischen „Bruder-Publikation" vorgeworfen, einen versteckten weltanschaulichen Pluralismus zu propagieren, ferner für die Wiederzulassung der Gewerkschaft „Solidarität" einzutreten, einen „besonderen polnischen Sozialismus" im Gegensatz zum „realen Sozialismus" der Sowjetunion und des Ostblocks zu popularisieren und schließlich, gleichfalls verdeckt, eine Revision der Abkommen von Jalta und Potsdam anzustreben – also die Loslösung Polens aus der sowjetischen Vorherrschaft.

Um noch deutlicher zu machen, wer und was gemeint war, zitierte die Moskauer „Neue Zeit" eine Erklärung des stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten und ZK-Mitgliedes Mieczyslaw Rakowski, die er in einem Interview mit der italienischen Star-Journalistin Oriana Fallaci von sich gegeben hatte. Danach habe, so Rakowski, die polnische Partei „bankrott gemacht" und sei „zerfallen". Die „Polityka" war und ist heute noch Rakowskis Meinung – und Rakowski gilt als einer der engsten Vertrauten des Chefs der polnischen Militärregierung, General Jaruzelski. Der Angriff war somit nichts anderes als ein Angriff auf Jaruzelski.

Die Polemik nahm eine neue, überraschende Wendung, als die Warschauer „Polityka" nicht wie bisher üblich schwieg oder gar „Selbstkritik" übte, sondern mit einem Gegenangriff antwortete, der den Sowjets vorwarf, falsch zu zitieren und zu manipulieren.

Fast gleichzeitig hat sich auch zwischen den sowjetischen und den rumänischen Kommunisten ein ungewöhnlicher Schlagabtausch von Polemiken abgespielt. Es begann mit einer Attacke der „Neuen Zeit" gegen die rumänische kommunistische Wochenzeitung „Contemporanul". Die Sowjets warfen dem rumänischen Blatt vor, anstelle der „Klasse" die „Nation" und damit den Nationalismus absolut zu setzen. Auch vom „Anti-Sowjetismus" in Bukarest war die Rede. Kurze Zeit später gab es einen weiteren scharfen Angriff der sowjetischen Presse gegen eine rumänische Publikation: Die Moskauer „Literaturzeitung" bezeichnete den in Bukarest erschienenen Roman „Die Faust und die Hand" des rumänischen Autors Dumitru Popescu als „anti-sowjetisches Machwerk".

Ebenso wie der langjährige „Polityka"-Chefredakteur Rakowski ist auch der Rumäne Dumitru Popescu nicht irgendein Literat, sondern ein hoher KP-Funktionär seines Landes: ein enger Vertrauter des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu, gleichzeitig Direktor der kommunistischen Parteihochschule in Bukarest sowie Mitglied des politischen Exekutivkomitees der KP Rumäniens.

In die Polemik hat schließlich auch noch die ungarische Literaturzeitung „Elet es Irodalom" eingegriffen und Rumänien beschuldigt, eine Art „Genocid" an der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen vorzubereiten.

Wie die Polen ließen auch die Rumänen den Angriff aus Moskau nicht auf sich sitzen. Die Bukarester Zeitung „Romania Literara" schoß eine publizistische Salve gegen die sowjetische „Literaturzeitung" ab – und zwar mit scharfer Munition. Das rumänische Blatt beschuldigte die sowjetische „Bruderzeitung" – ähnlich übrigens wie die „Polityka" gegenüber der „Neuen Zeit" – der Manipulation, der Fälschung, der Verbreitung von Lügen.

Innerhalb des Ostblocks sind solche Polemiken sehr ungewöhnlich. Es handelt sich hier nicht, wie etwa im Westen, um beliebige Scharmützel zwischen einzelnen Redaktionen oder Journalisten. Denn ohne Zustimmung, ja sogar Anweisung der jeweiligen KP-Führung sind solche publizistischen Eskapaden undenkbar. Wenn es zu solchen Polemiken kommt, bilden heftige politische Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der einzelnen Politbüros den Hintergrund. Offenbar existiert in Moskau eine sowjetische Führungsgruppe, welche die Zügel innerhalb des Blocks schärfer anziehen und größere Blockdisziplin erzwingen will. Vielleicht will der Kreml auf diese Weise sogar Jaruzelski und Ceausescu „sturmreif" schießen.

Die Tatsache aber, daß die beiden Politiker aus allen Rohren zurückschießen, verrät einen bemerkenswerten Umstand: Daß nämlich in Moskau selber die machtpolitischen Verhältnisse noch nicht klar sind. Die destabilisierte Situation im Kreml, wo offenbar gewisse Widerstände gegen Andropows Kost sich bemerkbar machen, ermöglicht es den beiden Attackierten, sich in einer bisher im Ostblock nicht dagewesenen Form zur Wehr zu setzen.

Baltische Exilgruppen vermissen konkrete Hilfe

Schweden äußert sich zu Menschenrechts-Verletzungen

R. GATERMANN, **Stockholm**

Aus den baltischen Ländern lägen Informationen vor, die auf eine Verschärfung der allgemeinen Menschenrechtssituation hindeuteten. So habe man Berichte über Hausdurchsuchungen und Inhaftierungen bekommen. Es sei jedoch nicht ganz klar, ob es sich dabei „um den Anfang einer permanenten Verschlechterung der ohnehin ernsten Lage bei den Menschenrechten und der politischen Situation im Baltikum handelt oder lediglich um ein vorübergehendes Phänomen". Dies sagte Schwedens Außenminister Lennart Bodström auf eine parlamentarische Anfrage und fügte hinzu, Schweden werde weiterhin die Freiheit für Gruppen und Einzelpersonen fordern und sich auch dazu äußern, wie ihre Regierungen die Bestimmungen der Helsinki-Akte einhalten.

Der Außenminister ging auch auf die Verurteilung von drei Angehörigen der inoffiziellen estnischen Helsinkigruppe ein. Seine Regierung habe sowohl auf internationaler Ebene als auch in Gesprächen mit sowjetischen Regierungsmitgliedern „ihre tiefe Unruhe über die Situation der Bürgerrechtler in der Sowjetunion ausgedrückt ..."

Zu den Maßnahmen, die die Situation in der Sowjetunion verschlechtert hätten, zählte Lennart Bodström die neuen Grenzbestimmungen, die Einschränkung der Telekommunikationen, Restriktionen bei der Ein- und Ausfuhr von Druckerzeugnissen sowie eine verschärfte Kontrolle bei der Ein- und Ausreise.

Die baltischen Exilgruppen in Stockholm begrüßen einerseits die Erklärung des Außenministers („Es ist ja erfreulich, daß die schwedische Regierung überhaupt mal zur Baltenfrage Stellung nimmt"); man wirft ihr aber gleichzeitig vor, konkret nicht wirklich zu helfen. Widerstandsbewegungen aus Lateinamerika, Afrika und Asien könnten immer mit Unterstützung aus Stockholm rechnen, die baltischen Gruppen möchte man aber am liebsten totschweigen, heißt es bei der estnischen Exilorganisation.

Die Kritik richtet sich vor allem gegen die bereits im August 1940 erfolgte schwedische De-jure-Anerkennung der Annektierung des Baltikums durch die Sowjetunion, womit Stockholm in der westlichen Welt alleine dasteht. Für die Sowjetunion ergibt sich daraus das Recht, die in Schweden lebenden Balten und deren Nachkommen als ihre Staatsbürger zu betrachten. Schließlich fordert man von der Stockholmer Regierung, daß sie sich der Resolution des Europa-Parlaments vom 30. Januar 1983 anschließt, wonach die Situation der baltischen Länder vor die UNO gebracht werden soll.

Ausreisesteuer: Lenken die Rumänen ein?

DW. **Bonn**

Der CSU-Vorsitzende Strauß wird heute mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu über die umstrittene Ausreisesteuer für Rumäniendeutsche sprechen. Möglicherweise zeichnet sich bei dieser Begegnung ein Einlenken der Bukarester Führung ab. Bundesaußenminister Genscher erklärte in einem Grußtelegramm an das Treffen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl, er sei zuversichtlich, daß die Bemühungen der Bundesregierung „in den die Einzelschicksale der Siebenbürger Deutschen betreffenden Fragen zum Erfolg führen werden".

Der bayerische Justizstaatssekretär Wilhelm Vorndran nannte auf der Veranstaltung die Erschwerung der Ausreisemöglichkeiten durch Ceausescus Dekret vom 22. Oktober 1982 einen „gravierenden Verstoß" gegen die Menschenrechtskonvention und die KSZE-Schlußakte.

In der vergangenen Woche gab es in den USA Hinweise, daß Rumänien in der Frage der Ausreisesteuer seine Haltung verändern werde. Rumänien wird sich angeblich in einer formellen Erklärung gegenüber den USA verpflichten, die Ausreisesteuer nicht mehr zu verhängen. Damit erspart sich Bukarest jährlich 200 Millionen Dollar. So hoch wären nämlich die Kosten bei einem Verlust der Meistbegünstigungsklausel gewesen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Selbstbedienungssystem

„Weiterbildung bleibt Sorgenkind"; WELT vom 18. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die WELT brachte es herzerfrischend und klar heraus: Es streiten sich die Ärzte rum – speziell die jungen – „um die Sicherung ärztlichen Einkommens", statt um die Menschlichkeit besorgt zu sein. Mit Dankbarkeit ist dieser Artikel von Peter Jentsch aus Kassel aufgenommen worden.

Was sollen wir als Homo sapiens davon halten? Warten, daß „verbesserte Qualität auf sich warten lassen wird?" Als egoistisch muß eine solche Diskussion von noch unqualifizierten Nur-Rednern abgetan werden.

Bedauerlich ist es, daß der Bürger für sein ach so geliebtes Auto *selbstverständlich* viel, viel *Geld* ausgibt und ebenso für die schönen Auslandsreisen. Zusammen gibt er nämlich für die Annehmlichkeiten, hauptsächlich fürs Vergnügen, 18,2 Prozent vom privaten Verbrauch des durchschnittlichen Familien-Haushalt-Etats aus. Für das leibliche Wohl, also für Nahrungsmittel, verbrauchte die Durchschnittsfamilie im Jahre 1981 nach derselben statistischen Erhebung 18,8 Prozent. Für die Gesundheit und Körperpflege gab dieser Haushalt nur 4,3 Prozent aus. Mit anderen Worten: Man gibt für die Gesundheit aus dem privaten Portemonnaie möglichst wenig aus; so zwiespältig ist halt des Bundesbürgers Frohnatur.

Aus dem derzeitigen „System der Selbstbedienung" muß endlich die Schlußfolgerung gezogen werden: bitte mehr Selbstverantwortung, mehr Selbstkosten und mehr eigener Einsatz für die eigene Gesundheit. Vorrangig ist die persönliche moralische Daseinsvorsorge, und danach kommt erst die notwendige öffentliche Versorgung, die Hilfe aus Solidarität.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Niemann,
Bad Zwischenahn

Auch Vorteile

Sehr geehrter Herr Philipps,

in der am 29. April in der WELT veröffentlichten Glosse „Aus der Schule geplaudert" stützen Sie sich auf *Untersuchungen vom HIS*, die sich u. a. mit der Beurteilung der reformierten Oberstufe aus der Sicht von Studenten befassen (HIS-Kurzinformation A 6/83, April 1983).

Um Sachlichkeit und Objektivität zu gewährleisten, wurde sowohl nach Vorteilen als auch nach Nachteilen der reformierten Oberstufe gefragt. In Ihrer Glosse stellen Sie nur die genannten Nachteile heraus und verschweigen, daß auch in großem Umfang Vorteile bestätigt wurden.

Tatsächlich hat eine repräsentative Stichprobe von über 3000 Abiturienten des Jahres 1980 (bei der Möglichkeit, mehrere Angaben zu machen) zu folgenden Anteilen als Vorteile der reformierten Oberstufe bejaht:

Möglichkeit der Schwerpunktsetzung 72,8 Prozent,

gute Vorbereitung auf Studium und Beruf 34,3 Prozent,

Möglichkeit der Abwahl uninteressanter und unbequemer Fächer 22,2 Prozent,

Möglichkeit, bessere *Noten zu erreichen* 13,3 Prozent.

In einem anderen Untersuchungskomplex, Befragung einer repräsentativen Stichprobe von über 5000 Abiturienten, wurde nach den Motiven gefragt, eine bestimmte Fächerkombination im Rahmen der reformierten Oberstufe zu wählen. Darauf bestätigten:

es kam mir darauf an, daß die Fächer auch meinen Neigungen und Interessen entsprechen 95,7 Prozent;

es kam mir darauf an, daß ich möglichst gute Noten/eine möglichst hohe Punktzahl erreichte 39,5 Prozent.

Es mag „Dünnbrettbohrer" und eine „Noteninflation" und es mag vielerlei gewichtige Probleme mit der reformierten Oberstufe geben. Wir sind bemüht, einwandfreie Informationen über den Zusammenhang zwischen reformierter Oberstufe und Studierfähigkeit bereitzustellen, um zur Versachlichung der vielfach emotional geführten Diskussion beizutragen.

Dr. W. König,
Hannover

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Neuer Motor

„Leserbrief: Alter Motor"; WELT vom 18. Mai

Hiermit möchte ich dem Hinweis, daß der von Herrn Stelzer als neue Erfindung vorgestellte Motor bereits etwa 40 Jahre alt ist, widersprechen. In dem Buch von Prof. Dipl.-Ing. Egon Cerneas „Freikolben-Verbrennungskraft-Maschinen. Theorie, Berechnung, Konstruktion, Anwendung", das vor rund zwanzig Jahren in der DDR erschienen ist, gibt es eine Übersicht, die nicht nur alle Varianten des seit langem bekannten Freikolbenmotors (ca. 1925) darstellt, sondern auch die noch nicht ausgeführten möglichen Konstruktionen. Keiner von diesen Motoren ist mit dem sog. „Stelzer-Motor" zu vergleichen.

U. Loewenstein,
St. Augustin 3

Wort des Tages

„Ein Mensch, der nur an sich denkt und in allem seinen Vorteil sucht, kann nicht glücklich sein. Willst du für dich leben, so lebe für andere."

Lucius Annaeus Seneca, röm. Dichter und Philosoph (1 v. Chr. – 65 n. Chr.)

Personalien

EHRUNGEN

Wegen ihrer Verdienste um Staat und Volk hat Bundespräsident Karl Carstens 27 Bundestagsabgeordnete und ehemalige Parlamentarier ausgezeichnet. Das Große Verdienstkreuz mit Stern erhielten die früheren Bundestagsabgeordneten **Elfriede Eilers** (SPD) und **Ernst Müller-Hermann** (CDU, jetzt Europa-Parlament). Das Große Verdienstkreuz erhielten **Lothar Haase** (CDU) und **Karl Heinz Lemmrich** (CSU) sowie die ehemalige CDU-Abgeordnete **Lieselotte Pieser**.

Das Verdienstkreuz Erster Klasse wurde verliehen an die CDU/CSU-Vertreter **Alfred Biehle, Heinz Günter Hüsch, Dionys Jobst** und **Roswitha Verhülsdonk** sowie an die einstigen Volksvertreter **Paula Riede** und **Isidor Früh** (jetzt Europa-Parlament). Die gleiche Auszeichnung erhielten bei der SPD die Abgeordneten **Carl Ewen, Erwin Horn** und **Lothar Löffler** sowie die früheren SPD-Bundestagsabgeordneten **Ulrich Dübber, Erich Henke, Hans Lemp, Paul Neumann, Martin Wendt** und **Günter Wuttke**. Von der FDP wurde der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Dieter-Julius Cronenberg** ausgezeichnet.

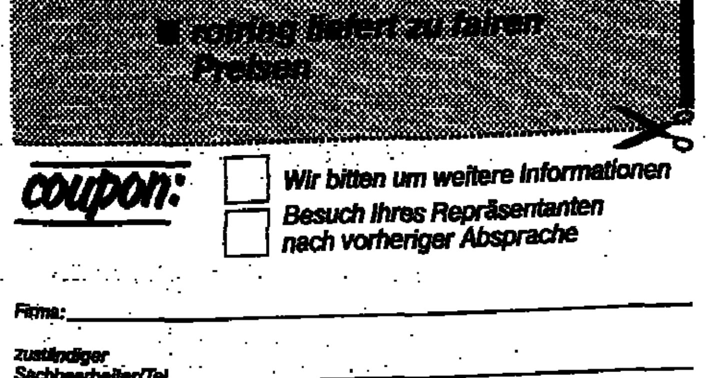
*

Am gestrigen Verfassungstag (23. Mai) empfing der Bundespräsident verdiente Mitbürger und zeichnete sie aus. Der Gründer und Präsident des Christlichen *Jugenddorfwerks (CJD)*, Prof. **P. Arnold Dannemann**, empfing das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Unter den 41 Ausgezeichneten, welche der Bundespräsident nach dem Empfang zu einem gemeinsamen Mittagessen einlud, sind der katholische Militärbischof **Elmar Maria Kredel**, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. **Eugen Seibold**, die Schauspieler **Joachim Fuchsberger, Hilde Krahl** und **Beppo Brehm**, der Sänger **Reinhard Mey** und die Schriftstellerin **Hilde Domin**.

*

Bundeswirtschaftsminister ***Graf Lambsdorff*** hat dem Parlamentarischen Staatssekretär **Martin Grüner** (FDP) das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband überreicht.



Verhandlungen Kairo –USA vertagt

AFP, **Kairo/Washington**

Die Verhandlungen über amerikanische Nutzungsrechte auf dem ägyptischen Militärstützpunkt Ras Banas am Roten Meer sind für unbestimmte Zeit vertagt worden. Beide Seiten betonten aber übereinstimmend, am Prinzip des vor drei Jahren noch unter Präsident Sadat vorgelegten ägyptischen Angebots habe sich nichts geändert. Die Gespräche seien wegen Unstimmigkeiten über die Finanzierung der Umbauarbeiten vertagt worden. Die Kosten, die ursprünglich die USA tragen sollten, will jetzt Ägypten übernehmen. Kairo hat jedoch zugesichert, daß die Amerikaner Ras Banas im Konfliktfall für ihre Streitkräfte benutzen dürfen, falls um Hilfe der USA gebeten wird. Die Vereinigten Staaten dachten dagegen an ein Abkommen, das einem Pachtvertrag gleichkommt. Ras Banas ist als Ausgangsbasis für militärische Operationen ihrer schnellen Eingreiftruppe im Nahen Osten und in der Golfregion von wesentlicher strategischer Bedeutung.

Appelle der Charta 77

AFP, **Prag**

Die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" läßt gegenwärtig in Prag mehrere Rundschreiben mit öffentlichen Appellen an die Regierung kursieren. Die besondere Sorge der Bürgerrechtler gilt dem seit 3. März „wegen Anstiftung zu Aufruhr" inhaftierten Jaromir Savdar, der nach Angaben der Regimegegner schwer krank ist.

Zu den gegen Savdar erhobenen Anklagepunkten gehört, wie es hieß, ein von ihm verbreitetes Gedicht des sowjetischen Dichters Alexander Twardoski, das jedoch in der Sowjetunion frei kursiert und auch in einer tschechoslowakischen Anthologie über sowjetische Dichtung aufgeführt ist.

In einem anderen Flugblatt kritisiert die Charta ein neues Gesetz, wonach Kinder, für die die elterliche Erziehung nach Auffassung des Regimes eine Bedrohung darstellt, in Heime eingewiesen werden können. Dieses Gesetz müsse dahingehend geändert werden, daß es nicht als Vorwand für politischen Druck mißbraucht werden könne, fordern die Bürgerrechtler. Ferner richten sie an den PEN-Club den Appell, sich für die Rückgabe konfiszierter Bücher an ihre Autoren oder Besitzer einzusetzen.

Saudis bemühen sich um Araber-Gipfel

Libanons Außenminister Salem verbreitet Optimismus

rtr/AP/AFP, **Beirut**

Saudi-Arabien wird sich möglicherweise um das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz arabischer Staaten zur Erörterung des libanesisch-israelischen Truppenabzugsvertrages bemühen, berichtete das libanesische Fernsehen.

Der saudiarabische Außenminister Prinz Saud Al-Faisal plane dem Vernehmen nach einen Besuch in Beirut, um eine solche Gipfelkonferenz zustande bringen zu können. Wie aus libanesischen Zeitungsberichten hervorging, will König Fahd von Saudi-Arabien versuchen, den libanesischen Präsidenten Amin Gemayel und den syrischen Staatspräsidenten Al-Assad zu einer Konferenz über das Abkommen zu bewegen.

Der libanesische Außenminister Elie Salem gab sich zuversichtlich, daß mit Syrien bald Verhandlungen über einen Truppenabzug aufgenommen werden können. In Paris sagte Salem zum Abschluß seiner Europa-Reise: „Wir sind völlig überzeugt, daß wir mit Syrien kein großes Problem haben werden. Wenn erst einmal die Wolken verzogen sind, werden wir und die Syrer hoffentlich noch in den nächsten Wochen zusammenkommen und es zusammen lösen."

In den bisherigen syrischen Stellungnahmen war der am Sonntag vom israelischen Kabinett ratifizierte Vertrag scharf verurteilt worden. Der libanesische Botschafter in Washington, Bouhabib, wies jedoch darauf hin, daß der syrische Präsident Al-Assad das Abkommen persönlich noch nicht abgelehnt habe. Ministerpräsident Shafiq al-Wazzan erklärte zu dem Problem am Sonntag, nur mit dem syrischen Abzug würde sich zeigen, ob Israel den mit Libanon geschlossenen Vertrag einhalte. PLO-Chef Arafat meinte dazu, daß die Krise in Libanon nur durch einen Krieg gelöst werden könne.

In dem bei Beirut gelegenen Schuf-Gebirge haben am Samstag verfeindete libanesische Drusen und Christen in blutigen Racheakten zahlreiche Menschen als Geiseln genommen und vermutlich 23 von ihnen ermordet. Aus Kreisen der Sicherheitskräfte in Beirut verlautete am Sonntag, daß zehn Leichen geborgen und mehr als hundert Menschen von beiden Seiten verschleppt worden seien. Sowohl die libanesischen Sicherheitsorgane als auch die israelische Armee versuchten im Gespräch mit Führern beider Gruppen, einen neuen offenen Ausbruch der Feindseligkeiten in dem Krisengebiet zu verhindern. Der libanesische Ministerpräsident Wazzan appellierte an die Betroffenen, „die Nerven zu behalten und eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern".

Meuterei geht weiter

Arafat unterstellt Rebellen seiner Befehlsgewalt

AFP/AP, **Damaskus**

Eine gegen den Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, gerichtete Meuterei bei einigen PLO-Einheiten in Libanon dauerte auch über Pfingsten an.

In einem Versuch, die von fünf PLO-Offizieren angeführten oppositionellen Elemente auszuschalten, reiste Arafat am Sonntag über Syrien nach Nordlibanon, um sich in einem Lager bei der Hafenstadt Tripoli mit führenden Funktionären der Organisation zu beraten. Das Exekutiv-Komitee von Arafats eigener Guerrilla-Organisation El-Fatah gab am Sonntag abend die Unterstellung aller im Norden und Osten Libanons stationierter PLO-Kampfeinheiten unter das Kommando des Fatah-Generals Achmed Afani bekannt. Die fünf meuternden Offiziere wurden einer Arafats persönlichem Kommando unterstehenden Spezialeinheit zugeteilt. Sämtliche PLO-Einheiten wurden aufgefordert, die Verbindungen zu den fünf Meuterern abzubrechen.

Außer ideologischen Differenzen soll auch der Plan Arafats, rund 40 PLO-Kommandeure aus Libanon nach Tunesien zu den dort stationierten Guerrilla-Verbänden zu versetzen, zu diesem Aufstand geführt haben. Wie aus den oppositionellen PLO-Führern nahestehenden Kreisen in Damaskus verlautete, hätten diese beschlossen, sich auch weiterhin den Befehlen Arafats zu widersetzen. Sie machten jedoch keine Angaben darüber, wo sich das Zentrum der Oppositionsbewegung in Libanon befindet.

Haig kritisiert amerikanische Außenpolitik

rtr, **Washington**

Fast ein Jahr nach seinem Ausscheiden hat der ehemalige Außenminister Alexander Haig den Stil der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik kritisiert. Haig würdigte in einem Fernsehinterview zwar die „großartige Leistung", die sein Amtsnachfolger George Shultz zeige, fügte aber hinzu, daß die grundsätzlichen Probleme bislang noch nicht überwunden seien.

Was jeder Präsident brauche, so erklärte Haig in dem Interview, sei ein Hauptsprecher als Befürworter seiner Politik, wie ihn John F. Kennedy in seinem Bruder Robert und Richard Nixon in Außenminister Henry Kissinger gehabt habe. Was sich die USA nicht leisten könnten, so Haig, sei „ein Mißklang der Stimmen", der die Verbündeten verwirre und, was noch gefährlicher sei, im Krisenfalle auch bei den Feinden Verwirrung schaffe. Es sei sehr schwierig, mit einem solchen System die Amtsgeschäfte des Außenministers zu führen, sagte der ehemalige Außenminister.

Das Fehlen einer einzigen Stimme in der Diplomatie und die Probleme mit Mitarbeitern im Stab des Präsidenten hätten bis „zum heutigen Tag" angedauert, fügte Haig hinzu, ohne Namen zu nennen. Und genau dieser Umstand habe seinen (Haigs) Abschied am 25. Juni vergangenen Jahres begleitet. Deshalb sei sein Rücktritt nicht eine Frage seiner „Persönlichkeit, sondern vielmehr eine des Stils" des Präsidialamtsstabes gewesen. Mitarbeiter des Stabes Präsident Ronald Reagans, die zum Schaden der besten Interessen des Landes konträre Positionen einnähmen, hätten seinen Rücktritt bewirkt, bekräftigte der frühere Außenminister. Er sei durch das Tempo des Übergangs im Hinblick auf die seinerzeitigen Nahost-Entwicklungen schockiert worden. Es sei sein letzter Gedanke gewesen, auf dem Höhepunkt der Nahost-Krise seinen Abschied zu nehmen, beteuerte Haig.

Gesagt

„Wer für Harmonie ist, muß auch bereit sein, das Harmonium zu spielen."

Franz Josef Strauß in der „Bild"-Zeitung zur Kritik der FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer an dem Vorschlag eines besonderen Koalitionsausschusses.

Wien: Bekenntnis zu den Sudetendeutschen

Kirchschläger erinnert an geschichtliche Verbundenheit

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Ungeachtet aller tschechoslowakischen Proteste hat sich der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger zur sudetendeutschen Volksgruppe bekannt, die am vergangenen Wochenende in Wien den 34. Sudetendeutschen Tag abhielt. Die Prager Führung hatte den Vorwurf erhoben, das Treffen verstoße gegen die Neutralität Österreichs und gegen die Bestimmungen des Staatsvertrages. An der Begegnung in Wien nahmen weit mehr als 100 000 Sudetendeutsche teil.

Bundespräsident Kirchschläger sprach zur Eröffnung von einem „beglückenden Gefühl geschichtlicher Verbundenheit" zwischen Österreich und den Sudetendeutschen. Er erinnerte an die jahrhundertelange Zugehörigkeit der Sudetendeutschen zum österreichischen Staat und beschwor jene Worte, die der erste Staatskanzler der Republik, Karl Renner, 1919 nach der Abtretung des Sudetenlandes an die neu entstandene Tschechoslowakei ausgesprochen hatte: Die Sudetendeutschen seien zwar „losgerissen und einer fremden Staatlichkeit unterstellt", aber – so zitierte das heutige österreichische Staatsoberhaupt den legendären Kanzler –: „Unsere Herzen schlagen zusammen, jetzt und immerdar."

Er wolle, so sagte Kirchschläger, allen Mitbürgern, die 1945 aus dem Sudetenland, aus Südböhmen, Südmähren und der Slowakei nach Österreich gekommen seien, für ihre Leistungen in der neuen Heimat danken. Zum Leitmotiv des „Sudetendeutschen Tages" – „Recht wahren, Brücke sein" –, sagte Kirchschläger, ein kleiner Staat wie Österreich müsse in besonderer Weise auf die Wahrung des Rechts bedacht sein. Brücke zu sein – das sei aber eine „urösterreichische Aufgabe". Was wir heute in Europa mehr denn je brauchten, „ist das Wissen um die Vergangenheit, aber gleichzeitig auch die von Haß und Vergeltung freie, friedliche Auseinandersetzung über die Lehren, die aus der Geschichte für ein friedliches Morgen gezogen werden können".

Der Sprecher der Sudetendeutschen, der bayerische Staatssekretär Franz Neubauer, formulierte die These, was den Palästinensern recht sei, müsse auch den Sudetendeutschen billig sein: Nämlich die Anerkennung ihres Heimat- und Selbstbestimmungsrechts. Die Sudetendeutschen führten ihren Kampf nicht mit Waffengewalt und Terror, sondern im Bewußtsein, „daß Recht und Gerechtigkeit letzten Endes über Unrecht und Gewalt siegen werden".

Seite 2: Geschichtsbewußt

Polen: Kriegsrecht bleibt

Rakowski bittet Japan um Wirtschaftshilfe

dpa/rtr/UPI, **Tokio/Warschau**

Mit einer frühzeitigen Abschaffung des Kriegsrechts in Polen ist nach den Worten des stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski nicht zu rechnen. Währenddessen überprüfen nach einem Bericht der „Washington Post" die USA und ihre NATO-Verbündeten Möglichkeiten, die gegen Polen verhängten Sanktionen bei entsprechenden Gegenleistungen schrittweise zu verringern. Polen soll auch zu den Themen für den Wirtschaftsgipfel in Williamsburg gehören.

Rakowski, der in seinem Interview mit der Tokioter Zeitung „Asahi Shimbun" um japanische Hilfe für den Wiederaufbau der hochverschuldeten polnischen Wirtschaft gebeten hat, erklärte, für die Aufhebung des Kriegsrechts sei kein Termin gesetzt, auch gebe es keinen Zusammenhang mit dem für Juni geplanten Papstbesuch. Er forderte Japan auf, sich nicht mehr von den USA abhängig zu machen und Polen zu helfen, ein „zweites Japan" zu werden.

Nach dem im Januar in Kraft getretenen neuen Gewerkschaftsgesetz haben die polnischen Behörden einen ersten neuen Gewerkschaftsverband registriert. Die offizielle Beurkundung wurde zum Wochenende von demselben Richter vorgenommen, der im November 1980 die Statuten der inzwischen verbotenen „Solidarität" genehmigt hatte. Gleichzeitig mit der Registrierung des neuen Verbandes ist der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Stepan Schalajew, zu Gesprächen in Polen eingetroffen.

70 000 bei Militärparade in Berlin

F. D. **Berlin**

Mit ihrer 20. traditionellen Militärparade vor mehr als 70 000 begeisterten Berlinern bekräftigten die alliierten Schutzmächte am vergangenen Samstag ihre Sicherheitsgarantien für die Freiheit der Stadt. Bei strahlendem Sonnenschein verfolgte Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker auf der Ehrentribüne neben dem amerikanischen Stadtkommandanten Generalmajor James Boatner, dessen britischen Kollegen Generalmajor David Mostyn und dem französischen Amtsträger General Jean-Pierre Liron den Vorbeimarsch der 3500 alliierten Soldaten und der motorisierten Truppenteile. Die Parade im Bezirk Tiergarten verlief nach Angaben der Polizei ohne größere Störungen. 60 Personen wurden vorübergehend festgenommen, als sie die Absperrungen durchbrechen und den Aufmarsch behindern wollten.

Für Unruhe hatte vor der Militärparade ein Sprengsatz gesorgt, der in der Nacht zum Samstag hinter der Ehrentribüne detoniert war, ohne jedoch Schaden anzurichten. Bei den Ermittlungen nach den Bombenlegern tappt die Polizei noch im dunkeln.

Londoner Zweifel an Zinssenkung

dpa, **London**

Britische Experten glauben kaum noch, daß der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg das weltweit erhoffte Signal zu internationalen Zinssenkungen geben kann. Der Grund für den Pessimismus ist die erhebliche Vermehrung des Geldmengenumlaufs in den USA. „Wenn die Amerikaner nach der Ausweitung von sieben Milliarden Dollar (17,2 Milliarden DM) ihre Zinsen herabsetzen würden, kämen sie in Gefahr, das Vertrauen der Finanzmärkte zu verlieren", sagte gestern David Morrison, ein Chef des renommierten Londoner Geldhandelshauses Simon and Coates.

Damit dürften sich vor allem auch Pläne der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zerschlagen haben, noch vor der britischen Unterhauswahl am 9. Juni eine populäre Zinssenkung verkünden zu können. Eine einseitige britische Zinssenkung sei nach Worten der Experten zudem praktisch ausgeschlossen, wenn kein starker Druck auf das Pfund riskiert werden solle.

Ja-Wort gegen Fiskus

gat (Kopenhagen) – In der dänischen Metropole wurde kürzlich eine spektakuläre Hochzeit gefeiert, die an Aufwand und Aufmerksamkeit nur noch von Königin *Margarethe übertroffen* wurde, als sie dem französischen Prinzen Henrik ihr Ja-Wort gab. Diesmal war es Nordeuropas Reisekönig Siemon Spies (62) – er arrangiert etwa ein Viertel aller Chartertouren und besitzt darüber hinaus eine Fluggesellschaft, mehrere Hotels und einen beachtlichen Posten Obligationen –, *der mit* Janni Brodersen (20) zum Traualtar schritt und somit seinen Konzern vermutlich vor einem beachtlichen Aderlaß bewahrte.

Der exzentrische Siemon Spies besitzt alle seine Gesellschaften persönlich. Ende April belief sich deren Eigenkapital auf umgerechnet rund 200 Millionen Mark. Würde er unverheiratet sterben – er hat keine eigenen Kinder – fiele das gesamte Erbe seiner heute 84jährigen Mutter Emma zu. Sie müßte jedoch unmittelbar 80 Prozent an den Fiskus abführen.

Würde schließlich auch sie von dieser Erde abberufen, hätte das Finanzamt noch einmal kräftig zugelangt, und zwar mit einer Erbschaftssteuer von 90 Prozent. Im Nu wären die heutigen 200 Millionen auf vier Millionen Mark geschrumpft. Es ist fraglich, ob der grundsolide Konzern dies ohne Schaden hätte verkraften können.

Aber nun ist Siemon Spies verheiratet. Und wenn er auf seine letzte Reise geht, kommt seine junge Frau Janni mit einer Erbschaftssteuer von höchstens 32 Prozent davon. Und deswegen ist die 900köpfige Spies-Belegschaft genauso glücklich wie der Boß, daß ihr früheres Laufmädchen und spätere Kassiererin nach dreijährigem standhaften Nein nun doch ja gesagt hat.

Mit Lichtbild

fu (London) – 18 Millionen Pfund (derzeit 70 Millionen Mark) haben die vier großen britischen Geschäftsbanken im vergangenen Jahr durch Scheckkartenbetrug eingebüßt. Natürlich überlegen die Banken, wie Abhilfe zu schaffen sei. Der Verband hat etliche Möglichkeiten studiert, so auch recht abseitige, wie die, Scheckkarten mit dem Fingerabdruck des Scheckkarten-Eigentümers zu versehen. Als eine Möglichkeit, die wohl am ehesten zu realisieren ist, wird diese Lösung gehandelt: Jede Scheckkarte erhält ein Lichtbild des Eigentümers. Doch wie weit die Bankkunden in die Fotoidee einzuwilligen bereit sind, ist eine andere Frage. So überlegt man nun, wie man die Scheckkarte attraktiver machen und damit beim Kunden die Bereitschaft fördern könne, eine Scheckkarte *mit Lichtbild zu* benutzen. Dies könne durch eine Abhebung der Garantiegrenze von 50 auf 75 Pfund oder durch die Möglichkeit zur Ausstellung von zwei Schecks je Transaktion geschehen. So richtig freuen über die Idee werden sich wohl dennoch nur die Fotohändler.

STEUERENTLASTUNGSGESETZ 1984 / Ausfälle von 3,5 Milliarden Mark

Mit den Bundesländern stehen noch sehr schwierige Verhandlungen bevor

HEINZ HECK, Bonn

Noch vor Pfingsten hat das Bundesfinanzministerium (BMF) den Referentenentwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1984 an *die übrigen Ministerien und „wegen der Eilbedürftigkeit" gleich*zeitig an Länder, kommunale Spitzenverbände und Fachverbände versandt. Am 13. Juni ist eine Ressortbesprechung, am 14. Juni eine Anhörung der Verbände und im Anschluß daran eine *Erörterung mit den Ländern vorgesehen.*

Die Länder befürchten, daß sie durch die am letzten Mittwoch von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Einsparung in den öffentlichen Haushalten (also auch denen der Länder und Gemeinden) und zur Entlastung der Wirtschaft insgesamt finanziell be*lastet werden. Für den 10. Juni ist* ein neuerliches Treffen der Länderregierungschefs mit dem Bundeskanzler vorgesehen.

Wie aus dem Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes (ausführlich: „Gesetz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen") hervorgeht, schlagen sich die Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft 1984 in Steuerausfällen von knapp 3,5 Milliarden Mark nieder. Hiervon entfällt mit 2,2 Milliarden der Löwenanteil auf die Länder (denn die Vermögensteuer, die nachhaltig gesenkt werden soll, ist eine Ländersteuer), während der Bund mit 769 und die Gemeinden mit 474 Millionen getroffen werden.

Zwar erwartet der Bund im Gegenzug, daß die von Bonn initiierten Sparmaßnahmen sich bei den *Ländern mit bis zu 2,3 und den* Gemeinden mit bis zu 1,5 Milliarden Mark niederschlagen werden. Doch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel als Vorsitzender der Konferenz der Länderchefs wies schon am Freitag in Bonn auf das Unsicherheitsmoment des geplanten „Besoldungsmoratoriums" hin, also den Bonner Plan, den Beamten neun „Nullmonate" zu verordnen. Wenn dieses Moratorium nicht auch in den Tarifverhandlungen mit dem *öffentlichen Dienst durchzusetzen* sei, falle die Entlastung gerade für die Länder weit geringer aus.

Die Bundesregierung muß sich auf harte Auseinandersetzungen mit den Ländern einstellen; das überrascht bei Finanzverhandlungen auch dann nicht, wenn – wie jetzt – in Bonn und in der Mehrheit der Bundesländer die gleiche Partei am Ruder ist.

Zu der noch umstrittenen zehnprozentigen Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe heißt es im Anschreiben zum Steuerentlastungsgesetz, die darin „enthaltene Abgrenzung der begünstigten Betriebe nach der Höhe des Einheitswerts steht noch unter dem Vorbehalt, daß kein besseres Abgrenzungsmerkmal gefunden werden kann". Wie berichtet, sieht der im Einkommensteuergesetz *neu einzufügende Paragraph 7g als* Abgrenzungskriterium einen Einheitswert des Betriebs von 50 000 Mark vor. Damit könnten aber zum Beispiel auch hochverschuldete Großunternehmen oder -unternehmensteile in den Genuß der Vergünstigungen gelangen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es, er sei „von der vordringlichen Zielvorstellung der Bundesregierung getragen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ein dynamisches, sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen". In einem „zeitlichen Stufenplan" will man die steuerlichen Rahmenbedingungen so gestalten, „daß Investitionen und Innovationen gefördert werden, die Leistungsbereitschaft erhöht, die Anpassung an den technischen Fortschritt erleichtert und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden". Vor allem durch die Senkung der Vermögensteuer und eine Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten soll dieses *Ziel* erreicht werden.

Andererseits sollen die Steuervorteile aus der Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften einschließlich Bauherrengemeinschaften „wirkungsvoller als bisher eingeschränkt werden". *Die* daraus bei Beziehern hoher Einkommen resultierenden Steuerminderungen seien „mit dem *Grundsatz der Besteuerung nach* der Leistungsfähigkeit nicht zu vereinbaren". Steuersparmodelle führten „durch aufwendige und komplizierte rechtliche wie tat*sächliche Gestaltung zu einem* Verwaltungsaufwand . . ., der von der Finanzverwaltung kaum noch zu bewältigen ist". Es wird daher, wie berichtet, „die steuerlich atraktive *Möglichkeit* eingeschränkt, durch Sofortabzug hoher Beträge als Werbungskosten zu hohen negativen Einkünften zu kommen, die die Steuerschuld stark ermäßigen".

REEDER

Wiedereinführung zinsloser Finanzbeiträge erwartet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Reeder erwarten von der Bundesregierung nicht nur eine Nach-Besserung ihrer steuerpolitischen Beschlüsse, so weit sie die Schiffahrt betreffen, sondern auch die Wiedereinführung der zinslosen Finanzbeiträge. In einem Gespräch in Bonn wies Bernd Kröger, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder, auf den engen Zusammenhang dieser Forderungen mit den ins Auge gefaßten Hilfen für die deutschen Werften hin. Die Beschäftigung könne im Schiffbau nur auf einem reduzierten Niveau stabilisiert werden, wenn die Reeder in die Lage ver*setzt werden, das ihnen zugedachte* Volumen auch nachzufragen.

Die vier Küstenländer wollen im Juni Verhandlungen mit der Bundesregierung über die künftige Werfthilfe aufnehmen. Grundlage sollen die Ergebnisse der Hamburger Werftenkonferenz von Mitte April sein. Damals wurde ein weiterer Kapazitätsabbau bei den Werften für unvermeidbar gehalten. Es sollte aber eine Kapazität, die einem jährlichen Umsatzvolumen von drei Milliarden Mark entspricht, möglichst verteidigt werden. Von diesem Betrag sollten rund zwei Milliarden Mark im Inland abgesetzt werden.

Reederverbands-Geschäftsführer Kröger sieht dies angesichts der anhaltenden Flaute auf den Weltschiffahrtsmärkten, unter denen die deutschen Unternehmen gelitten haben, als nicht gesichert an. *Den Reedern fehlten die Mittel.* Die Ertragslage sei angespannt, die Eigenkapitaldecke zu dünn. Daher reiche auch eine einfache Aufstokkung der Schiffbauzuschüsse von 12,5 Prozent nicht aus, durch die ohnehin nur bestehende Wettbewerbsverzerrungen gegenüber ausländischen Anbietern ausgeglichen werden.

Geeigneter seien die zinslosen Finanzbeiträge, die es bereits zwischen 1979 und 1981 mit einem jährlichen Volumen von 120 Millionen Mark gegeben hatte. Diese Zuschüsse müssen – und sind auch nur in ganz geringem Umfang – nicht zurückgezahlt werden, wenn die Beträge reinvestiert werden. Dadurch werde, so Kröger, auch die Auftragslage bei den Werften stabilisiert. Bei den bevorstehenden Beratungen dürfte die zugespitzte Situation der Werften nicht *allein betrachtet* werden, es müßten auch die Möglichkeiten der Reeder berücksichtigt werden. Im Bundeswirtschaftsministerium heißt es nach wie vor, zunächst müsse ein gemeinsames Werftenprogramm der vier Küstenländer vorgelegt werden, bevor über eine eventuelle Hilfe entschieden werden könne.

Von den von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen profitierten die deutschen Reeder mit rund sechs Millionen Mark. Unter anderem soll der Freibetrag bei der Vermögensteuer von 70 000 auf 125 000 heraufgesetzt werden. Außerdem werden die Sonderabschreibungen auf Schiffe bis 1989 *verlängert.* Der Reeder-Verband fordert seit längerem eine Halbierung der Gewerbesteueransätze. Dieses würde die Reeder um 30 bis 50 Millionen Mark im Jahr entlasten. Bedenken äußerte Kröger auch gegen die Einschränkungen für Abschreibungsgesellschaften, weil diese für die Kapitalbeschaffung in der Schiffahrt eine große Rolle spielen.

Agrarpolitik gefordert

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Agrarpolitiker bleiben im Geschirr. In normalen Zeiten hätten sie jetzt Ruhe. Die Marktordnungspreise sind festgezurrt; die Bundestagsdebatte über den Agrarbericht der Bundesregierung wurde absolviert.

Abwarten bis zum nächsten Jahr, wenn sich das Preiskarussell wieder dreht, ist nicht möglich. Denn die EG-Kommission hat bereits signalisiert, daß 1984 das Geld nicht mehr reicht, wenn der Finanzrahmen nicht ausgedehnt wird, wenn die Mitgliedstaaten nicht mehr nachschießen. Dies geht angesichts der leeren Kassen in allen Ländern an den Lebensnerv, auch für die Europäische Gemeinschaft. Immerhin verschlingt der Agrarmarkt bereits mehr als zwei *Drittel der Gemeinschaftsmittel.* Auch die Landwirtschaft ist unter den Einfluß der Finanzpolitik geraten.

Von selbst dürfte sich die Lage auf den Märkten für die Überschuß-Produkte wie Butter, Magermilchpulver, Getreide oder Zucker nicht entspannen. Es sei denn, es kommt weltweit zu einer Mißernte, so paradox ist die Situation heute. Die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in der EG steigt weiter. Dies liegt zum einen an den züchterischen Erfolgen; eine Kuh von heute gibt eben doppelt soviel Milch wie vor zwanzig Jahren. Zum anderen gehören Produktionsanreize zum Agrarsystem. Denn es wurde zu einer Zeit konzipiert, als die Gemeinschaft bei den meisten Erzeugnissen auf Importe angewiesen war. Dies hat sich inzwischen entscheidend geändert, das System aber ist geblieben.

Die Überschüsse dürften auch deshalb weiter steigen, weil der Absatz wegen der weltweiten Nachfrageschwäche immer schwieriger wird. So hat sich zum Beispiel der Absatz deutscher Milchprodukte in den Opec-Staaten abgeschwächt, nachdem dieses Geschäft in den letzten Jahren florierte. Als Konsequenz wird die Produktion auf Butter und Magermilchpulver umgestellt, weil hier der Verkauf zu festen Preisen garantiert ist.

Korrekturen sind also notwendig; ein Weiterwursteln wird immer problematischer. Bereits in diesem Jahr wurde die Einigung auf neue Preise nicht nur erst durch problematische Währungstricks ermöglicht, sondern sie fiel auch so kompliziert aus, daß sich selbst Betroffene kaum noch zurechtfinden. Der Dirigismus wird immer stärker.

Trotzdem sagt der deutsche Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, eine Reform der EG-Agrarpolitik sei nicht möglich. Die Interessen der EG-Mitglieder seien bereits heute zu unterschiedlich. Trotz der in diesem Jahr stark gewachsenen Überschüsse setzen nicht nur Frankreich und die Niederlande, auch Großbritannien auf Expansion. Die Last muß nicht der Verursacher, sondern die Gemeinschaft tragen, und das wird immer schwieriger.

Im Kern möchte Kiechle den Ausweg aus dem Dilemma dadurch suchen, daß die Produktion noch stärker gelenkt wird. Die vollen Garantiepreise sollen nur noch für eine bestimmte Menge gewährt werden. Wenn mehr produziert wird, dann sollen sich die Erzeuger für die Überschüsse mit weniger zufriedengeben. Gewisse Ansätze in diese Richtung gibt es bereits, aber sie reichten nicht.

Diese Gedanken sind nicht neu. Sie werden seit Jahren von den Bauern-Verbänden propagiert. Allerdings konnten sich diese Organisationen in der EG bisher nicht darauf verständigen, wieviel Milch in der Gemeinschaft nun zu garantierten Preisen produziert werden und wie diese Menge auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden soll. Ob dies nun die Politiker schaffen, bleibt fraglich. Denn die unterschiedlichen Interessen lassen sich nicht einfach vom Tisch wischen.

Für die Landwirte haben diese Vorstellungen einen erheblichen Reiz, weil die Agrarpolitik sich von den Fesseln der Finanzpolitik befreien würde. Werden die Überschüsse eingegrenzt, dann können die Preise allein unabhängig von der Finanzlage angehoben werden. Und genau dies ist für die Verbraucher-Verbände natürlich ein Greuel. Nicht mehr die Steuerzahler, sondern die Verbraucher allein würden zur Kasse gebeten.

Viele Agrarpolitiker haben andere Einwände. Sie fürchten, daß letztlich die Produktion für jeden Betrieb festgeschrieben werden müßte, jedenfalls am Anfang. Dies ist aber genau das, was in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht gefragt ist.

Wenn sich die Agrarpolitiker nicht letztlich dem Diktat der leeren Kassen beugen wollen, müssen sie rasch nach Lösungen suchen. Selbst ein größerer Finanzrahmen schafft nur für eine gewisse Zeit Luft. Eine vorsichtige Preispolitik, gegen die sie sich heute noch wehren, würde ihnen dann aufgezwungen werden.

AUF EIN WORT



„Nur wenn wir alle wieder bereit sind, mehr, schneller und besser zu arbeiten und gleichzeitig mit weniger zufrieden zu sein, werden wir wieder in die Lage kommen, Produkte und Dienstleistungen höchster *Qualität zu* erschwinglichen Preisen bei relativ kurzen Lieferzeiten auf dem Weltmarkt anzubieten."

Rolf Hasenclever, Präsident des Bundesverbandes Metall – Vereinigung Deutscher Metallhandwerke

FOTO: DIE WELT

Großhandelspreise wieder gestiegen

rtr. Wiesbaden

Die deutschen Großhandelspreise sind im April wieder etwas gestiegen, nachdem noch im Vormonat ein *Rückgang registriert wurde.* Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhöhte sich der Index im April (Basis 1976) um 0,8 Prozent auf 131,4 nach einem Rückgang von 0,6 Pro*zent im März. Damit lag der Index* im April noch 0,8 (Vormonat 1,1) Prozent unter dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Von März bis April hätten sich besonders Südfrüchte (plus zwölf Prozent), Äpfel (plus 7,8 Prozent), Heizöl (plus 3,2 Prozent) und Benzin (plus 2,5 Prozent) verteuert. Dagegen verbilligten Kartoffeln um 6,8 Prozent, Schweinefleisch um 5,4 Prozent, lebende Schlachtschweine um 4,5 Prozent und Kalbfleisch um 3,4 Prozent.

FRANKREICH

Auslandsschulden erreichen Höhe der Währungsreserven

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich hat den internationalen Kapitalmarkt nach der jüngsten OECD-Statistik in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit 4,61 Milliarden Dollar in Anspruch genommen; davon entfielen 1,13 Milliarden Dollar auf den April. Nach inoffiziellen Schätzungen dürften die staatlichen und staatlich garantierten französischen Auslandsschulden Ende April 49,7 Milliarden Dollar oder 368 Milliarden Franc erreicht haben.

Diesem standen amtliche Währungsreserven von 372,5 Milliarden Franc gegenüber. Sie haben sich im Vergleich zu Ende März um 21,3 Milliarden Franc erhöht: Allein die Devisenreserven der Notenbank stiegen um 13,1 auf 44 Milliarden Franc und die Guthaben beim Interventionsfonds des EWS (Fecom) um 2,3 auf 67,9 Milliarden Franc. Der starke Zuwachs ist darauf zurückzuführen, daß die Notenbank die von ihr vor der Bereinigung der EWS-Paritäten Ende März zur Verteidigung des Franc eingesetzten Devisen am Markt zurückkaufte.

Inzwischen hat die EG Frankreich einen Devisenkredit von vier Milliarden Ecu oder 27 Milliarden Franc zugesagt. Dessen Inanspruchnahme dürfte die Auslandsverbindlichkeiten auf das Niveau der amtlichen französischen Währungsreserven bringen. Dann sehen manche eine Beeinträchtigung der internationalen Kreditwürdigkeit des französischen Staates.

Andererseits verfügt Frankreich aber über bedeutende Forderungen an das Ausland. Sie wurden von der Regierung geschätzt (per Mitte 1982) mit 190 Milliarden Franc angegeben. Diese Forderungen lauten aber zu etwa 60 Prozent auf Franc und bestehen zum Teil gegenüber zahlungsunfähigen Entwicklungsländern, während die Auslandsverbindlichkeiten in starken Devisen (Dollar, D-Mark usw.) *zurückgezahlt werden müssen.*

US-AKTIENMÄRKTE

Neue Zinsunsicherheit löst starken Kurseinbruch aus

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten macht die Hausse, die im vergangenen August begann, eine Pause. Größter Unsicherheitsfaktor ist die überaus stark aufgeblähte Geldversorgung; für viele Analysten an der Wall Street ist es nur eine Frage der Zeit, bis Zinsen und Inflation auf die deutliche monetäre Expansion reagieren. Zu kräftigen Einbrüchen kam es an den amerikanischen Rentenbörsen. Papiere mit einem Nennwert von 1000 Dollar haben in den letzten zwei Wochen rund 50 Dollar verloren. Üblicherweise folgen Aktien den besonders zinsempfindlichen Renten.

In den letzten zwei Wochen „explodierte" in den USA die Geldmenge M1 (Bargeld plus Sichteinlagen) um insgesamt 11,6 Milliarden Dollar. Damit ist der Zielkorridor weit überschritten. Bei einem Anhalten dieses Trends würde das Plus in diesem Jahr statt vier bis acht rund 14,5 Prozent betragen. Als Reaktion verteuerten sich Freitag alle Treasury-Papiere. Dreimonatige Bills stiegen von 8,15 auf 8,29, zehnjährige Bonds von 10,65 auf 10,76 Prozent. Vermutlich hängt das beschleunigte Geldmengenwachstum mit der Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten zusammen. So haben die Ordereingänge im April zum fünften Mal in sechs Monaten zugenommen – diesmal um 2,4 Prozent.

An der New York Stock Exchange fiel der Dow-Jones-Industrie-Index in der vergangenen Woche um 28,73 (Freitag: minus 1,45) auf 1190,02 Punkte. Es war das schlechteste Ergebnis seit einem halben Jahr. Der breiter gestreute Nyse-Index sackte um 1,36 auf 93,71 Punkte, am Freitag zog er um bescheidene 0,04 Punkte an. Wegen der Zinsunruhe rechnen Broker mit weiterhin starken Kursschwankungen. Ein Rückgang des „Dow" auf die 1100-Marke bis Juli wird für möglich gehalten. Festzustellen ist eine größere Selektivität bei der Aktienwahl.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Rechnen mit dem Haushaltsgeld

Monatliches verfügbares Einkommen mittlerer Arbeitnehmerhaushalte 1982

insgesamt 3 292 DM

davon für:
Nahrungsmittel 622 DM
Genußmittel 102
Miete 445
Heizung, Strom, Gas 189
Auto, Verkehr 409
Möbel, Hausrat 256
Versicherungen, Beiträge u.a. 243
Bildung, Unterhaltung 238
Kleidung, Schuhe 228
Reisen, Schmuck u.a. 113
Körperpflege, Gesundheit 89
Ersparnis 358

Dem mittleren deutschen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt standen im letzten Jahr 3292 Mark, 95 Mark mehr als 1981, zur Verfügung. Dieses Plus wurde durch den Preisanstieg mehr als aufgezehrt. Gekürzt wurden *die Ausgaben für Kleidung und Schuhe, Reisen und Schmuck. Auch die* Ersparnis schrumpfte von 426 auf 358 Mark. QUELLE: GLOBUS

Rumänien-Moratorium ohne Bonner Beteiligung

Paris (J. Sch.) – Mit Ausnahme der Bundesrepublik stunden die westlichen Gläubigerstaaten Rumänien 60 Prozent ihrer 1983 fällig werdenden staatlich garantierten Forderungen einschließlich der Zinsen bis 1988 bei drei tilgungsfreien Jahren. Ein entsprechendes Abkommen wurde von den Regierungsvertretern kurz vor Pfingsten nach zweitägigen Verhandlungen in Paris unterzeichnet. Außer dem Hauptgläubigerland Frankreich sind daran die USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Italien, die Schweiz, Belgien, Österreich, Norwegen und Finnland beteiligt. Die Bonner Delegation lehnte die Un*terschrift aus Protest gegen die von* Bukarest verfügte Auswanderungssperre für Rumänen deutscher Herkunft ab. Bereits für 1981 und 1982 hatte Rumänien von den Gläubigerstaaten (einschließlich der Bundesrepublik) für über 600 Millionen Dollar Verbindlichkeiten Zahlungsaufschub erhalten. Ein Moratorium über 2,5 Milliarden Dollar private Verbindlichkeiten (für 1981–1983) wurde mit mehr als 300 westlichen Banken getroffen.

Weg der Kurse

	20. 5. 83	13. 5. 83
Boeing	36,75	37,25
Chrysler	25,875	27,50
Citicorp	40,875	44,375
Coca-Cola	52,375	53,125
Exxon	33,50	34,125
Ford Motors	48,875	51,25
IBM	111,25	116,50
PanAm	6,25	6,75
US Steel	24,875	24,875
Woolworth	31,25	32,625

Kredit für Peru

Lima (AP) – Die peruanische Regierung hat einen ersten Erfolg in ihrem Bemühen erzielt, die Rückzahlung fällig werdender Schulden zu verschieben. Wie Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor erklärte, einigte sich die Regierung in Gesprächen mit 270 westlichen Gläubigerbanken darauf, die Rückzahlung von Schulden in Höhe von 320 Millionen Dollar (knapp 800 Millionen Mark) um acht Jahre hinauszuschieben. Außerdem hätten die Banken Peru einen neuen Kredit in Höhe von 450 Millionen Dollar gewährt, der ebenfalls erst in acht Jahren zurückgezahlt werden muß. Als nächstes wolle man an westliche Regierungen herantreten, um über die Stundung weiterer Schulden zu sprechen. Die Gesamtschulden des *Landes im Ausland* belaufen sich inoffiziellen Angaben zufolge auf etwa 10,5 Milliarden Mark.

Produktion gedrosselt

Tokio (dpa/VWD) – Die japanischen Motorrad-Hersteller wollen ihre Produktion aufgrund drastisch gestiegener amerikanischer Importzölle und wegen der stagnierenden Nachfrage auf dem Binnenmarkt drosseln. Wie die Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" meldete, wollen Yamaha Motor und Suzuki Motor ihre Herstellung im Fiskal*jahr 1983, das am 31. März 1984* endet, um 18 beziehungsweise zehn Prozent kürzen. Kawasaki Heavy Industry werde vermutlich statt 271 000 Einheiten nur noch 250 000 Einheiten fabrizieren. Nur Honda Motor, Japans Nummer eins unter den Motorrad-Produzenten, plane keine Reduzierung.

Weniger Beschäftigte

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe *ist im März zum ersten Mal* seit September 1982 wieder gestiegen. Sie erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 37 400 oder 3,7 Prozent auf 1 049 600. Nach Angabe des Statistischen Bundesamtes liegt die Beschäftigtenzahl aber noch um 87 300 oder 7,7 Prozent unter der Zahl von März 1982.

Fünf Prozent bei Thosti

München (dpa/VWD) – Die Verwaltung der Thosti Bau-AG, Augsburg, einer der führenden Bauunternehmen, schlägt der Hauptversammlung am 24. Juni 1983 für das Geschäftsjahr 1982 eine unveränderte Dividende von fünf Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 20 Millionen Mark vor. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung hervorgeht, soll das Unternehmen in WTB Walter Thosti Boswau Bau-AG umbenannt werden. Der Aufsichtsrat soll von zwölf auf 16 Mitglieder erweitert werden. Thosti hatte im Dezember 1982 rund 97 Prozent der Aktien der Boswau + Knauer AG, Düsseldorf, von der BfG übernommen.

Londoner Kassapreise

	20. 5. 83	13. 5. 83
Kupfer (£/t)	1143	1147
Blei (£/t)	278	280,5
Zink (£/t)	476,5	477
Zinn (£/t)	8593	8630
Gold ($/Unze)	439,5	441,75
Silber (p/Unze)	853,65	823,65
Kakao [1]) (£/t)	1411,5	1308,5
Kaffee [2]) (£/t)	1690,5	1659,5
Zucker (£/t)	148	136
Kautschuk (p/kg)	75	76
Wolle (p/kg)	385	388
Baumwolle [3]) (cts/lb)	83,70	81,90

[1]) Abladung Juli; [2]) Abladung Juli; [3]) A-Index-Preis Liverpool

GROSSBRITANNIEN

Cambridge-Gruppe erwartet höhere Arbeitslosenzahlen

dpa, London

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien wird nach einer Voraussage von Wirtschaftswissenschaftlern der Universität Cambridge von gegenwärtig (offiziell) 3,2 Millionen in den kommenden zehn Jahren auf mehr als fünf Millionen steigen. Die Cambridge-Gruppe hat in den vergangenen Jahren, so unterstrich der „Observer" am Sonntag bei der Veröffentlichung der neuen Prognose, einige der genauesten Vorhersagen der Trends auf dem Arbeitsmarkt veröffentlicht.

Fünf weitere Jahre unter einer konservativen Regierung mit Premierministerin Margaret Thatcher an der Spitze und einer Fortsetzung der monetaristischen Wirtschaftsstrategie würden bis 1988 mindestens 3,7, möglicherweise aber auch 4,2 Millionen registrierte Arbeitslose zur Folge haben, heißt es in der Prognose.

Die Cambridge-Gruppe hält ein *jährliches* Wirtschaftswachstum von vier Prozent für erforderlich, wenn es einen Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen geben solle. Sie sagt aber für das laufende Jahr und für 1984 nur jeweils zwei Prozent Wachstum voraus, mit einer weiteren Stagnation im folgenden Jahr.

Von Mitte der 80er Jahre an werde es, weil die *Produktion* des Nordseeöls dann den Gipfelpunkt bereits überschritten habe, einen scharfen Rückgang der Öleinnahmen geben. Das bedeute akute Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten für das Land, weil die Briten zum ersten Mal seit der industriellen Revolution im vergangenen Jahrhundert jetzt schon mehr Industrieprodukte importierten als exportierten.

LUFTVERKEHR / Washington ist von Bonner Haltung enttäuscht

„Wir werden künftig härter auftreten"

gb. Palo Alto

Die Luftverkehrsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa bleiben gestört. Die USA sind unzufrieden, daß in Europa und anderen Teilen der Welt die sogenannte Deregulation immer noch mit großem Mißtrauen betrachtet wird. Der Chef der US-Zivil-Luftverkehrsbehörde (CAB), Dan McKinnon, sagte dieser Tage: „Hier in Amerika funktioniert das ausgezeichnet." Die Deregulation, im Jahre 1978 von der Carter-Administration eingeführt, hat in den USA die Preis- und Streckenkon*trollrechte der Regierung beseitigt.*

McKinnon, der auf einer Tagung des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) in der Stanford University im kalifornischen Palo Alto sprach, nannte die Deregulationsschwierigkeiten großer US-Fluggesellschaften „eine Periode der Anpassung". Er wies auf zahlreiche Neugründungen hin, die mit Gewinn und niedrigen Preisen zum Vorteil der Verbraucher operierten.

Anders freilich als seinen Vorgängern in der Carter-Administration sei ihm klar, sagte McKinnon, daß man die Deregulation nicht exportieren könne. Das letzte Wort in dieser Sache scheint aber noch nicht gesprochen worden zu sein. Der CAB-Chef glaubt nämlich, daß die Vereinigten Staaten nicht die erwarteten Gegenleistungen für das erhalten haben, was er eine „idealistische Politik" nannte. Sie bestand im wesentlichen darin, ausländischen Gesellschaften zahlreiche neue Streckenrechte und *Flugziele zu gewähren. Im* Gegenzug erhofften die USA eine größere Preis-Flexibilität der Ausländer. „Unglücklicherweise", so klagte McKinnon in Palo Alto, „haben wir nicht bekommen, worauf wir Anspruch haben."

Auf Anfrage verdeutlichte der CAB-Chef seine Vorwürfe. Vor allem die Bundesrepublik, so sagte er, habe die Amerikaner hängen lassen. In Verhandlungen mit Bonn habe sich nichts bewegt, und er sei „ausgesprochen enttäuscht". Was die Amerikaner von Bonn und anderen Ländern verlangen, steht hier allerdings nicht zur Disposition. Es ist das Recht, die Flugpreise im eigenen Land zu bestimmen. Da es für die US-Gesellschaften wenig Sinn macht, in der Bundesrepublik neben Frankfurt, Hamburg und München weitere Städte *anzufliegen, möchte sie das* Recht bekommen, die Flugpreise nach ihren Bedürfnissen beliebig festsetzen zu können. Bisher müssen alle Tarife von der Bundesregierung genehmigt werden.

McKinnon ließ keinen Zweifel: Solche Einstellung müsse einen nachteiligen Einfluß auf den internationalen Luftverkehr haben. Wenn die angeblichen Washingtoner Vorleistungen nicht bald honoriert würden, dann müsse mit einer veränderten Haltung der USA gerechnet werden. „Wir werden *här*ter auftreten", kündigte McKinnon an.

BAUINDUSTRIE / Markt soll neu geordnet werden

Flucht nach vorn ergriffen

HANNA GIESKES, Bonn

Die deutsche Bauindustrie wünscht sich eine Neuordnung des Baumarktes, und zwar jenes Teils, der durch die Aufträge der öffentlichen Hand geprägt ist. In Erwartung zahlreicher Bußgeldbescheide wegen verbotener Preisabsprachen hat ihr Hauptverband jetzt mit einer Auflistung sämtlicher Unvollkommenheiten dieses Marktes die Flucht nach vorn ergriffen. Es schließt sich ein Katalog von Forderungen für die Neugestaltung an, denn Absprachen, so Bauindustriepräsident Günter Herion, „gleichen nur den Nachteil aus, der den Bauunternehmen dadurch entsteht, daß es am Baumarkt keinen ordnungsgemäßen Wettbewerb gibt".

Dieser Nachteil besteht nach Auffassung des Verbandes vor allem darin, daß die Bauindustrie mehr als 60 Prozent ihrer Aufträge von der öffentlichen Hand erhält. Während der Auftraggeber aufgrund seiner Ausschreibung Übersicht über den Markt besitze, fehle diese Transparenz den Bietern völlig: „Die im Wettbewerb stehenden Unternehmer haben keinerlei Anhaltspunkte dafür, zu welchen Preisen ihre Konkurrenten anbieten." Das Bundeskartellamt hatte der Branche allerdings angeboten, einen Musterprozeß über die Zulässigkeit von Preismeldeverfahren zu führen, um die Markttransparenz zu erhöhen. Dies war dem Hauptverband doch offenbar nicht genug; er strebt „von Auftraggebern und Auftragnehmern gemeinsam erarbeitete Lösungen" an.

Die Vergabebeamten in den Behörden sind verpflichtet, sich strikt an die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) zu halten. Dies schließt unter anderem die Auftragsvergabe zum „angemessenen" und nicht zum niedrigsten Preis ein, was, wie der Hauptverband beklagt, „praktisch niemals" geschehe. Nun stößt natürlich eine derartige Regel oft an die Grenzen der öffentlichen Haushalte. Sie birgt aber auch definitorische Fußangeln, denn selbst wenn der Vergabebeamte „angemessen" im Sinne der Bauindustrie als „kostendeckend" versteht, kann der eine Bieter wesentlich höhere Kosten haben als der andere, ohne daß ein Außenstehender dies zu durchschauen vermag.

Schließlich ist bekannt, daß die öffentliche Hand ihre Macht als Nachfrager oftmals überzieht und gelegentlich mißbraucht. Solche Mißbräuche, obwohl sie durch das Kartellgesetz verboten seien, gelangten in aller Regel nicht auf den Tisch der Kartellbehörden, weil die Betroffenen um ihre Anschlußaufträge fürchten, heißt es beim Hauptverband. Zur Entschärfung dieses Problems hatte das Bundeskartellamt den Verbänden der Bauwirtschaft schon vor längerer Zeit angeboten, ihm solche Mißbräuche öffentlicher Nachfragemacht anonym zu melden. Das ist laut Auskunft der Behörde bisher nicht geschehen. Schließlich bemühen sich die Bauverbände seit Jahren um eine Verstetigung der öffentlichen Nachfrage, freilich vergebens, wie Herion feststellt.

Die geforderte Neuordnung des Markts soll nicht durch eine Überführung der Bauwirtschaft in den Ausnahmebereich des Kartellgesetzes erreicht werden, versichert Herion; eher mit einer Regelung nach niederländischem Muster, wo eine Kommission aus Auftraggebern, Bietern und Kartellbehörde die Aufträge verteilt. Was einen gespaltenen Baumarkt zur Folge hätte, mit dem Effekt, daß der Wettbewerb um den privaten Bauherren um so weniger hart geführt wird, je mehr die Komission den Unternehmen ihr „Auskommen" mit öffentlichen Aufträgen sichert.

ITALIEN / Fanfani betont Gemeinsamkeiten mit französischen Auffassungen:

Auch Rom ist für feste Wechselkurse

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung will zu dem Treffen der sieben großen westlichen Industrienationen in Williamsburg „ohne vorbestimmte bestimmte Frontenbildung und Strategie" gehen und pragmatisch „alle Probleme nach Lösungsmöglichkeiten abklopfen". Das schließt aber, wie Ministerpräsident Amintore Fanfani im Anschluß an sein vor wenigen Tagen in Paris geführtes Informationsgespräch mit François Mitterrand erklärte, nicht aus, daß die italienischen Auffassungen in den Grundlinien mit denen der französischen Regierung weitgehend übereinstimmen. Wie Paris ist auch Rom der Auffassung, daß der wirtschaftliche Aufschwung der westlichen Welt nicht allein den Marktkräften überlassen werden kann, wie es die US-Administration wünscht, sondern durch koordinierte Eingriffe gefördert und gestützt werden muß.

In dieser Auffassung unterscheiden sich die beiden Hauptparteien der italienischen Regierungskoalition, die christlichen Demokraten und die Sozialisten nur in Nuancen. Beide vertreten die Überzeugung, daß der Staat bei der Orientierung und Finanzierung zukunftsweisender Innovations- und Investitionsprojekte eine entscheidende Funktion erfüllt. Beide sind wie die französischen Parteien der Meinung, daß die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden müssen, bei der Gestaltung ihrer Haushalts- und Zinspolitik die europäischen Interessen und Notwendigkeiten zu berücksichtigen. Dabei geht, wie Fanfani in einer Erklärung hervorhebt, die italienische Regierung davon aus, daß die Unordnung auf den Devisenmärkten, die Wechselkursschwankungen des Dollars und die hohen US-Zinsen für die italienische Wirtschaft genauso negative Folgen haben wie für die französische. Aus diesem Grund will die italienische Regierung in Williamsburg auch die Vorstellungen Mitterrands unterstützen, die auf die Schaffung eines festen Wechselkurssystems hinauslaufen oder auf die Stärkung der vorhandenen Institutionen. In italienischen Wirtschafts- und Finanzkreisen wird in diesem Zusammenhang betont, daß der jetzt von den Franzosen ventilierte Plan schon lange „in der Luft lag". Nach italienischer Ansicht wäre es schon ein großer Erfolg, wenn sich die sieben Partner in Williamsburg auf einen Fahrplan einigen könnten, um dieses Problem in den kommenden Monaten konkret anzugehen.

In der Frage des Abbaus protektionistischer Maßnahmen und des Verzichts auf dieses Mittel der Außenhandelspolitik in den Beziehungen zwischen den westlichen Industrieländern ist die italienische Regierung fest entschlossen, den Grundsatz größtmöglicher Liberalisierung weiter zu verteidigen. Ausgangspunkt ist hierbei die italienische Erkenntnis, daß Italien von einer Schließung der Märkte nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren hat.

Was den eigenen Beitrag zur Entwicklung angeht, so ist man sich in Rom im klaren darüber, daß die italienische Wirtschaft nur dann eine Chance hat, den Aufschwung ohne eine neue Beschleunigung der inflationären Tendenzen mitzumachen, wenn vorher stabilitätspolitische Fortschritte in der Haushalts- und Lohnpolitik erzielt wurden. Bindende Zusicherungen abzugeben, dazu ist die italienische Regierung, die nach der Parlamentsauflösung derzeit nur noch die Geschäfte führt, in Williamsburg allerdings nicht in der Lage.

RENTENMARKT / Angst vor Schieflagen

Zinsanstieg gewann an Fahrt

Der Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen hat, angetrieben vom amerikanischen Markt, an Fahrt gewonnen. Seit dem Tiefststand Mitte März sind die Renditen im fünfjährigen Laufzeitbereich um rund einen dreiviertel Prozentpunkt gestiegen. Dennoch wird das Renditenniveau noch nicht wieder als attraktiv für neue Anlagen angesehen. Die Angst vor Schieflagen bei einem weiteren Zinsanstieg ist so stark ausgeprägt, daß zahlreiche institutionelle Investoren die Sicherheitsleine gezogen haben. Sie wollen erst wieder Renten kaufen, wenn das Zinspendel umschlägt. Und auch gut informierte potente Privatanleger handeln nicht anders. Von Anlageberatern angesprochen, kommen sie mit der stereotypen Antwort: Im Moment kein Geld, erst mal abwarten. Alles Ausreden, so klagen die Rentenhändler. Für die nächsten Tage erwartet man in dieser Situation weitere Zinssteigerungen, wenn der Bund stärker als Kapitalnehmer auftritt und seine zuletzt zu niedrigen Renditen für Schuldscheine heraufsetzt und auch die für Bundesobligationen erhöht. (cd.)

Emissionen	20.5. 83	13.5. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,09	6,96	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,88	6,73	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,16	7,06	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,22	7,16	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,23	7,15	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,84	6,74	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,81	7,73	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,21	7,12	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,82	7,81	8,45	10,32	8,32

Änderung im Volvo-Konzern

R. GATERMANN, Göteborg

Durch eine Änderung in den Spitzengremien stärkt Pehr G. Gyllenhammar (48), seine Position in Nordeuropas größtem Industriekonzern Volvo, zu dem neben der Kfz-Produktion auch Motorenbau, Lebensmittelindustrie und der Erdölsektor (Handel und Produktion) gehören. Am 1. September wird Gyllenhammar Aufsichtsratsvorsitzender und gleichzeitig Konzernchef. Seinen bisherigen Posten als Vorstandsvorsitzender der Muttergesellschaft übernimmt Hakan Frisinger, derzeit Chef der gewinnträchtigen Pkw-Tochter. Anders Wall (52) zieht sich von der Spitze des Aufsichtsrates auf den Posten eines der stellvertretenden Vorsitzenden zurück.

Als offizieller Grund dieser weitgehenden Neuformierung der Konzernspitze – auf der Hauptversammlung am 25. Mai werden auch im Aufsichtsrat einige bedeutende personelle Veränderungen vorgenommen – wird die Tatsache genannt, daß die Gesellschaft die mit der Übernahme der Investment-Gesellschaft Beijer vor fast genau zwei Jahren eingeleitete Konsolidierungsphase abgeschlossen hat und deswegen der Zeitpunkt eines Revirements günstig sei. Daneben bleiben jedoch Gerüchte, die von beiden Betroffenen bestritten werden, daß Gyllenhammar und Wall nicht immer auf derselben Wellenlänge arbeiteten. Bei Volvo sei nur Platz für einen starken Mann, und der ist nun unbestritten Pehr G. Gyllenhammar.

Volvo erzielte 1982 bei einem Umsatz von umgerechnet rund 24,2 Mrd. DM einen Ertrag vor Rückstellungen und Steuern von 769 Millionen DM (plus 71 Prozent). Für dieses Jahr wird ein Anstieg auf über 1,5 Mrd. DM nicht für ausgeschlossen gehalten.

POST / Handwerk wird nicht ausgebootet

Fernmeldeordnung beraten

GISELA REINERS, Bonn

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat entgegen anderslautenden Meldungen den Entwurf zur 23. Änderungsverordnung zur Fernmeldeordnung nicht zurückgezogen. Der Arbeitsausschuß des Postverwaltungsrats hat wesentliche Teile des Entwurfs am Freitag beraten. Die restlichen Teile werden neu formuliert und in einer späteren Sitzung des Arbeitsausschusses noch vor der nächsten turnusmäßigen Sitzung des Postverwaltungsrates am 6. Juni verabschiedet. Das verlautete am Wochenende aus Kreisen des Postministeriums in Bonn.

Im Postministerium wird vermutet, daß sich der Vertreter des Handwerksverbandes als Kämpfer gegen das Postmonopol für demnächst anstehende Wahlen zu profilieren suchte. Die FDP sei auf den fahrenden Zug aufgesprungen, um sich einmal mehr als Hüterin der Marktwirtschaft aufzuspielen. Dabei seien Wirtschaftsminister und Verband auf das Genaueste über die Pläne einer Kooperation zwischen Post und Handwerk unterrichtet worden. Erstaunlich sei in diesem Zusammenhang besonders, daß der Verbandsvertreter, der den Wirbel verursacht habe, zur Beratung des Entwurfs im Arbeitsausschuß am Freitag nicht erschienen sei.

Die Änderungsverordnung war vom Elektro-Handwerk scharf kritisiert worden. Man glaubte ihr zu entnehmen, daß sich die Post in Arbeiten bei der Breitband-Verkabelung einschalten wollte, die bisher vom privaten Handwerk bestritten wurden. Laut wurde der Verdacht – besonders von dem betroffenen Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke – geäußert, die Post wolle ihr Monopol ausbauen und sogar die Gestaltung von Endgeräten wie Fernseher, Überwachungskameras und Antennen vorschreiben bzw. genehmigungspflichtig machen. Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) hatte sich der Kritik des Handwerks angeschlossen und dem Postminister Vorhaltungen gemacht.

Das Postministerium hat inzwischen zugegeben, daß manche Formulierung des Verordnungstextes Mißdeutungen und Fehlinterpretationen zuläßt, doch habe für Kenner der Materie kein Zweifel bestehen können. So heißt es in der Verordnung: „Die technische Gestaltung der Teilnehmereinrichtungen ... bestimmt die Bundespost." Das sind nach Auskunft des Postministeriums sozusagen die „TÜV-Normen" für derlei Einrichtungen, wie es sie derzeit schon für TV-Geräte etc. gebe und wie sie Autos ebenfalls vorgeschrieben sind. Es könne keine Rede davon sein, daß die Post hier Einfluß auf die Ausgestaltung der Gegenstände nehmen wolle.

Besonders verärgert ist man im Postministerium jedoch über den Verdacht, das private Handwerk solle ausgebootet werden. Aus dem Entwurf gehe klar hervor, daß dies nicht der Fall sein solle. Man verweist auf die Passage in der Begründung: „Die Installation der Breitbandanlage ist grundsätzlich den zugelassenen privaten Unternehmern vorbehalten; selbst auch dann, wenn der Teilnehmer eine posteigene Anlage beantragt. In diesen Fällen wird die Bundespost einen Unternehmer des einschlägigen Handwerks mit der Installation der posteigenen Breitbandanlage beauftragen."

In der Tat geht aus einem Brief des Postministers an Lambsdorff vom 25. April hervor, daß nicht daran gedacht wird, das Handwerk beim Antennenbau zu benachteiligen. Im Gegenteil, so zeigt der Brief, soll das Handwerk verstärkt in Akquisition und Werbung eingeschaltet werden, indem die Post den Fachverbänden ihre Verkabelungsabsichten rechtzeitig mitteilt. Damit blieben die Einsatzmöglichkeiten des Handwerks nicht nur uneingeschränkt, sondern würden sogar noch verbessert.

ÖSTERREICH / Weniger Erdgas aus der UdSSR

Energieverbrauch gesunken

W. FREISLEBEN, Wien

Eine anhaltende Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch registrieren die Statistiker in Österreich. Während das reale Inlandsprodukt seit 1980 jährlich um 3,1, 0,1, und 1,0 Prozent anstieg, ging der Energieverbrauch um 0,1, 5,3 und 4,3 Prozent zurück.

Auch im ersten Quartal 1983 führte die Verbrauchszurückhaltung dazu, daß die Energiebezüge Österreichs aus dem Ausland um 13 Prozent auf einen Wert von 10,8 Milliarden Schilling (rund 77 Millionen Mark) abgesunken sind, wobei die Verbilligung von Energieträgern und Währungsvorteile durch die Aufwertung des Schilling im Gleichklang mit der Mark noch nicht statistisch bereinigt sind.

Nach Angaben des Wirtschaftsforschungsinstitutes ging der Energieverbrauch insgesamt während des Januar 1983 um 19,1 und im Februar um 9,6 Prozent zurück. Aufgrund dieser Entwicklung rechnen Experten damit, daß in der weiteren Folge des Jahres die Energieimporte weiter zurückgehen werden. Die staatliche Mineralölgesellschaft ÖMV-AG, die Erdgas aus der UdSSR importiert, reduziert daher den Importplan von 2,5 auf 2,2 Milliarden Kubikmeter. Eine Diversifizierung auf andere Lieferquellen – insbesondere die Nordsee –, steht damit vorerst nicht mehr zur Diskussion.

Zusätzliche Probleme ergeben sich für die staatliche Gesellschaft insofern, als die von ihr betriebene einzige Raffinerie Österreichs in Schwechat bei Wien längst nicht mehr ausgelastet ist. Durch den Preisverfall bei ausländischen Produkten reduzierte sich der Marktanteil inländischer Raffinerieprodukte, der 1982 noch bei 73 Prozent und im ersten Quartal 1983 nur mehr bei 67 Prozent lag. Seitens der ÖMV wird für 1983 ein gesamtösterreichischer Verbrauchsrückgang von Mineralölprodukten um 5 Prozent auf rund 9 Millionen Tonnen erwartet. Bis 1990 sollte sich der Verbrauch bei 9,5 Millionen Tonnen stabilisieren.

IMMOBILIENMARKT / Nur langsam erholen sich die Preise für Baugrund

Stuttgart bei weitem am teuersten

HANS BAUMANN, Köln

Von einer allmählichen Befestigung der Preise für Baugrund berichten die deutschen Makler, nachdem die Preise im Vorjahr leicht nachgaben oder aber doch nicht weiter anzogen. Das gilt nach einem Preisspiegel des Rings Deutscher Makler (RDM) für Bauplätze für Einfamilienhäuser.

In den Ballungsgebieten kostet der Quadratmeter in mittlerer bis guter Wohnlage durchschnittlich 360 Mark. In kleineren Großstädten und in Mittelstädten liegen die Preise für vergleichbare Objekte mit 250 Mark um gut 100 Mark niedriger. Für gute Wohnlagen führt Stuttgart einsam mit 850 Mark je Quadratmeter. Schlußlicht ist hier Trier mit 140 Mark.

Während die Bodenpreise für Einfamilienhäuser sich nur mühsam entwickeln, haben sich die Bauplätze für Mehrfamilienhäuser zwischen zwei und sieben Prozent verteuert. Hier hat sich zweifellos die Nachfrage nach Bauplätzen für Bauherrenmodelle ausgewirkt.

Der Kernbereich des Immobiliengeschäftes ist nach wie vor das Einfamilienhaus. Hier sind die Preise seit Mai vorigen Jahres um etwa drei Prozent in den Ballungsgebieten gefallen. Aber auch sie sind dabei, sich zumindest zu stabilisieren. Außerhalb der Ballungsgebiete sind die Preise für Einfamilienhäuser in etwa konstant geblieben. Häuser mit gutem Wohnwert in den Städten verteuerten sich sogar um mehr als vier Prozent.

In den Ballungsräumen müssen für Reihenhäuser nur etwa zwei Drittel der Preise für freistehende Einfamilienhäuser aufgebracht werden. In kleineren Großstädten kosten Reihenhäuser nur etwa sechs Siebtel des Einfamilienhauspreises.

Die Makler sind überzeugt, daß bei den Mieten der Gipfel erreicht ist. Vor einem Jahr registrierten sie für freifinanzierte Neubauwohnungen beim Erstbezug nur noch eine Preissteigerungsrate von 1,7 Prozent. Seit Mai vorigen Jahres ist diese Rate auf unter 1 Prozent gefallen. Aus vielen Städten werden von den Maklern konstante Mieten gemeldet. Im Durchschnitt liegen die Monatsmieten in den Ballungsräumen etwas über 11 Mark je Quadratmeter. Spitzenmieten von mehr als 15 Mark werden aus Hamburg, München, Düsseldorf, Frankfurt, Gelsenkirchen und Bonn gemeldet, wobei der Spitzenwert in Bonn mit 16 Mark registriert wurde.

Was kosten Grundstücke, Eigenheime und Reihenhäuser?

	Freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser (800 m²)			Freistehende Eigenheime		Reihenhäuser	
	mittlere Wohnlage DM/m²	gute Wohnlage DM/m²	Villenlage DM/m²	mittlerer Wohnwert DM/125 m²	guter Wohnwert DM/150 m²	mittlerer Wohnwert DM/100 m²	guter Wohnwert DM/100 m²
Berlin	400	500	600	500 000	700 000	400 000	500 000
Hamburg	240	320	450	360 000	500 000	260 000	330 000
München	550	650	850	550 000	720 000	395 000	465 000
Köln	250–300	300–400	400–600	450 000	600 000 / 750 000	350 000	450 000
Düsseldorf	270–300	350–450	450–600	380 000 / 480 000	550 000 / 850 000	330 000 / 390 000	390 000 / 440 000
Frankfurt	300–400	500–600	600–800	420 000	540 000	370 000	400 000
Stuttgart	700	850	1100	450 000	750 000	400 000	550 000
Nürnberg	260	360	500	390 000	650 000	310 000	350 000
Bochum	250	300	500	450 000	600 000	380 000	430 000
Kiel	155	225	400	293 000	425 000	230 000	280 000
Münster	230–300	300–400	400–600	280 000 / 380 000	380 000 / 650 000	300 000 / 350 000	350 000 / 410 000
Bremerhaven	120	160	200	200 000 / 230 000	270 000 / 350 000	180 000	210 000
Bielefeld	140–180	200–280	300–350	350 000	300 000	250 000	300 000
Mainz	230	300–350	400	370 000 / 340 000	500 000 / 450 000	280 000	340 000
Aachen	300	350	400–450	350 000	550 000	300 000	420 000
Saarbrücken	200–300	400–500	500–700	360 000	450 000	250 000	350 000
Oldenburg	150–170	170–200	200–250	220 000 / 250 000	250 000 / 350 000	180 000	200 000
Trier	120	140	160–200	300 000	400 000 / 500 000	250 000	320 000

GENOSSENSCHAFTEN / Düngemittel billiger

Probleme in allen Sparten

D. SCHMIDT, Hannover

Die 111 Raiffeisen-Warengenossenschaften und 89 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, die dem Genossenschaftsverband Niedersachsen angeschlossen sind, müssen im Wirtschaftsjahr 1982/83 (30. 6.) mit geringeren Umsatzzuwachsraten rechnen, nachdem im Vorjahr noch ein Plus von 5 Prozent auf 2,4 Mrd. DM realisiert wurde. Vom Gesamtumsatz entfallen 1,8 Mrd. DM auf das Bezugsgeschäft und 0,6 Mrd. DM auf das Absatzgeschäft.

Kritisch setzt sich der Genossenschaftsverband mit der Preispolitik der deutschen Düngemittelindustrie auseinander, die in diesen Tagen ihre Preise drastisch gesenkt hat. Die als „Gegenschlag gegen die preislich günstigeren Importe" apostrophierte Preisreduzierung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, komme aber viel zu spät. Schlüter forderte in diesem Zusammenhang erneut „kostengerechte Preise und die Beseitigung der Wettbewerbsverfälschung im EG-Bereich durch Harmonisierung der Preise und Lieferbedingungen". Die hochpreisige Inlandsware verhindere eine kostendeckende Einlagerung und gefährde damit das gesamte System der Einlagerung. Es sei zwingend notwendig, daß die nunmehr gesenkten Preise langfristig Bestand hätten. Die deutschen Hersteller haben die neue Preisliste zunächst bis September mit einer „Baisse-Klausel" versehen.

Mit einem mengenmäßigen Anstieg rechnet Schlüter 1982/83 bei den Futtermittelumsätzen. Dieser Bereich, der 28 Prozent vom Gesamtumsatz ausmacht, erfordere bei verstärkter Vermarktung der Getreideernte 1982 mit hohen Preisen und bei fehlendem Futtergetreide in den Auswinterungsgebieten einen zusätzlichen Einsatz an Zukäufen.

Die Ertragslage (Schlüter: „Unsere Mitglieder haben für 1981/82 allen Grund zur Zufriedenheit") sei insgesamt noch befriedigend. Die *jüngsten EG-Preisbeschlüsse* allerdings ließen für das laufende Jahr keinen Spielraum für Optimismus.

IWKA / In den meisten Bereichen des Seriengeschäfts keine Erholung – Dynamik bei Robotern

Beim Umsatz Rückgang bis zu zehn Prozent geplant

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Spezialmaschinen und Anlagen sind es vor allem, die derzeit das Geschäft der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA), Karlsruhe, bezogen auf den Auftragseingang beflügeln. Dagegen vermag Vorstandsvorsitzender Wolf Hartmut Prellwitz in den meisten Bereichen des Seriengeschäfts, insbesondere in der Umwelttechnik (z. B. Müllfahrzeuge) sowie bei Stahlflaschen und Metallteilen, noch keine Erholung festzustellen. Alles in allem rechnet er aber für dieses Jahr mit einem Auftragseingang, dessen Steigerungsrate in der Größenordnung der Inflationsrate liegen könnte. Beim Umsatz sei allerdings ein Rückgang eingeplant, der bis an zehn Prozent heranreicht.

Das Geschäftsjahr 1982 sei nach Einschätzung Prellwitz' besser verlaufen als ursprünglich erwartet *worden sei. Vor allem* haben sich die nunmehr abgeschlossenen organisatorischen Veränderungen auf das Ergebnis des Berichtsjahres positiv ausgewirkt. Nicht zuletzt die Trendwende beim Zinssaldo, der erstmals seit langem mit 4,6 Mill. DM deutlich positiv ausfiel (die Bankschulden wurden stark abgebaut), trug dazu bei, daß unter dem Strich ein Jahresüberschuß von 9,9 (Vorjahr: 4,9) Mill. DM stand, der voll den Rücklagen zugeführt wird. *Zugleich hat sich im* Zuge der Bemühungen um Konsolidierung der einstmals schwer angeschlagenen Firmengruppe die Eigenkapitalquote beim Inlandskonzern auf nunmehr gut 20 Prozent verbessert.

Entbehrung wird freilich weiterhin von den Aktionären verlangt, nachdem die letzte Dividende für 1973 gezahlt worden ist. Zunächst soll der steuerliche Verlustvortrag abgebaut werden, der bis Ende 1984 auslaufen dürfte. Der Aktienkurs der IWKA, deren Aktienkapital von 69 Mill. DM breit gestreut ist, bewegt sich derzeit um die 150 DM. An *ihm hatte sich in der Vergangenheit* in starkem Maße die Börsenphantasie im Zusammenhang mit der erfolgreichen Industrieroboter-Sparte der IWKA hochgerankt, doch ist seit einiger Zeit die Kurstendenz stabil.

Die Abwicklung von Großaufträgen in der Schweiß- und Robotertechnik war es in erster Linie, die den Umsatz der IWKA-Gruppe um 12,9 Prozent auf 846 Mill. DM und den des Inlandskonzerns um 5,6 Prozent auf 605 Mill. DM ansteigen ließ. In den meisten anderen Tätigkeitsgebieten lagen die Umsätze auf Vorjahresniveau oder darunter. Der Exportanteil nahm auf 31 (26) Prozent zu.

Während der Auftragseingang der Gruppe um knapp fünf Prozent anwuchs, schrumpfte der Auftragsbestand um mehr als ein Fünftel auf 380 Mill. DM. Vor allem in der Wehrtechnik (Auslaufen des Minenauftrags und des Auftrags zur Kampfwertsteigerung des Schützenpanzers „Marder") und in der Umwelttechnik (Auslieferung dos Müllkompostwerks Konstanz) bauten sich die Auftragsbestände stark ab.

Von der Tochter KUKA Umwelttechnik GmbH, Augsburg, waren 1,7 Mill. DM Verlust zu übernehmen, nachdem der Umsatz um sechs Prozent auf 93 Mill. DM zurückging. Diesem durch die Finanznöte der öffentlichen Hände mitbestimmten negativen Resultat steht als ausgesprochen wachstumsträchtige Sparte des Mischkonzerns die KUKA Schweißanlagen + Roboter GmbH, Augsburg, gegenüber. Sie steigerte ihren Umsatz um 66 Prozent auf 221 Mill. DM, wobei Schweißtransferstraßen der *Hauptumsatzträger* waren. Der Roboter-Umsatz hat sich auf 71,5 Mill. DM verdoppelt und tendiert weiter nach oben. Insgesamt hat die Sparte Schweißanlagen und Roboter ihren Anteil am Gruppenumsatz innerhalb weniger Jahre von einem Viertel auf nahezu die Hälfte ausgebaut. Die Investitionen im Konzern beliefen sich auf 20 (21) Mill. DM bei kaum verändert 14 Mill. DM Abschreibungen. Die Gruppe zählt gut 5900 Beschäftigte (minus 0,5 Prozent).

PROGRESS

Zeichen stehen auf Wachstum

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Progress-Werk Oberkirch AG, Oberkirch/Baden, die sich mit der Herstellung von Zulieferteilen vor *allem für die Autoindustrie*, mit Hochbau-Ausrüstung (Metalldecken) und Wehrtechnik (Feldküchen, Munitionskästen) befaßt, stehen die Zeichen auf kräftiges Wachstum. Aufgrund eines um 15 Prozent höheren Auftragsbestandes (Ende März), der eine Auslastung bis in das kommende Jahr hinein gewährleistet, peilt das Unternehmen für das Geschäftsjahr *1983 einen Umsatzanstieg um 16* Prozent auf etwa 95 Mill. DM an.

Progress rechnet mit einem guten Betriebsergebnis. Die Beschäftigtenzahl wurde in den letzten Monaten um 3 Prozent auf 776 Mitarbeiter aufgestockt. Am Umsatzanstieg von 6,4 Prozent in den ersten drei Monaten dieses Jahres war in erster Linie die Sparte der Blechverkleidungen (einschließlich Bauverkleidungen) *beteiligt*.

Auch das Geschäftsjahr 1982 war bereits gekennzeichnet durch eine gute Kapazitätsauslastung. Der Umsatz, der im Jahr davor um 20 Prozent zugenommen hatte, erhöhte sich im Berichtsjahr etwas weniger stark um 3,8 Prozent auf 80 Mill. DM. Der Anteil der Zulieferungen für die Autoindustrie hat am Jahresumsatz einen Anteil von 50 Prozent erreicht. Die Exportquote verringerte sich auf 28,2 (40,3) Prozent. Es wird ein Jahresüberschuß von wenig verändert 1,1 Mill. DM ausgewiesen. Ausgeschüttet *wird eine Dividende von* unverändert 14 Prozent. Die Investitionen beliefen sich auf 4,7 (3,3) Mill. DM, abgeschrieben wurden 3,2 (3,1) Mill. DM.

PHYWE / Umsatz- und Ertragseinbruch

Dividende aus Rücklagen

D. SCHMIDT, Göttingen

Die Phywe AG in Göttingen, einer der führendon deutschen Hersteller naturwissenschaftlicher und technischer Lehrmittel, sieht sich in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Die ohnehin reduzierten Erwartungen für das Geschäftsjahr 1982 sind noch erheblich unterschritten worden. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, führte der „außerordentlich hohe Rückgang bei den Umsatzerlösen" dazu, daß erstmals seit 1975 kein Jahresüberschuß erwirtschaftet wurde. Insgesamt verringerte sich der Umsatz um rund ein Drittel auf 79,4 (118,6) Mill. DM.

Wenn dennoch kein Fehlbetrag ausgewiesen wird, so ist dies auf die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,08 (0,23) Mill. DM und die Mobilisierung sonstiger Erträge (2,53 nach 0,87 Mill. DM) zurückzuführen. Zusätzlich wurden 0,54 Mill. DM anderen Rücklagen entnommen, so daß letztlich ein Bilanzgewinn von 0,565 Mill. DM ausgewiesen werden kann. Die Verwaltung habe diesen Weg gewählt, „um unseren Aktionären durch Dividendenkontinuität Anerkennung für ihre Treue zum Unternehmen zeigen zu können", heißt es im Geschäftsbericht. Der Hauptversammlung am 14. Juni wird folglich die Ausschüttung einer Dividende von wieder 6 Prozent auf 9,375 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.

Die Aussichten im laufenden Jahr werden weiterhin zurückhaltend beurteilt. Die knappen Mittel der öffentlichen Hände ließen eine Belebung des Inlandsgeschäfts nicht erwarten. Ende 1982 habe sich der Auftragsbestand an einer unteren Grenze bewegt. Auf der Ertragsseite allerdings rechnet Phywe mit einer deutlichen Entlastung, weil jetzt die Maßnahmen zur Kostenreduzierung wirksam werden.

J. WALTER THOMPSON / Dritte Niederlassung

Mit Optimismus an die Elbe

JAN BRECH, Hamburg

Nach Düsseldorf hat die Frankfurter Werbeagentur J. Walter Thompson in Hamburg die dritte deutsche Niederlassung eröffnet. Thompson, so betonte der Frankfurter Geschäftsführer Burkhard Schwarz anläßlich der Einweihung von JWT Hamburg, sei nunmehr in den drei deutschen Werbehochburgen vertreten. Die Hamburger Dependance startet mit 20 Mitarbei*tern und einem Etat-Volumen von* mehr als 40 Mill. DM. Aus Frankfurt sind die Etats von Jacobs Kaffee und Elida Gibbs mit an die Elbe gewandert.

Der norddeutsche Raum, erklärte Schwarz, biete noch immer erhebliches Potential. Allein in Hamburg hätten 13 der 100 größten Industrieunternehmen ihren Hauptsitz, seien 3 der 20 größten Dienstleister, 7 der 50 größten Handelsunternehmen und 9 der 50 größten Werbetreibenden ansässig. *Die Niederlassung Hamburg* werde alle Leistungen einer Full-Service-Agentur anbieten.

Eigendynamik und Wachstum der JWT-Gruppe in Deutschland hätten 1982 wie schon in den vergangenen Jahren über dem Branchendurchschnitt gelegen, erklärte Schwarz. Mit rund 370 Mitarbeitern seien im letzten Jahr mehr als 338 Mill. DM umgesetzt worden. Die Agentur habe gut 65 Auftraggeber mit mehr als 130 Produkten und Dienstleistungen. Das Etat-Volumen soll bis Ende nächsten Jahres auf 370 bis 380 Mill. DM steigen.

Thompson ist die deutsche Niederlassung der vermutlich ältesten Werbeagentur der Welt. Die New Yorker JWT-Group umfaßt heute eine Reihe großer Kommunikationsunternehmen, die mit rund 6800 Mitarbeitern in 37 Ländern vertreten sind.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

BHF: Dividendenhoffnung

Frankfurt (cd.) Die BHF-Bank stellt ihren Aktionären für 1983 eine höhere Dividende in Aussicht, wenn, wofür einiges spricht, der Wertberichtigungsbedarf im In- und Ausland sinkt. Für die ersten vier Monate wurde auf der HV des Instituts über eine Steigerung des Teilbetriebsergebnisses um rund 28 Prozent gegenüber dem Tertialdurchschnitt 1982 und eine nochmalige beträchtliche Steigerung der Eigenhandelserträge berichtet. Geschäftsinhaber Schroeder-Hohenwarth warnte zwar vor einer Hochrechnung der Zwischenergebnisse auf das ganze Jahr; doch könnte mit einem nochmals verbesserten Betriebsergebnis gerechnet werden.

Basis gestärkt

Hamburg (J. B.) – Das Hamburger Bankhaus Marcard & Co. hat *1982 unter Verzicht auf größeres* Wachstum die Basis gestärkt. Die Bilanzsumme mit 472 Mill. DM und das Kreditvolumen mit 215 Mill. DM blieben nahezu unverändert. Verbessert wurde das Ergebnis. Den um knapp 30 Prozent gestiegenen Überschuß nutze die Bank zur ausreichenden Risikovorsorge. Neuer persönlich haftender Gesellschafter ist neben Enno von Marcard und Walter Krusemark seit Februar dieses Jahres Dieter Witt.

Gründung in Berlin

Berlin (Wz.) – Mit der Biochrom KG hat die Berliner Böttger-Unternehmensgruppe, die mit ihren Marken Algemarin und Hormocenta auf kosmetischem Gebiet sowie in der dermatologischen Pharmazeutik tätig ist, ein forschungsintensives neues Unternehmen gegründet. Hergestellt werden unter dem Warenzeichen „Seromed" Nährlösungen und Seren für die Zellkultur. In diesem Jahr ist bei einem Exportanteil von 40 Prozent ein Umsatz von 4 und *1984* eine Steigerung auf 7,5 Mill. DM geplant.

FÜRST THURN UND TAXIS BANK

Nur auskömmlich verdient?

DANKWARD SEITZ, München

Superlative mag er in dieser Zeit nicht, und so beschränkt sich Jürgen Reiß, Sprecher der Geschäftsführung der Fürst Thurn und Taxis Bank, München, bei seiner Bewertung des Jahresabschlusses 1982 auf ein „recht zufrieden". Nach einer nochmaligen Steigerung des Betriebsergebnisses um rund 38 Prozent kann wohl doch von einem Rekordjahr der Privatbank gesprochen werden.

Zwar nennt man traditionell keine Gewinnzahlen, doch daß der Provisionsüberschuß um rund 30 Prozent gesteigert werden konnte und der Zinsüberschuß „deutlich alle Verwaltungskosten überdeckt" hat, kann dies nur bestätigen. Bescheiden meint Reiß, daß man bei einer Brutto-Zinsspanne von rund 2,5 Prozent „noch auskömmlich verdient" habe.

Überhaupt habe die Bank wieder der Ertragsseite stärkere Aufmerksamkeit geschenkt als dem Wachstum der Bilanzsumme, die sich um 0,4 Prozent auf 829,4 Mill. DM ermäßigte. Dieser Rückgang sei allerdings ausschließlich ebenso stichtagsbedingt wie das Absinken des Kreditvolumens auf 335,9 (353,5) Mill. DM. Insgesamt seien, so Reiß, die Forderungen an Kunden deutlich gestiegen.

Auf der Einlagenseite wurden „aus Rentabilitätsgründen" die Termingelder um 20 Mill. auf 215 Mill. DM abgebaut, wodurch sich weitgehend der Rückgang der Kundeneinlagen auf 359,4 (385,9) Mill. DM erklärt. Die Spareinlagen stiegen leicht auf 60,1 (59) Mill. DM. Die Refinanzierung durch Bankengelder erhöhte sich entsprechend auf 399,8 (375,5) Mill. DM.

Nach dem bisherigen Verlauf *dieses Jahres sehe man 1983 mit* Genugtuung entgegen. Selbst bei sinkender Zinsmarge, so Reiß, werde das Ergebnis wenn überhaupt nur leicht unter dem von 1982 liegen. Im März wurde das Kapital des Instituts durch eine Sacheinlage des Hauses Thurn und Taxis um 5 Mill. auf 40 Mill. DM aufgestockt, so daß das Eigenkapital nun 80 Mill. DM beträgt.

DWS legt einen Energiefonds auf

cd. Frankfurt

Einen „Energiefonds" legt die DWS, die der Deutschen Bank nahe*stehende Kapitalanlagegesellschaft*, auf. Anteile können vom 24. bis zum 30. Mai bei der Deutschen Bank und den anderen DWS-Gesellschaftern zum Erstausgabepreis von 80 Mark je Anteil gezeichnet werden. Danach wird der Ausgabe- und Rücknahmepreis börsentäglich errechnet. Im Ausgabepreis ist ein „Ausgabeaufschlag" von 2½ Prozent enthalten. Die Anlagen des Fonds, der hauptsächlich am amerikanischen Aktienmarkt investieren wird, sollen sich auf Unternehmen konzentrieren, die Öl, Gas und Kohle fördern, verarbeiten und transportieren oder die energieerzeugen*de oder energiesparende Anlagen* produzieren. Auch Versorgungsunternehmen sollen Beachtung finden. Bei teilweise recht attraktiven Dividendenrenditen hätten sich die Aussichten auf steigende Gewinne der Gesellschaften deutlich verbessert, betont die DWS. Der Fonds darf bis zu 30 Prozent Bankguthaben und bis zu 20 Prozent Rentenwerte halten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Rupert Lay: Ethik für Wirtschaft und Politik, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München *1983, 362 S., (Ln.), 36 Mark.*

Der bekannte Jesuitenpater und Beauftragte des Jesuitenordens für Fragen des Managements in Wirtschaft und Verwaltung, Professor Dr. Rupert Lay, untersuchte Fragen der Ethik speziell für die Bereiche Wirtschaft und Politik. Es geht im Grunde um eine feste Basis für konfliktfreies Verhalten, als dessen Prüfstein der hypothetische Fall dient, daß ein akzeptables Normengefüge nicht mehr zur Verfügung steht. Lay gibt einen klaren Standpunkt zur personalen und gesellschaftlichen Ethik und zeigt, daß nur ein Handeln nach ethi*schen Grundsätzen* ein wirtschaftlich wie politisch verantwortliches Handeln sein kann.

Alfred Mohler: Die 100 Gesetze erfolgreicher Verhandlung, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1983, 296 S., (Ln.), 34 Mark.

Verhandlungen führen wir gleich auf welcher Ebene tagtäglich aufs neue und jede unterscheidet sich von der anderen. Ein Grund, warum es allgemeingültige Patentrezepte *nicht geben kann*. Doch kann die Kenntnis um bestimmte Grundregeln hilfreich sein. Mohler formulierte sie in einhundert Gesetzen und verdeutlicht in einem Kommentar, warum die Regel bei einer Verhandlung zu beachten ist und wie sie wirkt. So sind nach dem Gesetz Nr. 17 fünfzig Prozent des Verhandlungserfolges eine Frage der gewissenhaften Vorbereitung, eine Regel, die nur allzuoft in Vergessenheit gerät.

Harald Scheerer: Wie Sie durch Ihr Sprechen gewinnen, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1983, 246 S., (Ln). 29,80 Mark.

Sprechen ist mehr als Lautgebung und Sprache, mehr als nur ein Kommunikationsmittel. Diese Erkenntnis veranlaßten den Autor, dem Geheimnis der Sprache und ihrer Wirkung nachzugehen. *Erläutert* werden die beiden Ebenen der Sprache, zunächst die Sprache als technischer Vorgang mit Ausführungen zu Stimmlage, Sprechgeschwindigkeit und Atemtechnik, sodann Sprache als Informationsträger, die um so klarer und verständlicher ist, je geordneter die Gedanken dargeboten werden.

Reinhard Höhn: Das tägliche Brot des Managements, Buchreihe Menschenführung und Betriebsorganisation (*Band 18*), *Verlag* wwt, Bad Harzburg 1983, 249 Seiten, 34,80 Mark.

Professor Dr. R. Höhn, Begründer des „Harzburger Modells" und Experte für Führungs- und Organisationsfragen, aktualisierte das seit sechs Jahren vorliegende, sehr umfangreiche Nachschlagewerk über Fragen des modernen Managements. Prägnante Beispiele und die Schilderung praktischer Situationen lockern die einzelnen, in sich abgeschlossenen Aufsätze auf. Das Buch, konzipiert sowohl für die Unternehmensspitze als auch für Führungskräfte aller Stufen, *stellt eine wertvolle Orientierungs*hilfe dar, um die Probleme von Führung und Organisation besser bewältigen zu können.

NAMEN

Dr. Wolfgang Scholl, Vorstands*mitglied* der Salamander AG, Kornwestheim, scheidet zum 30. Juni aus dem Unternehmen aus.

Hans Joachim Fuchs, geschäftsführender Gesellschafter der Me*tallwerke Otto Fuchs, Meinerzhagen*, wird am 24. Mai 80 Jahre alt.

Hansjürgen van de Loo wurde zum neuen Vorstandsmitglied der Dorstener Maschinenfabrik AG, Dorsten, gewählt. Er ist Nachfolger von **Joachim Helm**.

Rainer Weiermüller wurde zum Geschäftsführer der Guinness Biervertriebs GmbH, Essen, gewählt.

Friedrich-Karl Rogge, geschäftsführender Gesellschafter der Odenwald Faserplattenwerk GmbH, Amorbach, vollendete am 23. Mai sein 70. Lebensjahr.

BREMER LAGERHAUS / Dividende gekürzt

Einbruch in Stückgutumschlag

W. WESSENDORF, Bremen

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) will ihre Dividende für 1982 um 2 Prozent kürzen. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn von 960 000 DM für eine Dividende von 8 Prozent auf das Grundkapital von 12 Mill. DM zu verwenden, heißt es im Geschäftsbericht 1982 des größten Unternehmens der bremischen Seehafen-Verkehrswirtschaft.

Die BLG verzeichnete im Berichtszeitraum die gleichen rezessiven Tendenzen wie die bremischen Häfen insgesamt. „Vor allem der starke Einbruch im Stückgutumschlag des 2. Halbjahres vollzog sich auch bei der BLG in besorgniserregender Weise", schlägt der Geschäftsbericht Alarm. Die Umschlagsentwicklung zeige, daß die BLG in etwa den gleichen Rückgang (minus 4,1 Prozent) im Stückgutumschlag wie der gesamte bremische Stückgutumschlag (minus 3,9 Prozent) aufweise. Stärker rückläufig sei der Export gewesen, der um 5,3 Prozent auf 8,1 Mill. Tonnen zurückfiel.

Relativ stabil hat sich dabei laut Geschäftsbericht der Containerverkehr gehalten. Das Vorjahresergebnis von 6,9 Mill. Tonnen wurde mit 6,8 Mill. Tonnen fast erreicht. Der Anteil dieses modernen Verkehrs macht nun 51 Prozent am Stückgutumschlag aus. Positiv entwickelte sich der Umschlag von Getreide und Futtermitteln, dieser Bereich legte nach empfindlichen Einbußen im Vorjahr um 12,2 Prozent auf 1,1 Mill. Tonnen zu. Dies sei darauf zurückzuführen, daß nunmehr Schiffe bis zu 275 m Länge an der Getreideanlage aufgenommen werden können.

Insgesamt hat die BLG im Berichtsjahr 14,5 Mill. Tonnen (minus 3 Prozent) umgeschlagen. Davon beträgt der Stückgutumschlag das stärkste wertschöpfende Geschäft 13,4 Mill. Tonnen. Der Rest entfällt auf Getreide. Die Gesamtzahl der Mitarbeiter wurde 1982 um 161 auf 4530 vermindert.

Die größte Investition der BLG von insgesamt 500 Mill. DM in den Bremerhavener Containerterminal soll im Spätsommer 1983 abgeschlossen sein.

SALAMANDER / Noch ein schwieriges Jahr für die Schuhbranche – Einbrüche im Wintergeschäft

Straffung in der Produktion wird fortgesetzt

W. NEITZEL, Kornwestheim

Bei der Salamander-Gruppe, Kornwestheim, stellt man sich wie in der gesamten Schuhbranche auf ein schwieriges Jahr 1983 ein. Der Bestelleingang habe sich stark abgeschwächt. Der Schuheinzelhandel lag in der Umsatzentwicklung im bisherigen Verlauf dieses Jahres bei plus-minus Null, das bedeutet einen realen Rückgang. Die eigenen Verkaufsstellen von Salamander schnitten mit einem Umsatzplus von knapp 2 Prozent ein wenig besser ab. Vorstandsvorsitzender Franz Josef Dazert geht denn auch davon aus, daß Salamander in 1983 lediglich das Umsatzniveau des Vorjahres erreichen werde.

Gleichwohl erwartet er für das laufende Jahr auch ein „befriedigendes Ergebnis". Zu diesem Zweck verordnet sich das Unternehmen eine weitere Schrumpfkur bei der Beschäftigtenzahl. So soll im Laufe dieses Jahres das Personal im Stammwerk in Kornwestheim über bereits laufende Maßnahmen hinaus von rund 1000 auf etwa 850 Mitarbeiter und im Werk Faurndau von rund 2500 auf 2300 Mitarbeiter abgebaut werden.

Einschließlich der Schließung einiger kleiner Steppfilialen soll sich der weitere Abbau in einer Größenordnung zwischen 500 und 600 Mitarbeiter bewegen. Die für Sozialpläne einzusetzenden rund 3 Mill. DM wurden bilanziell bereits in 1982 berücksichtigt. Ende des vergangenen Jahres beschäftigte Salamander etwas mehr als 7500 (in der Gruppe über 9600) Mitarbeiter, das waren 6 Prozent weniger als im Jahr davor.

Insgesamt laufen die Maßnahmen in den beiden Werken, die von starren Bandeinheiten auf bewegliche Produktionslinien umgerüstet werden (damit will man der modischen Vielfalt und der weiteren Differenzierung der Kollektion besser Rechnung tragen können) auf eine Verringerung der Kapazität um insgesamt 3500 Paar Schuhe pro Tag hinaus, das sind 700 000 bis 800 000 Paar pro Jahr. Gleichwohl will Salamander sein Schuh-Angebot in der bisherigen Größenordnung halten, indem andere Werke sowie Regielieferungen stärker herangezogen werden.

Produziert hat Salamander in 1982 bei voller Auslastung insgesamt 7,9 nach 8 Mill. Paar Schuhe. Verkauft wurden freilich nur 7,7 Mill. Paar, das heißt, daß sich die Vorräte auf etwa 200 000 Paar auftürmten. Dabei setzte das relativ warme Winterwetter insbesondere dem Stiefelgeschäft zu, wo das Unternehmen Umsatzeinbrüche in der Größenordnung zwischen 10 und 13 Mill. DM hinnehmen mußte.

Der Außenumsatz der Salamander AG verringerte sich im Berichtsjahr 1982 um 1,5 Prozent auf 611 Mill. DM. Dagegen verbesserte sich der Gruppenumsatz dank der Wachstumskraft und der zunehmenden Bedeutung der Diversifikationsbereiche um 2,3 Prozent auf 992 Mill. DM.

Eine der bedeutendsten Töchter (auch aus Ertragssicht) ist die Chemische Werke Salamander GmbH, Türkheim, die auf dem Gebiete der Pflegemittel, Lederfaserstoffe und Fensterprofile tätig ist, und einen Umsatz von 82 (80) Mill. DM erzielte. Der Umsatz im Handelsbereich, in dem sich neben andere die Töchter Salamander-Bund, Hug + Co. AG sowie Klawitter betätigen, belief sich auf 288 (261) Mill. DM.

Die Exportquote von Salamander hat sich leicht auf 20,7 (19,5) Prozent erhöht. Die gute Position im Ostgeschäft – dort bestehen teilweise Lizenzproduktionen – soll weiter ausgebaut werden.

Die auf 8,4 (6,6) Mill. DM gestiegenen Beteiligungserträge trugen dazu bei, daß ein Jahresüberschuß von 15,0 (16,8) Mill. DM ausgewiesen werden konnte, aus dem 5 (7,4) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt werden. Es wird eine Dividende von unverändert 15 Prozent auf 66 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Investiert wurden in der Gruppe 30 (23) Mill. DM und abgeschrieben 23 (19) Mill. DM.

Partner-Gruppe im Branchentrend

Py. Düsseldorf

Die PVG-Partner Versicherungs-Gruppe (Kranken, Leben, Sach), Offenbach, hat 1982 ihr Beitragsaufkommen (ohne Einmalbeiträge) um 7 (8,6) Prozent auf 272 Mill. DM gesteigert. Die eng mit der Deutschen Beamten-Versicherung (DBV) zusammenarbeitende Gesellschaft, die aber ihre Kunden außerhalb des öffentlichen Dienstes hat, erzielte allein in der Partner-Gruppe Krankenversicherung eine freilich durch Beitragsanpassungen beeinflußte Steigerung der Prämieneinnahmen um 8 (9,1) Prozent auf 162 Mill. DM. Dem standen Aufwendungen für Versicherungsfälle von 101 Mill. DM (plus 0,8 Prozent) gegenüber.

Die PG-Lebensversicherung AG verfügte Ende 1982 über einen Bestand von 1,53 Mrd. DM Versicherungssumme (plus 8,8 Prozent). Die Beiträge wuchsen um 7,1 Prozent auf 44 Mill. DM. Beim Schadenversicherer stiegen die Beiträge um 5,8 (6,6) Prozent auf 68 Mill. DM. Dabei hat sich die Schadenquote gegenüber 1981 nicht erhöht.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Macher; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gisela Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 522 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



ERGEBNISSE

Bremen – Bielefeld	5:1	(2:0)
Braunschweig – Karlsruhe	5:1	(1:1)
Dortmund – München	4:4	(1:1)
Düsseldorf – Leverkusen	4:0	(2:0)
K'lautern – Hamburg	2:2	(0:0)
Köln – M'gladbach	2:1	(0:1)
Nürnberg – Frankfurt	3:0	(1:0)
Schalke – Bochum	2:0	(0:0)
Stuttgart – Berlin	4:1	(2:0)

DIE SPIELE

Bremen – Bielefeld 5:1 (2:0)
Bremen: Burdenski – Fichtel (59. Neubarth) – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht (72. Schaaf) – Reinders, Völler, Meier. – **Bielefeld:** Diergardt – Wohlers – Geils, Hupe (64. Krajezy), Pohl – Schnier, Rautiainen, Kühlhorn, Schröder – Pagelsdorf, Lienen. – **Schiedsrichter:** *Gabor (Berlin).* – **Tore:** 1:0 Möhlmann (5.), 2:0 Völler (32.), 3:0 Reinders (52., Foulelfmeter), 3:1 Geils (65.), 4:1 Neubarth (77.), 5:1 Meier (88.). – **Zuschauer:** 27 100. – **Gelbe Karten:** Wohlers (4/2), Kühlhorn (2).

Braunschweig – Karlsruhe 5:1 (1:1)
Braunschweig: Franke – Hollmann – Borg, Bruns – Tripbacher, Kindermann, Geiger, Lux, Zavisic (78. Posipal) – Keute, Worm. – **Karlsruhe:** Wimmer – Bold – Groß, Kleppinger, Lazic – Walz, Dittus, Günther, Boysen – Hofeditz (67. Bühler), Hagmayr. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Groß (21.), 1:1 Bruns (25.), 2:1 Geiger (53.), 3:1 Zavisic (66.), 4:1 Keute (78.), 5:1 Kindermann (88.). – **Zuschauer:** 7500. – **Gelbe Karten:** Zavisic, Hofeditz (4), *Hagmayr (3).*

Dortmund – München 4:4 (1:1)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Koch (63. Eggeling), Hein (59. Keser) – Huber, Tenhagen, Burgsmüller, Raducanu, Bönighausen – Abramczik, Klotz. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Grobe, Horsmann – Nachtweih, Del'Haye, Kraus, Dürnberger, Pflügler – Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 0:1 Hoeneß (3.), 1:1 Raducanu (43.), 1:2 Horsmann (53.), 2:2 Raducanu (62.), 2:3 Augenthaler (70.), 3:3 Burgsmüller (79.), 4:3 Keser (80.), 4:4 Rummenigge (81.). – **Zuschauer:** 45 000. – **Gelbe Karte:** Augenthaler (7).

Düsseldorf – Leverkusen 4:0 (2:0)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Theis, Kuczinski – Bockenfeld (69. Thiele), Löhr, Ormslev (77. Gores), Weikl, Dusend – Edvaldsson, Wenzel. – **Leverkusen:** Greiner – Gelsdorf – Bruckmann, Posner – Vöge, Wojtowicz, Saborowski, Bittorf, Röber – Økland (77. Herzog), Waas. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Edvaldsson (19.), 2:0 Dusend (41.), 3:0 Theis (55.), 4:0 Thiele (77.). – **Zuschauer:** 6500. – **Gelbe Karten:** Saborowski (4/1).

K'lautern – Hamburg 2:2 (0:0)
Kaiserslautern: Reichel – Dusek – Wolf, Briegel, Brehme – Melzer (88. Allofs), Geye, Bongartz – Eilenfeldt, Nilsson, Kitzmann (74. Funkel). – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Magath, Rolff – Milewski, Hrubesch. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 0:1 Kaltz (55., Foulelfmeter), 1:1 Briegel (57., Handelfmeter), 2:1 Kitzmann (58.), 2:2 Milewski (60.). – **Zuschauer:** *33 000.* – ***Gelbe Karte:*** Hartwig (4/2).

Köln – M'gladbach 2:1 (0:1)
Köln: Schumacher – Strack – Prestin (83. Hönerbach), Steiner – Neumann, Zimmermann, Hartmann, Engels – Littbarski, Fischer, Allofs (66. Willmer). – **Mönchengladbach:** Kamps – Hannes – Schäfer, Schäffer, Ringels – Pickenäcker, Matthäus, Schmider, Bruns. – Mill, Reich (62. Criens). – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 0:1 Bruns (23.), 1:1 Strack (56.), 2:1 Steiner (79.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Engels (4/1), Zimmermann (3), Pickenäkker.

Nürnberg – Frankfurt 3:0 (1:0)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Brendel, Stocker – Heidenreich, Botteron (74. Schlegel), Hintermaier – Trunk, Heck, Dressel. – **Frankfurt:** Pahl – Pezzey – Berthold, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Kroth, Trieb (27. *Möller*), *Nickel (55. Gulich)* – Kaczor, Tscha. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Heidenreich (29.), 2:0 Weyerich (85., Foulelfmeter), 3:0 Heck (89.). – **Zuschauer:** 13 500.

Schalke – Bochum 2:0 (0:0)
Schalke: Junghans – Dietz – Kruse, Drexler, Schipper – Bittcher, Opitz, Lorant – Abramczik (68. Tüfekci), Abel, Wuttke. – **Bochum:** Zumdick – Bast – Storck, Knüwe, Jakobs (76. Krella) – Lameck (68. Benatelli), Oswald, Patzke, Woelk – Pater, Schreier. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Abel (57.), 2:0 Opitz (90.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Wuttke (4), Oswald (4/2).

Stuttgart – Berlin 4:1 (2:0)
Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, Kh. Förster, B. Förster – Kempe (84. Six), Ohlicher, Sigurvinsson (75. Habiger) – Kelsch, Reichert, Allgöwer. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Schneider, Ehrmanntraut, Rasmussen – Timme, Beck, Mohr – *Blau*, Glöde (75. Emig), Remark (46. Killmaier). – **Schiedsrichter:** Wippker (Rötgen). – **Tore:** 1:0 Kelsch (25.), 2:0 Allgöwer (29.), 2:1 Glöde (49.), 3:1 Kh. Förster (78.), 4:1 Allgöwer (81.). – **Zuschauer:** *15 000.* – ***Gelbe Karte:*** *Kempe (4/3).*

VORSCHAU

Stuttgart – Köln	(2:1)
Leverkusen – Karlsruhe	(2:2)
Bielefeld – Düsseldorf	(0:2)
Frankfurt – Bremen	(0:3)
Bochum – Nürnberg	(1:1)
München – Schalke	(2:1)
Hamburg – Dortmund	(3:1)
M'gladbach – Kaiserslautern	(0:3)
Berlin – Braunschweig	(0:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Bremen holte im Kampf mit dem HSV einen Punkt und vier Tore auf – Hertha BSC abgestiegen?

● Werden die Torwarte zum Ende der Saison so schwach (wie zum Beispiel Eike Immel), werden die Stürmer mutiger, wie die von Werder Bremen? Am drittletzten Spieltag der Fußball-Bundesliga wurden 41 Treffer erzielt, das ist Einstellung des Saisonrekords. Dabei fielen die vier Tore in Kaiserslautern innerhalb von fünf Minuten. Und weder Torwarte noch Stürmer hatten schuld oder waren besonders treffsicher. Schiedsrichter Walter Eschweiler führte die Regie ...

● Punktverlust für den Hamburger SV, wieder ein hoher Sieg für Werder Bremen. Der norddeutsche Zweikampf um die Deutsche Meisterschaft ist noch immer nicht entschieden. Wieder punktgleich mit dem HSV holte Bremen auch vier Treffer in der vielleicht noch wichtigen Tordifferenz auf. Noch führen die Hamburger wegen vier Treffern die Tabelle an: Ob's reicht? Erst einmal geht es für den Spitzenreiter morgen um den Europapokal gegen Juventus Turin.

● Hertha BSC Berlin plant bereits den Abstieg, Karlsruhe und Schalke hoffen noch auf ein Qualifikationsspiel gegen den Dritten der 2. Bundesliga, der Uerdingen, Kassel oder Fortuna Köln heißen kann. Auch die Frage des Abstiegs ist noch nicht endgültig beantwortet. Dafür steht seit Pfingsten fest, daß neben Waldhof Mannheim (zum ersten Mal) mit Kickers Offenbach eine Mannschaft aufsteigt, die wie Hertha BSC und Schalke 04 zu den Pendlern zwischen den Klassen gehört.

Als die Langeweile kam, würzte Eschweiler das Spiel mit seinen Pfiffen

M. HÄGELE, Kaiserslautern

Der Betzenberg tobte, doch die Ordner behielten ruhiges Blut. Ohne Kratzer brachten sie Schiedsrichter Walter Eschweiler nach seinem *Abschiedsspiel in die Kabine.* 2:2 im Schlagerspiel der Bundesliga zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und dem Hamburger SV. 2:2 dank Eschweiler. Die „Schwarze Diva" hat dafür gesorgt, daß die 20. Saison bis zur letzten Sekunde spannend bleibt. Der *HSV* und Werder Bremen liegen wieder gleichauf.

Ohne Eschweiler wäre die Partie womöglich *0:0* ausgegangen. 55 Minuten dachten beide Mannschaften mehr an Sicherheit denn an Risiko. Pelé, ehemaliger Nationalspieler Brasiliens und Stargast auf dem Betzenberg, hatte auf der Tribüne für mehr Rummel gesorgt als die beiden Teams auf dem Rasen. Da meinte Eschweiler wohl, daß es Zeit sei, die Partie mit Toren zu würzen. Ein Elfmeter drüben, 0:1 durch Kaltz, 1:1 durch Briegel. In der allgemeinen Verwirrung häuften sich die Fehler. Die HSV-Abwehr schlief, der junge Kitzmann traf zum 2:1. Im Gegenzug rannte Verteidiger Wolf am Ball vorbei, Milewski bedankte sich, 2:2.

Vier Tore innerhalb von fünf Minuten. Kein Mensch sah mehr nach Pelé. Das Stadion brüllte und stöhnte bei dem offenen Schlagabtausch der beiden Teams. Die Partie war zum Spitzenspiel geworden. Und sie hätte mit dem Sturz des Meisters geendet, wenn Eschweiler in der 83. *Minute* nicht den Pfälzer Torjubel zurückgepfiffen hätte. Briegel und Jakobs waren im *Hamburger* Strafraum bei einem Kopfballduell zusammengekracht. Blut tropfte aus beiden Schädeln. Doch der Ball hatte dabei den Weg ins Hamburger Tornetz gefunden.

3:2 – eigentlich ein klares Tor. Aber Eschweiler behauptete, Briegel habe sich mit dem Ellbogen auf Jakobs Schulter aufgestützt. Deshalb brauchte der Schiedsrichter besonderen Geleitschutz, um den Umkleideraum zu erreichen. Die *Hektik, diese aufgepeitschte* Atmosphäre, wurde draußen zurückgelassen. „Wenn man das dritte Tor nicht gibt, dann muß man bei jedem Eckball Elfmeter pfeifen", erklärte Peter Briegel, nachdem seine Augenbraue genäht worden war. Aber auch er blickte mehr nach vorn, denn zurück: „Die zwei Punkte für den UEFA-Cup holen wir auch noch."

Friede, Freude, Eierkuchen auch unter den Trainern. „Ein gerechtes *Unentschieden*", sagten *Happel* und Diehl übereinstimmend. Für beide hatte sich die Position im Schlußspurt nicht verschlechtert – und was will man in dieser Situation mehr?

Er glaube, seine Mannschaft besitze genügend Substanz für die entscheidenden zwei Wochen des Jahres, so Happel. Bei einigen Hamburgern zeigt die Leistungskurve wieder nach oben. Besonders bei Felix Magath, der jedoch *eine weitere* Steigerung für absolut notwendig hält, um morgen im Europapokal-Finale von Athen gegen Juventus Turin eine echte Chance zu haben.

Jimmy Hartwig wird in diesem Endspiel fehlen. Wegen zwei gelber Karten aus den Halbfinal-Begegnungen mit Real San Sebastian. Für ihn wäre beinahe auch die *Bundesliga-Saison* beendet gewesen. Er sah am Betzenberg wieder Gelb. Und damit wären wir noch einmal bei Eschweiler, bei der *unrühmlichen* Leistung des Schiedsrichters. Für diese Karte konnte Hartwig nämlich gar nichts. Er sah sie nur deshalb, weil Eschweiler der *Galerie* ein Opfer präsentieren wollte.

Und wer eignet sich für die Rolle des bösen Buben besser als Hartwig. Eschweiler ist dabei systematisch vorgegangen. In der 10. Minuten nach einem Zusammenprall zwischen dem *Lauterer* Melzer und HSV-Stopper Jakobs, war Hartwig zu dem am Boden sitzenden Jakobs gelaufen und hatte den Kollegen aufgefordert: „Geh zurück." Obwohl ihn das Gespräch der beiden HSV-Spieler wirklich einen feuchten Kehricht anging, ließ der schmalbrüstige Eschweiler Hartwig strammstehen, ermahnte ihn. Der Mob johlte und pfiff „Neger raus".

33. Minute: Ein harmloses Allerweltsfoul, Eschweiler verwarnte Hartwig. Von diesem Moment an *mußte Jimmy Spießruten laufen.* Sobald er am Ball war, wurde er ausgepfiffen. Ein Kompliment an die Lauterer Spieler. Keiner machte Eschweilers gemeines Spiel mit. Ein einziges provozierendes Wort nur, Hartwig hätte zurückgeschlagen – und Eschweiler genüßlich die rote Karte gezogen.

Wahrscheinlich hat ihm der Schiedsrichter-Beobachter für dieses Verhalten eine weitere schlechte Note ins Abschlußzeugnis ge*malt. Dieser, ein Herr Schroeck,* hatte schon nach dem Elfmeter für Kaiserslautern geschimpft: „Eine ganz klare Konzessionsentscheidung." Denn die Hamburger Hand am Ball, die Eschweiler dabei beobachtet haben will, hat nicht einmal die Zeitlupe des Fernsehens gefunden. Trotz intensiver Suche.

Der Hamburger SV wird dieses Spiel ohnehin schnell vergessen. Fast scheint es, als sei ihm der Sieg über Juventus Turin im Europapo*kalfinale der Landesmeister* wichtiger. Präsident Wolfgang Klein: „Die deutsche Meisterschaft, die auch nach wie vor unser Ziel ist, will ich bestimmt nicht abwerten. Doch der Europapokal der Meister ist das höchste Ziel, das eine Vereinsmannschaft erreichen kann."





Walter Eschweiler, die „schwarze Diva vom Rhein", griff, wie immer froh gelaunt, aktiv ins Spiel ein (links). Am Ende konnte sich nur der Hamburger SV freuen (rechts Horst Hrubesch und Ditmar Jakobs). FOTOS: SVEN SIMON

Tabelle nach dem 32. Spieltag

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	32	18	12	2	72:32	48:16	40:11	27:5	32:21	21:11
2. Bremen	32	21	6	5	72:36	48:16	49:14	30:2	23:22	18:14
3. Stuttgart	32	18	8	6	75:44	44:20	46:20	26:6	29:24	18:14
4. München	32	16	10	6	71:30	42:22	43:8	25:7	28:22	17:15
5. Köln	32	16	9	7	65:38	41:23	42:16	27:5	23:22	14:18
6. K'lautern	32	14	13	5	53:37	41:23	41:15	28:4	12:22	13:19
7. Dortmund	32	16	7	9	74:51	39:25	49:22	24:8	25:29	15:17
8. Frankfurt	32	12	5	15	47:51	29:35	36:12	25:7	11:39	4:28
9. Düsseldorf	32	10	8	14	57:72	28:36	38:34	20:12	19:38	8:24
10. Nürnberg	32	11	6	15	42:61	28:36	29:20	23:9	13:41	5:27
11. Bielefeld	32	11	6	15	43:69	28:36	34:20	23:9	9:49	5:27
12. Bochum	32	7	12	13	35:46	26:38	24:19	17:15	11:27	9:23
13. Braunschw.	32	8	10	14	38:59	26:38	25:18	19:13	13:41	7:25
14. Leverkusen	32	8	9	15	37:64	25:39	18:17	18:14	19:47	7:25
15. *Gladbach*	32	10	4	18	54:57	24:40	35:20	19:13	19:37	5:27
16. Schalke	32	7	6	19	46:66	20:44	27:26	15:17	19:40	5:27
17. Karlsruhe	32	7	6	19	37:82	20:44	22:20	18:14	15:62	2:30
18. Hertha	32	5	9	18	38:61	19:45	24:22	15:17	14:39	4:28

Eike Immel gleitet nicht nur der Ball durch die Hände – Torwart in der Krise

Von ULRICH DOST

Am 7. Juni beim Länderspiel gegen Jugoslawien wird **Eike Immel** (22) *zum* fünften Mal *im* Tor der deutschen Nationalmannschaft stehen. Nicht etwa, daß der Dortmunder sich durch gute Leistungen aufgedrängt hätte. **Harald Schumacher** (28), eindeutig die Nummer eins in Deutschland auf dieser Position, will es so, denn er selbst möchte sich für das Pokalfinale (11. Juni) des 1. FC Köln gegen Fortuna Köln schonen. Derzeit sieht es jedoch so aus, als würde Schumacher damit seinem Stellvertreter eher einen Bärendienst erweisen. Denn Immel steht sich selbst am meisten im Weg, er ist außer Form, die Bälle fliegen nur so an ihm vorbei ins Tor.

Fünf gefährliche Schüsse kamen beim 4:4 gegen Bayern München auf sein Tor – vier davon trafen. Den fünften Ball hielt er erst in der 88. Minute. Fürwahr eine schlechte Bilanz für einen, der vorgibt, hinter Schumacher unumstritten die Nummer zwei zu sein. Doch was ist *los mit diesem* jungen Mann, dem von vielen Seiten eine ähnliche Karriere wie dem Münchner **Sepp Maier** (39) prophezeit wurde, dessen Talent verspricht, daß er einmal ein ganz Großer werden kann?

Seine derzeitige Formschwäche scheint wohl eher in der Vergangenheit die Ursachen zu haben. Privater Ärger zerrt zu sehr an seinen Nerven. Angefangen hatte es damit, daß sich Immel von seiner langjährigen Freundin **Martina** (21) trennte. **Ulrike Bücker** (22), hübsche Tochter des Handball-Obmanns **Uli Bücker** (48) vom OSV Dortmund, hatte dem Nationaltorwart schöne Augen gemacht. Immel zog aus dem Reihenhaus im Dortmunder Vorort Aplerbeck, versprach aber der alleingelassenen Martina, daß er anderthalb Jahre die Miete für das Haus weiterzahlen würde.

Mit Ulrike zog es ihn dann weiter in eine Nobelvilla, für die Immel **780 000 Mark** *bezahlen* sollte. Großer Garten, Schwimmbad, Sauna – nur vom Feinsten. Die Makler rieben sich die Hände, sie hatten schon nicht mehr damit gerechnet, einen Käufer zu finden. Dem Torwart aber wuchsen die finanziellen Probleme immer mehr über den Kopf. Das hinderte ihn aber nicht, sich einen Mercedes 500 zu kaufen. *Den wird er aber nicht mehr lange fahren* – ein neuer Porsche ist schon bestellt. Das wäre für den 22jährigen immerhin der vierte.

Von seiner Spielleidenschaft kann Immel auch nicht lassen. Im schwarzen Anzug mit Fliege ließ er sich unlängst im Café „Creme" fotografieren, einen Würfel mit Augen aus Platin in der Hand. Der Fotograf des Bildes sagt, Immel habe an diesem Morgen Backgammon gespielt und in anderthalb Stunden rund *8000* Mark verloren. Dieser Lebensstil ist eigentlich *recht üppig für einen, der 250 000* Mark plus Prämien im Jahr verdient. Das Geld gleitet ihm nur so durch die Hände, die Bälle kann er auch immer seltener festhalten.



*

Udo Lattek (48) kann also doch noch getrost einige Tage Urlaub in Spanien machen. Der FC Bayern kommt noch ohne ihn aus, denn die UEFA-Pokal-Teilnahme (Lattek: „Ich will auch im nächsten Jahr international dabeisein.") werden die Spieler ihm als Morgengabe gleich mit auf den Weg geben. Nach dem 4:4 in Dortmund dürfte den Bayern jedenfalls ein UEFA-Cup-Platz nicht mehr zu nehmen sein.

Während Lattek sich noch *erholt*, dürfte **Reinhard Saftig** (31), der die Bayern nach der Entlassung von **Pal Csernai** (51) bis zum Saisonende betreut, schon *fast* urlaubsreif sein. Nach dem Spiel in Dortmund jedenfalls stöhnte Saftig: „Ich bin jetzt 31 Jahre alt. Wenn es so weitergeht, werde ich das 50. Lebensjahr nicht mehr er*reichen.*" *So aufregende* Spiele *wie* das 4:4 in Dortmund stehen ja nicht alle Tage an, doch der junge Trainer bekommt in den zwei restlichen Spielen noch genügend Probleme. Hier und heute weiß er nicht einmal so recht, ob er am nächsten Samstag gegen Schalke 04 überhaupt eine Mannschaft zusammenbekommt. Auf **Wolfgang Dremmler** (28) muß er wegen des Platzverweises ohnehin verzichten, **Klaus Augenthaler** (25) sah in *Dortmund die* siebte gelbe Karte und muß ebenfalls zuschauen. **Wolfgang Kraus** (29) droht in den nächsten Tagen eine Operation, und auch Libero **Bertram Beierlorzer** (25) fällt womöglich wegen Verletzung aus.

Ob er denn nicht schon mit dem Gedanken gespielt habe, wurde Saftig in Dortmund gefragt, im letzten Heimspiel **Paul Breitner** (31) vielleicht noch einmal spielen zu lassen. Saftig: „Wenn alle Strikke reißen, werde ich wohl mit dem Paul noch einmal reden müssen." Breitner selbst scheint daran wohl keinen Gedanken verschwendet zu haben. Gestern jedenfalls hielt er sich zu einem kurzen Urlaub in Österreich auf. In der letzten Woche aber hat Breitner wieder mit einem Lauftraining begonnen. Die Folgen der Knöchel- und Kapselverletzung aus dem Spiel in Hamburg, die ihn zur vorzeitigen Beendigung seiner Karriere zwang, hat der frühere Nationalspieler gut überwunden.

Dennoch sagt Manager **Uli Hoeneß** (32): „Der Paul hat sechs Wochen lang nicht trainiert, da wird er nicht spielen wollen." Vielleicht hofft der Manager selbst, noch zu einem weiteren Bundesligaspiel zu kommen. In der Nachwuchsrunde schoß Uli Hoeneß das 2:1 zum Erfolg gegen Borussia Mönchengladbach. Beim 3:0 in Paderborn am Sonntag kam der Manager in der Schlußphase für seinen Bruder **Dieter** (30) zum Einsatz. Interimstrainer Saftig sagt: „Unseren Manager können wir nicht aufstellen, der hat bestimmt sechs Pfund Übergewicht."

Spannung bis zum Schluß

DW. Bonn

Der Fußball-Bundesliga stehen zum Saison-Ausklang gleich mehrere Endspiele ins Haus. Nach dem 32. Spieltag liegen der Hamburger SV und Werder Bremen im Titelrennen Kopf an Kopf. Bremen schloß nach Punkten (48:16) zum Titelverteidiger auf, die Tor-Differenz ist jetzt nur noch um vier Treffer schlechter. „Ich wünsche Werder die deutsche Meisterschaft. Die Bundesliga kann einen neuen Namen an der Spitze gebrauchen", sagte Jupp Derwalls künftiger Assistent Horst Köppel, nachdem er mit Arminia Bielefeld 1:5 in Bremen verlor.

Auch am Tabellenende ist für Spannung bis zum letzten Spieltag gesorgt. Im Kampf gegen den Abstieg dürfen sich noch Schalke 04, der Karlsruher SC und Hertha BSC Hoffnungen auf den vorerst rettenden drittletzten Platz machen, der zu zwei Entscheidungsspielen gegen den Dritten der Zweiten Liga berechtigt.

Der von Werder Bremen ersehnte Ausrutscher des HSV blieb in der drittletzten Runde aus. Das 2:2 in Kaiserslautern wertete Trainer Ernst Happel als Punktgewinn: „Jetzt sind wir nicht auf Schützenhilfe anderer angewiesen." Während die Bremer am Samstag in Frankfurt antreten müssen, erwartet der HSV im Volksparkstadion Borussia Dortmund. Bremens Stürmer Norbert Meiner sagt: „Die Ausgangsposition ist für den HSV besser, aber vielleicht leistet er sich noch einen Ausrutscher." Das Saisonfinale am 4. Juni bietet das umgekehrte *Bild: Die* Hamburger reisen zum FC Schalke 04, und die Bremer erwarten den VfL Bochum.

Im Endspurt um den Klassenerhalt dürfte Schalke 04 das schwerste Restprogramm der drei Abstiegskandidaten haben. Die Schalker müssen zuerst beim FC Bayern München antreten und spielen dann im Parkstadion gegen den HSV. Karlsruhe (37:82/20:44) muß nach Leverkusen und hat dann zu Hause Arminia Bielefeld. Die Berliner (38:61/19:45) dürfen zu Hause gegen Braunschweig und in Köln noch hoffen.

● Tore: Drei Runden vor Schluß wurde der Saisonrekord eingestellt Tore hatte es auch am 24. Spieltag gegeben. Unangetastet blieb der Rekord vom vierten Spieltag der Saison 1967/68 mit 47 Toren.

● Torschützen: Der Stuttgarter Karl Allgöwer war beim 4:1 über Berlin zweimal erfolgreich und setzte sich mit 20 Treffern hinter den Bremer Rudi Völler auf den zweiten Platz der Torschützenliste. Völler erzielte ein Tor gegen Bielefeld und erhöhte sein Kontingent damit auf 22 Treffer. Die weitere Reihenfolge: Rummenigge (Bayern) 19, Littbarski (Köln), Hoeneß (Bayern) und Burgsmüller (Dortmund) je 16.

● Zuschauer: Insgesamt kamen zu den neuen Spielen des 32. Spieltages 175 369 Zuschauer (Schnitt: 19 485). Die Gesamtzahl stieg damit in dieser Saison auf 6 347 754. Den besten Besuch verzeichnete Borussia Dortmund, denn das Spiel gegen die Bayern wollten 43 000 Besucher sehen. Minusrekord gab es an diesem Wochenende in Düsseldorf, wo nur 6500 Besucher zum Spiel gegen Leverkusen kamen.

● 5 gelbe Karten: Insgesamt gab es nur 13 Verwarnungen, doch gleich vier Spieler müssen am nächsten Wochenende pausieren: Kempe (Stuttgart) und Augenthaler (München) sahen jeweils die siebte gelbe Karte, Wuttke (Schalke) und Hofeditz (Karlsruhe) die vierte.

Willi Daume – Würdigung und etwas Melancholie zum 70.

DW. Bonn

Zu seinem 60. Geburtstag hatte er sich zum Tennisspielen nach Südfrankreich verzogen. Und wäre es nach Willi Daume gegangen, dann hätte er heute seinen 70. Geburtstag ebenfalls in aller Stille gefeiert. Doch nun läßt er sich noch einmal in die Pflicht nehmen. Mit Bundespräsident Karl Carstens an der Spitze wird sich heute in der Bad Godesberger Redoute eine Festgesellschaft versammeln, um den großen alten Mann des deutschen Sports zu ehren.

Es paßt zu Willi Daume, daß er diesen Tag, seinen Ehrentag, auch zum Zeitpunkt des Nachdenkens macht. Über sich selbst und über die Arbeit, die er noch leisten kann. Der Mann, der den Sport der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege aufgebaut hat, sinniert in immer melancholischeren Tönen: „Die Zeit geht langsam zur Rüste."

Doch alle, die ihn fragen, wie lange er noch dabei sein wolle als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, als immer vorwärtstreibendes Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), bekommt als konkrete Antwort nur zu hören: „Es ist ganz sicher, daß ich das viel zu lange gemacht habe, wie übrigens andere auch."

Im IOC – er ist Mitglied auf Lebenszeit – hält ihn eigentlich nichts mehr, höchstens die „Opferbereitschaft", die der Sport, „um glaubwürdig zu bleiben", an „oberster Stelle" brauche. Es ist nicht mehr sein IOC, wenn es, wie jetzt von Präsident Samaranch forciert, sich als elitäre Organisation versteht, die sich selbst die Mitglieder wählt, die sich selbst zu allem Möglichen bevollmächtigt und Aufgaben an sich zieht. „Ich glaube, das geht auf die Dauer nicht gut", sagt Daume.

Der Besitzer einer Eisengießerei in Dortmund war 1936 Mitglied der deutschen Olympiamannschaft – als Basketballspieler. 1950 wurde er Präsident des Deutschen Sportbundes (bis 1970) und Präsident des Handball-Bundes (bis 1955). Sechs Jahre später wurde er persönliches Mitglied des IOC, 1961 Präsident des NOK. Er holte die Olympischen Spiele 1972 nach München, wurde im gleichen Jahr Vizepräsident des IOC (bis 1976). Seit 1978 ist er Vorsitzender der *IOC-Zulassungskommission.* Sein Verdienst ist es, daß der sogenannte Amateurparagraph ständig der Realität angepaßt wurde.



Daumes großer Tag: Eröffnung der Olympischen Spiele in München. FOTO: SIMON

Von HANS LENK

Man hat Willi Daume einen „Philosophen und Erneuerer" genannt. Ein Philosoph im engeren Sinne, ein Mann der bloßen Reflexion, ist er jedoch nicht. Er ist ein Mann des Handelns, der wohlabgewogenen, überlegten, reflektierten Tat gleichwohl. Zweifellos ist er einer der wenigen deutschen Sportführer, die Gespür für Geistiges, für intellektuelle Fragen und künstlerische Werte besitzen.

Ein Intellektueller des Sports? Auch dies trifft wohl nicht ganz: Daume ist kein kalter, kritische Sonden wetzender Intellektueller. Jedoch ist er ein Mann der Kunst, der Begeisterung, der opfernden Identifikation. Ein praxiszugewandter Literat des Sports, ein Künstler wohl nach Lebensstil, Wunsch und Orientierung. Geschmack, Gespür, Gefühl für Stil, Niveau, Ästhetik – dies bezeichnet Daumes *Lebensstil:* Ein Ästhetiker in den rauhen Wellen der oft auch ihm nicht günstigen Kreuzseen von Sport und Politik. Einzigartig diese Kombination, unverwechselbar – leider macht sie in der rauhen Wirklichkeit nicht Schule.

Willi Daume ist ein Lichtblick des Geistigen und Künstlerischen in der weitgehend von Technokraten, Bürokraten und Möchtegern-Potentaten beherrschten Welt des Sports von heute. Macht, Kommerz und Publicity – kurz: Politik im weitesten Sinne – drohen künftig den Sport noch mehr „in den Griff" zu nehmen. Willi Daume bleibt ein Symbol, Mahner und Beispiel für die bessere, die eigentliche, echte Seite des Sports. Sein Herz war immer offen für die Jungen, die Aktiven, die Athleten, denen er 25 Jahre nach der Entwicklung des Leitbilds vom „mündigen Athleten" zu weltweiter Resonanz bei seinem Olympischen Kongreß in Baden-Baden verhalf. Sein flammender Appell dort für die Jugend, für deren intellektuelle und olympische Probleme wird unvergessen bleiben. Sein *Einsatz für die* Olympischen Spiele von München bedarf keiner weiteren Erklärungen. Sein Kampf gegen den Olympiaboykott von 1980 auch nicht. Gerade durch ihn müßte er erfahren, *daß ihn die Kreuzseen mehr* beutelten als andere. Standhaft, sportlich, gab er nicht auf, sondern blieb seinen Idealen treu.

Trotz mancher bitteren Niederlage ist er erfolgreichster Anwalt des Geistes und der Kunst im Sport. Mögen andere ebenfalls Symbol gewesen sein, er war trotz seiner zögernden Art ungemein erfolgreich auf dem rauhen Meer der Öffentlichkeit. Es grenzt schon an ein Wunder, daß ein personifizierter Antitechnokrat, Antibürokrat, Antipotentat dem Sport der Bundesrepublik so nachdrücklich seinen Stempel aufprägen konnte.

Ein Wunder? Jedenfalls ein Glücksfall. In den ruppiger werdenden Kreuzseen der Zukunft scheint ein solch glückliches Zusammenwirken von Kunst, Geist und Handeln kaum noch vorstellbar. In seiner gefährdeten Phase bedarf der echte Sport dringlich solcher beispielgebenden Symbolpersönlichkeiten. Daume dokumentiert in Personalunion, daß es im Sport um sehr viel mehr geht als bloß um Sport. Für die echte, innere, letztlich geistige Welt des Sports gilt: Gäbe es Willi Daume, das Symbol des Besseren im Sport, nicht, man müßte ihn erfinden!

Möge das Symbol noch lange wirken.

*

Hans Lenk (48), Autor dieser Würdigung Willi Daumes, ist Ordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Karlsruhe. 1960 war er in Rom Ruder-Olympiasieger mit dem berühmten Kiel-Ratzeburger Deutschland-Achter.

ZWEITE LIGA

Konietzka – Trainer in der Klemme

DW. Bonn

Kuriosum in der Zweiten Fußball-Liga: Während Waldhof Mannheim und jetzt auch Kickers Offenbach fröhlich ihren Aufstieg in die Bundesliga feiern können, läuft Bayer Uerdingen Gefahr, den dritten Platz noch zu verlieren. Ausgerechnet gegen die Mannschaft, die von Uerdingens neuem Trainer betreut wird.

Am Sonntag kreuzte Konietzka, ab 1. Juli Cheftrainer in Uerdingen, mit Hessen Kassel in der Krefelder Grotenburg auf, gewann mit 1:0 und machte den Kampf um Platz drei wieder spannend. Nur noch einen Zähler liegt Kassel (43:29 Punkte) zwei Spieltage vor dem Saisonende hinter Uerdingen (44:28) zurück. Auch Fortuna Köln (42:30) auf Rang fünf hat trotz des 0:0 in Aachen noch einmal Hoffnung geschöpft.

Sollte am Ende die Tordifferenz den Ausschlag für die beiden Qualifikationsspiele gegen den drittletzten der Bundesliga geben, die Kölner würden als lachender Dritter an Uerdingen und Kassel vorbeiziehen. Elfmal öfter trafen die Kölner (plus 27) als Kassel, der Vorsprung gegenüber Bayer beträgt sogar 14 Treffer.

„Jetzt muß sich zeigen, wer das beste Format hat", meinte Uerdingens Trainer und Manager Hans-Dieter Tippenhauer. Weitaus redseliger war sein kommender Trainer. „Ich wußte schon bei der Vertragsunterzeichnung, daß den Spekulationen Tür und Tor geöffnet sein würden. Aber wenn es Uerdingen nicht schafft, brauche ich mich nicht schuldig zu fühlen. Die Niederlage gegen Kassel, wo ich bis zum Saisonende unter Vertrag stehe, war nicht ausschlaggebend. Die Punkte haben die Uerdinger woanders verloren", sprudelte es aus Konietzka heraus.

Das Restprogramm der drei Anwärter auf Platz drei ist in etwa gleich schwer. Vor eigener Kulisse tritt Uerdingen gegen Darmstadt 98 an, Kassel gegen Alemannia Aachen und Fortuna Köln gegen die Stuttgarter Kickers. Reisen muß Uerdingen nach Hannover, Kassel nach Stuttgart und Köln zum SC Freiburg. Spannend bleibt auch der Kampf gegen den Abstieg. Bis zu Rang 13 hinauf reicht die Liste der gefährdeten Teams. Den FC Augsburg (18.) trennen drei Punkte von der SG Wattenscheid (13.). Mit dabei ist neben Solingen, Fürth und Lüttringhausen auch der Traditionsverein Rot-Weiß Essen nach der überraschenden 0:1-Niederlage beim Absteiger Schloß-Neuhaus.

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Köln	0:0	
Offenbach – Fürth	3:2	(1:0)
Freiburg – Stuttgart	0:1	(0:1)
Solingen – Duisburg	2:0	(1:0)
Frankfurt – Wattenscheid	0:2	(0:2)
Mannheim – Osnabrück	3:0	(2:0)
Neuhaus – Essen	1:0	(0:0)
Augsburg – Darmstadt	2:1	(2:0)
Uerdingen – Kassel	0:1	(0:0)
Lüttringhausen – Hannover	6:3	(2:1)

DIE TABELLE

1. Mannheim	36	21	10	5	83:33	52:20
2. Offenbach	36	21	8	7	74:39	50:22
3. Uerdingen	36	17	10	9	57:44	44:28
4. Kassel	36	19	5	12	65:49	43:29
5. Köln	35	15	12	9	74:47	42:30
6. Stuttgart	36	16	8	12	71:49	40:32
7. Darmstadt	36	15	10	11	73:56	40:32
8. Aachen	36	15	10	11	48:48	40:32
9. Freiburg	36	12	15	9	46:44	39:33
10. Osnabrück	36	15	5	16	60:61	35:37
11. Hannover	36	12	10	14	68:68	34:38
12. Duisburg	36	13	8	15	51:54	34:38
13. Wattensch.	36	13	6	17	58:63	32:40
14. Lüttringh.	36	12	8	16	51:71	32:40
15. Essen	36	11	9	16	51:55	31:41
16. Fürth	36	10	10	16	53:70	30:42
17. Solingen	36	10	10	16	51:71	30:42
18. Augsburg	36	10	9	17	29:54	29:43
19. Frankfurt	36	8	7	21	45:83	23:49
20. Neuhaus	36	7	6	23	40:89	20:52

DIE VORSCHAU

Sonntag, 29. Mai, 15.00 Uhr: Mannheim – Freiburg, Kassel – Aachen, Darmstadt – Lüttringhausen, Wattenscheid – Augsburg, Fürth – Frankfurt, Duisburg – Schloß Neuhaus, Osnabrück – Solingen, Köln – Stuttgart, Hannover – Uerdingen, Essen – Offenbach.

GALOPP

Nandino – der Hengst vom Öko-Gestüt

H. SIEMEN, Gelsenkirchen

Gerhard Kredel ist Agraringenieur, manche nennen ihn „Mistgabel-Professor". Er hat die Verantwortung über den Zuchtbestand des Gestüts Etzean im südlichen Odenwald. Als er vor zwei Jahren einen Hengst mit Namen Nandino in den Frankfurter Rennstall von Trainer Heinz Hesse (43) ablieferte, machte er sich keine Hoffnungen: „Er war klein und unscheinbar, nichts Besonderes", sagt er noch heute. Seit dem Henckel-Rennen (90 000 Mark, 1600 m, Europa-Gruppe II) am Pfingstsonntag in Gelsenkirchen-Horst gehört dieser unscheinbare Hengst aus dem Odenwald zu den Favoriten am 4. Juli in Hamburg-Horn.

Mit fünf Längen Vorsprung siegte Nandino unter dem englischen Jockey Bruce Raymond in der klassischen Derby-Vorprüfung gegen Gestüt Fährhofs 20:10-Favoriten Abary (Georg Bocskai), der seinerseits Gestüt Schlenderhans Sheriff (Andreas Tylicki) mit einer dreiviertel Länge auf Rang drei verwies. Der Sieg von Nandino war überzeugend. Bereits 500 m vor dem Ziel ging er an Abary vorbei (Jockey Raymond: „So früh wollte ich gar nicht nach vorne") und zog ungefährdet dem Ziel entgegen. Später bekannte Bocskai: „Ich hatte gegen Nandino keine Chance."

Besitzer Heinz Weil (54), der in Frankfurt ein Gebäudereinigungs-Unternehmen betreibt, brauchte sich also keine Sorgen zu machen. Die waren allenfalls vor dem Start angebracht: Unerklärlicherweise ließ man das achtköpfige Feld bereits eine Viertelstunde vor der Startzeit auf das Geläuf, und während der Wartezeit wurde Nandino nervös. Jockey Raymond gab ein Notsignal und stieg aus dem Sattel. Daraufhin sprintete Trainer Hesse 500 m quer über die Bahn, um seinen Schützling zu beruhigen und persönlich in die Startbox zu führen.

Heinz Weil gilt mit seinem Gestüt Etzean als Außenseiter in der Branche. Er versucht den Erfolg in der Vollblutzucht mit einer ungewöhnlichen Methode: mit der anthroposophischen Lehre von Rudolf Steiner (1861–1925). Steiner ist nicht nur Begründer der bekannten Waldorf-Schule, er pries auch die wissenschaftlichen Vorteile der Naturdüngung in der Landwirtschaft. Künstlicher Dünger kommt bei Weil also nicht aufs Gestüt, und das nicht erst, seit die Öko-Bewegung modern geworden ist. Weil vor fünf Jahren: „Wir wollen in die Spitzengruppe der deutschen Gestüte einbrechen, sonst hören wir bald auf."

So ungewöhnlich wie die Aufzucht war auch die Vorbereitung von Nandino auf das Henckel-Rennen. Nach seinem überlegenen Sieg im Preis des Winterfavoriten in Köln im letzten Herbst verbrachte er den Winter im italienischen Pisa. Dort überwinterten früher auch die Pferde des legendären Italieners Federico Tesio, der mit Nearco und Ribot die beiden besten Pferde des Jahrhunderts züchtete: Weil: „Was für Tesio gut war, kann für Etzean nicht schlecht sein."

Für Nandino war es der dritte Sieg beim vierten Start. Seine einzige Niederlage bezog er vor drei Wochen im Frankfurter Steigenberger-Pokal, als er fünf Längen hinter Abary nur Dritter wurde. Diesmal war Abary fünf Längen hinter Nandino. Trainer Hesse hat dafür eine Erklärung: „Nandino mag Bahnen mit langen Linien wie Gelsenkirchen und keine runden Kurse wie Frankfurt."

Als nächster Start für Nandino vor dem Derby ist jetzt das Bremer Consul-Bayeff-Rennen am 17. Juni vorgesehen. Für das Union-Rennen, in dem 16 der letzten 18 Derby-Sieger liefen, bekam er erst gar keine Nennung. Hesse: „Die Union ist uns als Test-Rennen zu schwer, wir wollen einen leichteren Aufgalopp."





Gelassen kühle Siegerin: Chris Evert-Lloyd FOTO: WENDE



Enttäuschte Verliererin: Sylvia Hanika FOTO: SIMON

TENNIS / US-Girls beherrschen Internationale Deutsche Meisterschaften

Kühl, konsequent, fast schon brutal

DIETER LUDWIG, Berlin

Bettina Bunge sagte: „Ein Bier bitte, ein großes." Sie war die letzte der deutschen Tennisspielerinnen, die bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Berlin im Viertelfinale ausschied. Sie hatte verloren gegen die 17 Jahre alte Kathy Horvath, eine Amerikanerin mit deutscher Mutter und ungarischem Vater, einen Tennisfloh von knapp einem Zentner Gewicht, leichtfüßig und aggressiv, technisch perfekt. Bettina Bunge, die wenig später auch im Doppel mit Chris Evert-Lloyd verlor, weinte plötzlich: „Kathy hatte nichts zu verlieren, ich alles. Das ist eben der Unterschied." Bettina Bunge war in Berlin Titelverteidigerin gewesen.

Tags darauf kämpfe Kathy Horvath im Halbfinale auch Andrea Jaeger (USA) in drei Sätzen nieder. Berlin hatte einen neuen Liebling gefunden, jemanden, der bereit war, sich selbst mit aller Härte einzusetzen, um zu siegen. Im Finale unterlag sie Chris Evert-Lloyd knapper, als erwartet, mit 4:6, 6:7.

Neben Bettina Bunge verabschiedeten sich an diesem Tag auch Claudia Kohde (Saarbrücken) trotz guten Spiels gegen Andrea Jaeger und Sylvia Hanika (Berlin) gegen die Tschechoslowakin Helena Sukova. Helena Sukova, die zwei Stunden später schon wieder mit ihrem Coach Jan Kukal trainierte, hatte dann gegen Chris Evert-Lloyd keine Chance im Halbfinale.

Die frühere Wimbledon-Siegerin, ein Pendant des eiskalten Björn Borg vielleicht, spielte in Berlin ihre Fertigkeiten mit dem Schläger herunter wie ein Klaviervirtuose, der seine Finger übt. Ihre Momentauftritte betrachtete sie lediglich als Zwischenstation: „Berlin war ein gutes Training für die Französischen Meisterschaften in Paris." Vielleicht kein Kompliment an Berlin und seinen Klub Rot-Weiß, der mehr war als nur Gastgeber, der teilweise sogar Elternhaus ersetzte. Aber Amerikanerinnen im Tennis sind hart, oft sogar schon brutal.

Eine Andrea Jaeger (17) dopt sich selbst mit Haßausbrüchen: „Fucking Ball." Sie sucht Streit mit den Linienrichtern. Chris Evert-Lloyd provoziert durch eine unwahrscheinliche, dennoch aufgesetzte Gefühlskälte. Ihre Überlegenheit wirkt arrogant und reizt die Gegnerin zu Fehlern. Tennisspielerinnen aus den USA opfern Jahre ihres Lebens auf der Suche nach dem Erfolg im Tennis, sie schlagen so traumhaft und ästhetisch die Filzkugel über das Netz, daß man dem Trugschluß nachhängt, Tennis sei die leichteste Sache der Welt.

Gegen die Amerikanerinnen wirken die deutschen Mädchen regelrecht brav, keineswegs untalentiert, aber fast zu ehrlich. Das mag in der Mentalität zu suchen sein, in einem tieferen Gefühlsgang als dem der US-Girls.

Der deutsche Trainer Klaus Hofsäß: „Die Amerikanerinnen sind einfach härter gegen sich selbst. Sie spielen nur beim Frühstück die Kinder, im Grunde genommen kennen sie nur eines: Gewinnen, egal wie."

Die Amerikanerinnen zählen die Gewinndollar nicht mehr, nur noch die Siege, und die baumeln wie Skalps an ihren Blue jeans. Der Erfolg als Gefühlsersatz? In den USA scheint auch das möglich.

MOTORRAD / Vorentscheidungen in Jarama

Wimmer dachte falsch und verlor Platz zwei

DW. Jarama

In der Motorrad-Weltmeisterschaft sind die ersten Vorentscheidungen gefallen. Durch Siege beim Großen Preis von Spanien, dem fünften von zwölf WM-Läufen der Saison auf dem Grand-Prix-Kurs von Jarama bei Madrid, haben sich Vize-Weltmeister Eugenio Lazzarini (Italien/Garelli/50 ccm), Titelverteidiger Angel Nieto (Spanien/Garelli/125 ccm) und der amerikanische Nachwuchsfahrer Freddie Spencer (Honda/500 ccm) als eindeutige Titelaspiranten empfohlen. Sie führen das Gesamtklassement ihrer Kategorien sicher an. Die Ausnahme bildet die Klasse bis 250 ccm. Der Franzose Herve Guilleux (Yamaha) war im fünften Rennen des Jahres bereits der fünfte Sieger.

Auch die deutschen Fahrer hielten in der Spitzengruppe mit. Bei den 50ern wurde Gerhard Bauer (Königswinter) auf Kreidler ebenso Dritter wie der Münchner Martin Wimmer (Yamaha) bei den 250ern. Wimmer, der in den ersten fünf Runden des Rennens sogar führte, hätte auch Zweiter werden können. Nur ein Mißverständnis verhinderte das.

Was war geschehen? Zwei Runden vor Schluß signalisierte Wimmers Boxencrew die noch zu fahrende Distanz. Wimmer: „Ich dachte, die meinten meinen Vorsprung auf den nachfolgenden Fahrer. Das wären zwei Sekunden gegenüber dem Franzosen Sarron gewesen. Deshalb bin ich zum Schluß verhaltener gefahren. Ich fühlte mich ja sicher. Sarron ging dann völlig unvermutet an mir vorbei."

Held des Tages war der spanische Lokalmatador Angel Nieto. 80 000 begeisterte Zuschauer bejubelten den Mann, der 1969 seinen ersten von bisher elf Weltmeistertiteln errungen hatte, bei seinem 80. Grand-Prix-Sieg. In der ewigen Siegerliste steht der 36jährige Spanier jetzt an zweiter Stelle hinter dem 15maligen Weltmeister Giacomo Agostini (Italien/122).

Während Nieto und Lazzarini, der bisher dreimal Weltmeister war, zu den erfahrenen Fahrern zählen, strebt der erst 22jährige Honda-Werksfahrer Freddie Spencer seinem ersten Titelgewinn entgegen. In einer Neuauflage des Duells zwischen Honda und Yamaha ließ Spencer in seiner ersten europäischen Grand-Prix-Saison den früheren Weltmeister Kenny Roberts (USA) keine Chance. Spencer gewann in dieser Saison bisher von fünf Rennen vier.

Mit 68 Punkten ist Freddie Spencer seinem Lehrmeister Kenny Roberts (47 Punkte) schon weit voraus. Bei der Überlegenheit der Hondas – Dritter wurde der japanische Rockmusiker und frühere Weltmeister Takazumi Katayama – ist dies sieben Rennen vor Saisonschluß schon eine Vorentscheidung.

SPORT-NACHRICHTEN

Frankreich Europameister

London (sid) – Die Junioren (unter 18 Jahren) aus Frankreich gewannen zum zweiten Mal nach 1949 die Fußball-Europameisterschaft. In London besiegten sie im Endspiel die CSSR mit 1:0.

Finale wird wiederholt

London (sid) – Wie schon in den letzten beiden Jahren muß das Finale um den englischen Fußball-Pokal wiederholt werden. Manchester United und Brighton and Hove Albion treffen nach dem 2:2 nach Verlängerung vor 100 000 Zuschauern im Londoner Wembley-Stadion am Donnerstag erneut aufeinander.

Hockey: Cup für Den Haag

Den Haag (sid) – Die Damen von RTHC Bayer Leverkusen erreichten beim Hockey-Turnier um den Europapokal der Landesmeister in Den Haag das Finale, mußten sich dort aber gegen den HGC Den Haag nach Verlängerung mit 0:2 geschlagen geben.

Box-Weltmeister siegten

Las Vegas (sid) – Alle drei Weltmeister verteidigten bei der Profiboxveranstaltung in Las Vegas ihre Titel durch Punktsiege. Larry Holmes, Titelträger im Schwergewicht nach Version des World-Boxing Council (WBC), besiegte Tim Witherspoon (USA), Schwergewichtler Michael Dokes (USA), Weltmeister des Konkurrenz-Verbandes World-Boxing Association (WBA), bezwang Mike Weaver (USA) und Osvaldo Ocasio (Puerto Rico) setzte sich im Leichtschwergewicht gegen seinen Herausforderer Randy Stephens (USA) durch.

Supercup an Gummersbach

Dortmund (sid) – Nach dem Gewinn des Europapokals der Landesmeister holte der VfL Gummersbach auch den Handball-Supercup. In Dortmund besiegten die Gummersbacher den Europapokalsieger der Pokalsieger SKA Minsk mit 17:16. – Nach Wunderlich will der FC Barcelona auch den Gummersbacher Trainer Petre Ivanescu verpflichten.

Squash-Titel an Schweden

München (sid) – Schweden sicherte sich durch einen 3:2-Erfolg über England in München die Squash-Europameisterschaft der Herren. Bei den Damen setzte sich das englische Team mit 3:0 gegen Irland durch.

Spandau blieb unbesiegt

Paderborn (sid) – Spandau 04 Berlin gewann das 12. Endturnier um den deutschen Wasserball-Pokal in Paderborn ohne Niederlage. Damit sicherten sich die Spandauer den Pokal bereits zum fünften Mal hintereinander.

Aberdeen Pokalsieger

Glasgow (dpa) – Zehn Tage nach dem Sieg im Europapokal der Pokalsieger gewann der FC Aberdeen auch das Finale um den schottischen Fußball-Pokal. In Glasgow besiegte der FC Aberdeen die Glasgow Rangers nach Verlängerung mit 1:0. – Im Endspiel um den spanischen Pokal treffen Real Mardrid und der CF Bardelona am 4. Juni aufeinander. Madrid schaltete im Halbfinale Sporting Gijon (0:4, 6:0) aus, Barcelona setzte sich gegen Real San Sebastian (2:1, 2:0) durch.

Chinaglia Klub-Eigner?

Rom (sid) – Der frühere italienische Fußball-Nationalspieler Giorgio Chinaglia, der bei Cosmos New York unter Vertrag steht, will bei einem Aufstieg von Lazio Rom in die erste Liga seinen früheren Verein für etwa 17,2 Millionen Mark kaufen.

Saronni weiter vorn

Bibbiena (dpa) – Palmiro Masciarelli (Italien) gewann die zehnte Etappe des Giro d'Italia über 232 Kilometer von Montefiascone nach Bibbiena im Spurt vor dem Schweizer Siegfried Hekimi. In der Gesamtwertung führt weiterhin Rad-Weltmeister Giuseppe Saronni (Italien). Dietrich Thurau (Frankfurt) ist mit einem Rückstand von 48 Sekunden auf Saronni Fünfter.

Falk Boden Erster

Prag (sid) – Falk Boden („DDR") gewann die 36. Fernfahrt der Radamateure von Warschau nach Prag über 12 Etappen.

Qualifikation verpaßt

Debrecen (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Herren nimmt nicht an der Europameisterschaft teil. Im letzten Qualifikationsspiel unterlag sie gegen Ungarn in Debrecen mit 0:3.

FORMEL 1 / Klarer Sieg des Franzosen Alain Prost in Spa – Manfred Winkelhock wieder ausgeschieden

Das Protest-Geplänkel dauerte länger als das ganze Rennen

DIETER SCHULZ, Spa

Das Rennen nach dem Rennen dauerte zwei Stunden: Williams gegen Renault und Ferrari, Brabham gegen Renault, Renault gegen Williams. Von diesem – letztendlich folgenlosen – Protest-Geplänkel wurde der überlegene Sieg des 28 Jahre alten Franzosen Alain Prost auf Renault-Turbo im Großen Preis von Belgien in Spa überschattet. Der sechste Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, der erste auf dem umgebauten Ardennenkurs seit 1970, endete wie er begonnen hatte: in einem Chaos.

Schon der erste Versuch, das 26 Wagen umfassende Feld zu starten, war gescheitert. Angeblich hatte der Italiener Andrea de Cesaris einen Fehlstart verursacht. Später schob man dessen Landsmann Bruno Giacomelli die Schuld zu. Tatsächlich hatten der Schweizer Marc Surer, der Franzose Jacques Laffite und der Italiener Elio de Angelis für Verwirrung gesorgt, als ihre Motoren unmittelbar vor dem Start nicht liefen.

Es folgte eine erneute Startaufstellung und damit der erste Protestgrund. Renault und Ferrari sollen dabei unerlaubterweise getankt haben. „Wir wollten", gab Renault-Rennleiter Jean Sage zu, „doch die Anlage funktionierte nicht". Ergebnis: 5000 Dollar Strafe, weil Benzin auf die Strecke transportiert wurde. Ferrari blieb ungeschoren.

Verworfen wurde der Protest von Brabham gegen die Auspuffanlage von Renault und der Einspruch der Franzosen, die Williams-Wagen des finnischen Weltmeisters Keke Rosberg (Fünfter) und des Franzosen Jacques Laffite (Sechster) seien nicht rechtzeitig in den geschlossenen Parkplatz für die Renn-Kommissäre gebracht worden.

Manfred Winkelhock, einziger deutscher Formel-1-Fahrer und seit Anfang 1982 in Diensten des seit 1977 am Grand-Prix-Geschäft beteiligten ATS-Rennstalles, ist weiterhin vom Pech verfolgt. Der erhoffte Aufwärtstrend mit dem 130 000 teuren BMW-Turbomotor trat nicht ein.

In Spa gab der 30 Jahre alte Winkelhock, elf Runden lang an sechster Position, ein Beispiel seiner fahrerischen Möglichkeiten und des durchaus schnellen ATS. Dann streikte die Benzineinspritzung. Er fiel auf den letzten Platz zurück. In der 19. Runde führte dann ein Felgenbettbruch am hinteren rechten Rad zum vierten Ausfall beim sechsten Start der Saison. Teamchef Günter Schmid wandte sich enttäuscht ab. Immerhin ist er Mitinhaber des größten europäischen Felgenherstellers.

Tatsache ist: Die Kombination Winkelhock–ATS–BMW funktioniert. Nur hindert Pech den Waiblinger daran, endlich WM-Punkte zu gewinnen. Kritisch anzumerken ist aber auch fehlende Sorgfalt. Beispiel: Am Freitag, beim Regentraining, fiel der ATS von Winkelhock aus, der Ersatzwagen aber sprang nicht an. Schmid drohte: „Ich schicke Manfred dann nicht ins Rennen." Das war gegenstandslos, als die perplexen Motoren- und Elektronenexperten den Grund fanden: Beim letzten Laderwechsel hatte man vergessen, eine Plastikkappe über einen Ansauger zu entfernen. Der Motor sprang sofort an.

Drei Titelanwärter gibt es nach dem Rennen in Spa: Prost, den brasilianischen Ex-Weltmeister Nelson Piquet (Brabham-BMW) und den Franzosen Patrick Tambay (Ferrari-Turbo). Titelverteidiger Rosberg (Finnland) scheint ohne Turbo-Motor chancenlos.

LEICHTATHLETIK / Frauen-Weltrekord im Diskuswerfen – Ferners großes Rennen in Fürth

Gerd Nagel besiegte seinen Regen-Komplex

U. F./dpa/sid, Eberstadt

Als die Latte auf 2,24 Meter lag, setzte der große Regen ein. Und so gab es erstmals nach vier Jahren keine 2,30-Meter-Sprünge im württembergischen Weinort Eberstadt. Der Frankfurter Weltcup-Zweite Gerd Nagel wurde vor 3000 Zuschauern mit 2,27 m Sieger in der ersten Weltmeisterschafts-Qualifikation der deutschen Hochspringer. „Das Wichtigste ist, daß er im Duell mit sieben 2,30-m-Springern endlich seinen Regen-Komplex besiegt hat", kommentierte sein Trainer Günther Eisinger. Und Gerd Nagel sagte: „Die Motivation war ungeheuer stark. Ich wollte sehr hoch springen, denn schon beim Einspringen habe ich gemerkt, daß Höhen von 2,30 m möglich waren."

Noch vor acht Monaten waren dem 24 Jahre alten Jurastudenten bei den Europameisterschaften in Athen die Felle davongeschwommen. Im Regen-Finale gewann er nur Bronze, seine 2,24 m standen in keinem Verhältnis zu seinem damaligen Leistungsvermögen. Nun schlug er unter ähnlichen miserablen Bedingungen seine Bezwinger und ein Feld mit renommierten Konkurrenten: Der zweimalige Sieger von Eberstadt, Roland Dalhäuser aus der Schweiz, teilte sich mit dem Olympiasieger von 1976, dem Polen Jacek Wszola, Platz zwei, und als Vierter übersprang dessen Landsmann, Vize-Europameister Janusz Trzepizur, ebenfalls 2,27 m.

Wszola, der bis zum 30. April 1983 von seinem Verband gesperrt war, weil er in Schuhen und Sportdreß eines japanischen Herstellers startete, kam überraschend nach Eberstadt. Im August 1982 hatte der frühere Weltrekordler (2,35 Meter 1980 in Eberstadt) seinen letzten großen internationalen Wettkampf bestritten. In Eberstadt gelang ihm jetzt ein Comeback mit einem Sprung über 2,27 Meter im strömenden Regen und gleich im ersten Versuch. Wszola dazu: „Die 2,30 m habe ich wohl dann nicht gepackt, weil ich mir einbildete, im Regen könne man einfach nicht so hoch springen." So machte er sich aus den Versuchen über diese Höhe einen Jux und sprang – des Regens wegen – mit einem Hut ...

Europameister Dietmar Mögenburg und Hallen-Europameister Carlo Thränhardt (beide Köln) hatten technische Schwierigkeiten und wurden mit übersprungenen 2,24 m Fünfter und Sechster.

Im Mittelpunkt des internationalen Sportfestes von Fürth stand der 800-m-Lauf der Männer. In diesem Rennen mußte sich Europameister Hans-Peter Ferner (Ingolstadt) in der neuen persönlichen Bestzeit von 1:44,93 Minuten dem ehemaligen Weltcup-Sieger James Maina (Kenia) um eine Zehntelsekunde geschlagen geben. Dritter wurde Hürden-Europameister Harald Schmid (Gelnhausen) in 1:45,49 Minuten.

„Ich wußte, daß ich schon in sehr guter Form bin, doch im ersten Rennen unter 1:45 Minuten zu bleiben, das hätte ich mir kaum träumen lassen", meinte Ferner nach dem großartigen 800-m-Lauf. Auf der Zielgeraden fehlte ihm dann die Kraft, um das Finish von James Maina zu kontern. „Doch ich merkte sehr früh, daß ich Harald Schmid noch packe." Schmid dazu: „Vielleicht fehlte mir deshalb die Kraft, weil sich eine leichte Erkältung andeutet."

Gleich zum Auftakt der fünfstündigen Veranstaltung sah es nach dem ersten deutschen Rekord der Saison 1983 aus. Dem Düsseldorfer Dreispringer Peter Bouschen gelang im zweiten Versuch die großartige Weite von 17,19 m. Damit übertraf er als erster Athlet des DLV die 17-Meter-Marke. Doch wegen zu starker Windunterstützung (2,4 Meter pro Sekunde) konnte die Leistung des 23jährigen nicht anerkannt werden. In Rehlingen erzielte der Darmstädter Hammerwerfer Klaus Ploghaus 80,04 m. Zweiter wurde Sahner (Saarbrükken) mit 77,88 m vor Riehm (Wattenscheid), der 77,56 m erreichte.

Sechs Zehnkämpfer der „DDR" über 8000 Punkte

dpa/sid, Leselidse

Weite Würfe bestimmten die Leichtathletik-Veranstaltungen über Pfingsten. Für das herausragende Ergebnis sorgte die 29 Jahre alte Sowjetrussin Galina Sawinkowa mit dem neuen Diskus-Weltrekord von 73,26 m. Die Sportlehrerin aus Krasnodar, jeweils Dritte beim Weltcup 1981 und bei den Europameisterschaften 1982, übertraf die bisherige Höchstleistung der Bulgarin Maria Wergowa (71,80 m) gleich um 1,46 m. Die neue Weltrekordlerin hatte bisher eine persönliche Bestleistung von 69,90 m.

Unter den insgesamt neun Weltjahresbestleistungen der Pfingstfeiertage ragten außerdem Sofia Sakorafas (Griechenland) 72,00 m mit dem Speer und Sergej Litwinows (UdSSR) 83,10 m mit dem Hammer – drittweitester Wurf der Leichtathletik-Geschichte – heraus. Beide Resultate wurden in Chanea auf Kreta erzielt.

In die Nähe des Weltrekordes kam auch Hallen-Europameisterin Tamara Bykowa (UdSSR), die in Sofia den ersten Zwei-Meter-Hochsprung des WM-Jahres schaffte. Für die Kuriosität des Wochenendes sorgte Pietro Mennea: Der fast 31jährige Italiener verbesserte in Cassino über 150 Meter seinen eigenen elf Jahre alten Weltrekord von 15,1 auf 14,8 Sekunden.

Neben dem Weltrekord der Sowjetrussin Sawinkowa schleuderten auch die „DDR"-Werferinnen Gisela Beyer (70,40 m) und Martina Opitz (70,26) den Diskus in Neubrandenburg auf Weltklasse-Weiten. Im Speerwerfen bewies Weltrekordlerin Sofia Sakorafa (74,20 m) eine Woche nach ihrer Hochzeit mit dem zweitbesten Ergebnis aller Zeiten zwar ihre Überlegenheit in dieser Disziplin, doch sie hat Konkurrenz bekommen. Mit dem neuen „DDR"-Rekord von 71,00 m übertraf Antje Kempe in Sofia als erste Deutsche die 70-m-Marke.

Einsame Spitze bleibt nach wie vor Ilona Slupianek im Kugelstoßen. Die „DDR"-Athletin erzielte in Sofia 21,87 m und nähert sich unaufhaltsam ihrem eigenen Weltrekord (22,45 m). In Liane Schmuhl (20,82 m in Neubrandenburg) hat sie die härteste Gegnerin in den eigenen Reihen. Bei den Männern sind die „DDR"-Stoßer für den zu erwartenden Zweikampf gegen die USA gerüstet. Europameister Udo Beyer siegte in Neubrandenburg mit 21,55 m vor Ulf Timmermann (21,36). Nur Kevin Akins (USA) war in diesem Jahr schon sechs Zentimeter besser.

Zwei bisher international kaum bekannte Bulgarinnen steuerten in Sofia unerwartete Weltjahresbestleistungen bei. Über 100 m Hürden erreichte Ginka Zagorchewa 12,57 Sekunden, und über 200 m sprintete Nadeschda Georgiewa mit 22,42 Sekunden schnurstracks in die Weltspitze.

Auf hohem Niveau bewegten sich die „DDR"-Mehrkämpfer bei ihren Titelkämpfen in Neubrandenburg. In Abwesenheit von Weltkrekordlerin Ramona Neubert gewann Anke Vater mit 6515 Punkten, das fünftbeste Siebenkampf-Resultat überhaupt. Sabine Thiel belegte Platz drei mit dem neuen Junioren-Weltrekord von 6301 Punkten. Im Zehnkampf verteidigte Torsten Voss mit 8337 Punkten seinen Titel erfolgreich und war einer von sechs Athleten, die mehr als 8000 Punkte erreichten. Seine Stärke als Zehnkämpfer unterstrich dabei erneut Gerd Wessig, der Weltrekordler und Olympiasieger von 1980 im Hochsprung (2,36 m). Er wurde in Neubrandenburg Sechster mit 8015 Punkten.

Gute Leistungen zum Auftakt der Weltmeisterschafts-Saison gab es in Prag auch durch die tschechoslowakischen Athleten und Athletinnen. Josef Kubes stieß die Kugel 21,16 m weit. Landesrekord erzielte Frantisek Vrbka mit 74,76 m im Hammerwurf, Zdena Silhava siegte im Diskuswurf mit 67,66 m und die Weltcup-Zweite Jarmila Kratochvilova im 200-m-Lauf mit 22,56 Sekunden.

Gehrmann entlassen

dpa, Fürth

„Deutscher Leichtathletik-Verband kündigt Trainer Gehrmann fristlos", hieß es auf einem gelben Blatt. Eine Woche vor dem Gerichtstermin, bei dem Christian Gehrmann per einstweiliger Verfügung die im März vom Verband über ihn verhängte Einsatzsperre bei internationalen Wettkämpfen rückgängig machen lassen wollte, war der Trainer der seit Jahren erfolgreichsten Diskuswerferinnen und Kugelstoßerinnen plötzlich ohne Amt.

Gehrmann war über einen Werbevertrag mit einer Nahrungsmittelfirma gestolpert, die für die Vermarktung von Diskus-Rekordlerin Ingra Manecke seit September 1982 monatlich 500 Mark überweist. Diesen Vertrag will Gehrmann ohne Wissen der Athletin unterschrieben haben. Auch vom auf ihren Namen eingerichteten Sperrkonto hat die Werferin „am Pfingstsamstagabend erstmals etwas gehört".

Die Firma gehört zu den DLV-Ausrüstern. Gehrmann wiederum war beim bayerischen Landesverband beschäftigt.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

EM-Qualifikationsspiel, Gruppe 2: UdSSR – Polen 1:1 (0:1).

1. UdSSR	3 2 1 0	8:1	5:1
2. Portugal	3 2 0 1	4:6	4:2
3. Polen	4 1 2 1	6:6	4:4
4. Finnland	4 0 1 3	3:8	1:7

Junioren-Europameisterschaft in London, Endspiel: Frankreich – CSSR 1:0 (1:0), um Platz 3: England – Italien 4:2 (1:1, 1:1) nach Elfmeterschießen.

HANDBALL

Supercup-Endspiel in Dortmund: Gummersbach – Minsk 17:16 (8:5). – DHB-Pokal, Viertelfinale, Herren: Wülfrath-Ratingen – Essen 18:19, Schwabing – Göppingen 30:27, Schutterwald – Emsdetten 18:22.

MOTORSPORT

Großer Preis von Belgien in Spa, sechster von 16 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft, 40 Runden = 276,0 km: 1. Prost (Frankreich) Renault-Turbo 1:27:11,50 Std., 2. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo 23,18 Sek. zur., 3. Cheever (USA) Renault-Turbo 29,85, 4. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo 42,29, 5. Rosberg (Finnland) Williams-Ford 50,48, 6. Laffite (Frankreich) Williams-Ford 1:33,10 Min., 7. Warwick (England) Toleman-Hart-Turbo 1:58,53, 8. Giacomelli (Italien) Toleman-Hart-Turbo 2:38,27, eine Runde zur.: 9. de Angelis (Italien) Lotus-Renault-Turbo, 10. Cecotto (Venezuela) Theodore-Ensign-Ford.

MOTORRAD

Großer Preis von Spanien in Jarama, fünfter Lauf zur Straßen-Weltmeisterschaft: Klasse bis 50 ccm, 19 Runden: 1. Lazzarini (Italien) Garelli 34:51,30 Min., 2. Dörflinger (Schweiz) Kreidler 35:10,65, 3. Martinez (Spanien) Matrakit 35:19,10, 4. Lusuardi (Italien) Villa 35:19,19, 5. Bauer (Deutschland) Kreidler 35:20,43. – Stand in der WM-Wertung nach vier Läufen: 1. Lazzarini 54 Punkte, 2. Dörflinger 42, 3. Looyensteijn (Holland) 28, 4. Klein 21, 5. Lusuardi 20. – Klasse bis 125 ccm: 1. Nieto (Spanien) Garelli 46:42,95, 2. Lazzarini 46:43,21, 3. Bianchi (Italien) Sanvenero 46:43,40, 4. Vitali (Italien) MBA 46:57,41, 5. Kneubühler (Schweiz) MBA 47:08,17. – Stand in der WM-Wertung: 1. Nieto 45, 2. Lazzarini 36, 3. Vitali 26, 4. Kneubühler und Tormo je 24. – Klasse bis 250 ccm: 1. Guilleux (Frankreich) Kawasaki 48:58,97 Min., 2. Sarron (Frankreich) Yamaha 49:03,99, 3. Wimmer (Deutschland) Yamaha 49:04,56, 4. Pons (Spanien) Kobax 49:04,88, 5. Espie (Frankreich) Chevallier 49:10,50, 6. Balde (Frankreich) Chevallier 49:11,09. – Stand in der WM-Wertung: 1. Lavado (Venezuela) 38, 2. de Radigues (Belgien) 32, 3. Guilleux 30, 4. Fernandez (Frankreich) 25, 5. Balde und Cornu je 24, 7. Wimmer 21. – Klasse bis 500 ccm: 1. Spencer (USA) Honda 56:17,46 Min., 2. Roberts (USA) Yamaha 56:18,01, 3. Katayama (Japan) Honda 56:49,81, 4. Mamola (USA) Suzuki 57:22,66, 5. Uncini (Italien) Suzuki 57:33,08. – Stand in der WM-Wertung: 1. Spencer 68, 2. Roberts 47, 3. Mamola 29, 4. Katayama 28, 5. Lucchinelli 25.

RADSPORT

16. Etappe des 66. Giro d'Italia für Profis von Montefiascone nach Bibbiena über 232 km: 1. Masciarelli (Italien) 6:58 Std., 2. Hekimi (Schweiz) gleiche Zeit, 3. Bonnet (Frankreich) 1:23 Min. zur., 4. Bertacco (Italien) 1:28, 5. Saronni (Italien) 4:39. – Gesamtwertung: 1. Saronni 48:55:30 Std., 2. Contini 8 Sek. zur. 3. Panizza 45 Sek., 4. Lejarreta (Spanien) 47, 5. Thurau (Deutschland) 48.

LEICHTATHLETIK

Internationaler Hochsprung-Wettbewerb der Männer in Eberstadt: 1. Nagel (Deutschland) 2,27 m, 2. Dalhäuser (Schweiz) 2,27, 3. Wszola (Polen) 2,27, 4. Trzepizur (Polen) 2,27, 5. Thränhardt 2,24, 6. Mögenburg 2,24, 7. Schneider (alle Deutschland) 2,24, 8. Joy (Kanada) 2,20, 9. Ehlke (Deutschland) 2,20, 10. Dovaston (Kanada) 2,15.

Internationales Sportfest in Fürth: Männer, 100 m: 1. Lattany (USA) 10,13 Sek., 2. Haas (Deutschland) 10,30. – 200 m: 1. Nagy (Ungarn) 20,76, 2. Pradzynski (Polen) 20,93, 3. Lübke (Deutschland) 21,09. – 400 m: 1. Skamrahl 45,50, 2. Weppler (beide Deutschland) 46,09. – 800 m: 1. Maina (Kenia) 1:44,83 (Weltjahresbestleistung), 2. Ferner 1:44,93, 3. Schmid (beide Deutschland) 1:45,49. – 1500 m: 1. Mänkemeyer (Deutschland) 3:41,95, 2. Wirz (Schweiz) 3:42,36. – 3000 m: 1. Zdravkovic (Jugoslawien) 7:49,80, 2. Ruto (Kenia) 7:49,95. – 110 m Hürden: 1. Schumann 13,85, 2. Radzey 13,88, 3. Schoch (alle Deutschland) 14,03. – 400 m Hürden: 1. Weber 50,07, 2. Höhle 50,80, 3. Schmitt (alle Deutschland) 51,03. – Weitsprung: 1. Gloor (Schweiz) 7,96 m, ... 3. Busse (Deutschland) 7,80. – Dreisprung: 1. Bouschen 17,19, 2. Henderson 16,35, 3. Knabe (alle Deutschland) 16,28. – Stabhoch: 1. Wesp (Deutschland) 5,30, 2. Kozakiewicz (Polen) 5,20. – Speer: 1. Gorak (Polen) 87,40, 2. Schreiber (Deutschland) 82,50. – Frauen: 100 m: 1. Vollmer 11,54 Sek., 2. Klösters 11,55, 3. Thimm (alle Deutschland) 11,67. – 200 m: 1. Thimm 23,44, 2. Gaugel 23,66, 3. Vöcking (alle Deutschland) 23,70. – 800 m: 1. Klinger 2:00,43 Min., 2. Krott 2:00,86, 3. Kleinbrahm (alle Deutschland) 2:02,46. – 1500 m: 1. Lowin (Rumänien) 4:07,48, 2. Bürki (Schweiz) 4:07,85, 3. Kraus (Deutschland) 4:08,01. – 100 m Hürden: 1. Kalek (Polen) 13,04 Sek., 2. Denk (Deutschland) 13,18. – 400 m Hürden: 1. Wagner (Deutschland) 55,19, 2. Blaszka (Polen) 55,97. – Weitsprung: 1. Cusmir (Rumänien) 6,94, 2. Sussiek (Deutschland) 6,53. – Kugel: 1. Fibingerova (CSSR) 20,58 m, 2. Losch (Deutschland) 19,17. – Diskus: 1. Manecke 64,76, 2. Beuge (beide Deutschland) 58,42. – Speer: 1. Whitebread (England) 63,16, 2. Peters (Deutschland) 60,36.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Italien in Rom (300 000 Dollar), Endspiel, Herren-Einzel: Arias (USA) – Higueras (Spanien) 6:2, 6:7, 6:1, 6:4. – Doppel: Gonzales/Pecci (Paraguay) – Leach/Gunnarsson (USA/Schweden) 6:2, 6:7, 6:1. – Internationale Meisterschaften von Bayern in München (75 000 Dollar) Endspiele, Einzel: Smid (CSSR) – Nystroem (Schweden) 6:0, 6:3, 4:6, 2:6, 6:4. – Doppel: Slozil/Lewis (CSSR/Neuseeland) – Smid/Jarryd (CSSR/Schweden) 6:4, 6:2.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Starpremiere (P. Remmert), 2. Only Second, 3. Caccia, Toto: 13, Pl 10, 11, 11, ZW: 56, DW: 88, 2. R.: 1. Anatolier (D. Holuba), 2. Zandro, 3. Sandina, Toto: 44, Pl. 13, 14, 34, ZW: 84, DW: 1648, 3. R.: 1. Turlau (G. Steimer), 2. Wegbereiter, 3. Bauti, Toto: 36, Pl. 15, 12, 14, ZW: 132, DW: 560, 4. R.: 1. Nandino (B. Raymond), 2. Abary, 3. Sheriff, Toto: 24, Pl 13, 12, 16, ZW: 44, DW: 124, 5. R.: 1. Doncel (R. Suerland), 2. Wiener Wald, 3. Don Diego, Toto: 68, Pl. 22, 20, 58, ZW: 476, DW: 8444, 6. R.: 1. Wondrous Pearl (P. Remmert), 2. Bebe Arlette, 3. Casadei, Toto: 17, Pl. 12, 22, 15, ZW: 184, DW: 560, 7. R.: 1. Bravado (G. Bocskai), 2. Little Maid, 3. Lottomann, Toto: 48, Pl 22, 20, –, ZW: 232, DW: 1204, 8. R.: 1. Tarmina, (L. Mäder), 2. Aparte, 3. Kalmara, Toto: 15, Pl. 12, 38, 22, ZW: 432, DW: 3628, 9. R.: 1. Kilton (M. Hofer), 2. Kleebock, 3. Belazar, Toto: 28, Pl. 16, 21, 42, ZW: 22, DW: 2572.

Rennen in Köln, 1. R.: 1. Flammensturm (A. Schütz), 2. Degi, 3. Cameron, Toto: 56, Pl. 19, 13, –, ZW: 120, DW: 472, 2. R.: 1. Harmonica (R. Suerland), 2. Agathe, 3. Weinprinzeß, Toto: 20, Pl. 24, 20, 22, ZW: 124, DW: 1088, 3. R.: 1. Fahrewohl (P. Alafi), 2. Neu Game, 3. Arras, Toto: 20, Pl. 16, 34, –, ZW: 260, DW: 848, 4. R.: 1. Sir Paul (M. Prinzinger), 2. Herdonia, 3. Wollin, Toto: 112, Pl 38, 22, 26, ZW: 420, DW: 3668, 5. R.: 1. Orgelspieler (L. Mäder), 2. Agiros, 3. Zethus, Toto: 36, Pl. 30, 26, –, ZW: 232, DW: 996, 6. R.: 1. Thronjuwel (P. Remmert), 2. Angelina, 3. Nagandia, Toto: 24, Pl. 17, 54, 26, ZW: 640, DW: 4760, 7. R.: 1. Lazzaro (R. Ording), 2. Sallust, 3. Swanee Prince, Toto: 32, Pl. 16, 38, 17, ZW: 496, DW: 1508, 8. R.: 1. Pfauenspiel (L. Mäder), 2. Niobe, 3. Prinzeß Katharina, Toto: 84, Pl. 22, 38, 26, ZW: 1232, DW: 8440.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 2, 20, 23, 32, 35, Zusatzzahl: 21. – Spiel 77: 2 2 3 8 3 5 0. – Toto: Elferwette: 1, 1, 0, 0, 1, 1, 2, 1, 2, 1, 1. **Rennquintett:** Rennen A: 2, 10, 14. – Rennen B: 24, 23, 27. (Ohne Gewähr)

Der Fernseh-Kobold Pumuckl ist inzwischen ein Verkaufs-Knüller

Knirpse kreischen vor Vergnügen

Kaum waren Pumuckl und Meister Eder nach 26 Folgen vom Bildschirm verschwunden, kreuzte der erfolgreichste Kobold des deutschen Fernsehens auf gleich vier Videofilmen und einem Schallplatten-Doppelalbum wieder auf, das in diesen Wochen auf den Markt kommt. Wenn der freche Giftzwerg in Meister Eders Honigtopf fährt oder am Eingemachten schleckt, dann kreischen nicht nur die Knirpse vor Vergnügen, auch Marketing-Leute schlagen sich voller Freude auf die Schenkel. Denn mit dem putzigen Kobold glückte ihnen ein Riesenerfolg: 47 Platten-Alben mit einer verkauften Auflage von 3,5 Millionen; eine Buchreihe mit Pumuckl konnte immerhin 300 000mal verkauft werden; 26 TV-Folgen wurden für 17 Millionen Mark produziert und freitags vom Bayerischen Regionalprogramm, sonntags von der ARD ausgestrahlt; 103 Werbespots mit dem Gnom – der beispielsweise Kinderschnitten kaut – flimmerten in der ARD-Werbung und halfen, einen Großteil der Produktionskosten dieser aufwendigen TV-Serie wieder einzubringen; ein 90-Minuten-Kinofilm erhielt das Prädikat „Wertvoll"; zwei Filme von Thorn Emi Video gehören zu den Verleih-Hits des Videogeschäfts; zwei weitere Videofilme von Emi Electrola Music Video zu je 59 Mark sind Video-Bestseller der Saison.

Und obendrein schütten die Video-Pumuckl-Produzenten zwecks Imagepflege Pumuckl-Figuren, Pumuckl-T-Shirts, Pumuckl-Blocks und Pumuckl-Geschirr auf den Kindermarkt, der sich dank der gezielten Bearbeitung von Jahr zu Jahr verjüngt. Die rasante Karriere des rothaarigen Kerlchens ist um so erstaunlicher, als der nur 30 Zentimeter große Klabautermann mehr als zwanzig Jahre alt ist, eine Erfindung der Münchner Kinderbuch-Autorin Ellis Kaut, die schon mit dem sprechenden Kater Musch in über 200 Radiofolgen von sich reden machte. Den Namen Pumuckl fand freilich Herr Kaut: Er soll zu seiner, einst bei einem Winterspaziergang arg vermummten, Frau gesagt haben: „Du siehst ja aus wie ein Pumuckl." Wahr oder gut erfunden – der Kobold gedieh mit massiver Medienhilfe zu einem Verkaufsknüller.



Kinder sind hingerissen, wenn der dreiste Rotschopf Pumuckl seine Späße mit Meister Eder (Gustl Bayrhammer) treibt FOTO: DIE WELT

Der Frechdachs, dem Hans Clarin (einst Kieksstimme von Kookie in der US-Krimi-Serie „77 Sunset-Strip") die Stimme leiht, wird zur Hälfte traditionell gefilmt und zur anderen im Zeichentrickstudio hergestellt. Die Filmaufnahmen mit Meister Eder/Gustl Bayrhammer kurbelte man in den Hinterhöfen und Tante Emma-Läden der Münchner Altstadt.

Die Späße des kleinen Lümmels siedeln in der angestrebten Heilheit einer Märchenidylle. Was wiederum einige Kritiker auf den politischen Plan brachte, Pumuckl beispielsweise als den „vergnomten Simpel des schönen Scheins" („Zeit") zu apostrophieren. Und aus der „DDR" war folgendes zu vernehmen: „Den Fernsehmachern der BRD fallen immer neue Winkelzüge ein, um den Zuschauern das reale Weltbild zu verstellen. Mit der Pumuckl-Serie soll ein Märchenzwerg schon jungen Menschen den Bären aufbinden, als wäre der Klassenkampf durch ein paar Reibereien in der guten Stube ausgelöscht worden. Hinter diesem Klischee steckt die Absicht, den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft in eine Idylle umzufälschen."

Die Kinder aber – und daran ist nicht zu rütteln – lieben ihren Pumuckl heiß und also sind bereits weitere 26 TV-Folgen geplant.

REGINALD RUDORF

STUDIO

Die Absicht des privaten Senders **Radio Tele Luxemburg** (RTL), von Ende dieses Jahres an ein Fernsehprogramm in deutscher Sprache auszustrahlen, markiert den Abschied von den 1981 bekanntgegebenen Plänen, zusammen mit deutschen Zeitungsverlagen ein europäisches Satelliten-TV-Programm zu senden. Die Luxemburger schalten jetzt um auf eine Kooperation mit Frankreich. „Es ist der einzige Weg, über den die CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion) noch zu einem Satelliten-Programm kommen kann", sagt CLT-Programmdirektor Gust Graas. Das neue Programm soll vom luxemburgischen Territorium auf einem gegenwärtig nicht benutzten Kanal ausgestrahlt werden. Es wird vorerst nur einige Bundesländer erreichen. Aber die Fernsehplaner im Großherzogtum rechnen damit, daß bei einer fortschreitenden Verkabelung der Bundesrepublik Deutschland die Chancen für einen Großeinstieg von RTL ins deutsche Fernsehgeschäft steigen werden.

*

Steht am Ende der jetzt von den Ministerpräsidenten der Länder eingeleiteten medienpolitischen Entwicklung eine **gespaltene Rundfunkgebühr oder gar das Ende der ARD?** Andeutungen aus dem Kreise der Regierungschefs nach der Bonner Konferenz vom vergangenen Donnerstag, auf der die Nichteinigung über einen einheitlichen Ordnungsrahmen in der Rundfunkpolitik zu Protokoll gegeben wurde (WELT vom 21./22. 5.), deuten auf entsprechende Befürchtungen hin.

Uwe Barschel, Vorsitzender der Ministerpräsidenten-Konferenz, hatte vor Journalisten nach dem Scheitern der Bemühungen um einen einheitlichen Ordnungsrahmen lediglich gesagt, bei der Meinungsbildung hätten die Fragen der anstehenden Gebührenerhöhung oder mögliche Konsequenzen für die ARD keine wesentliche Rolle gespielt. Er, Barschel, gehe nach wie vor davon aus, daß die von den Ministerpräsidenten beschlossene Erhöhung der Rundfunkgebühren von den Parlamenten der Länder bestätigt werde, wenn auch möglicherweise erst nach dem 1. Juli.

KRITIK

Spannung trotz Schneckentempo

Man muß sich wohl darauf einlassen, daß so unterschiedliche Menschen wie der ernste und introvertierte Vic van Allen und die ganz gegensätzliche lebenslustige Melinda einander heiraten, daß so ein Mann bedingungslos einer solchen Frau verfallen ist. Anders kommt der Krimi „Tiefe Wasser" (ZDF) nicht in Gang.

Patricia Highsmith, die den Roman schrieb, entwickelte darin allerhand Ehrgeiz. Detailliert wird das Milieu des Täters beschrieben, und derart wird sein Motiv sichtbar. Die Autorin benennt diesen Täter und die Tat zweimal. Das intellektuelle Vergnügen, auf das sie zielt, besteht also darin, zu beobachten, wie die Vernunft auf die Spur von zwei Morden kommt, von denen zumindest der erste perfekt war.

Daß, wer den zweiten beging, auch den ersten auf dem Gewissen hat, dieser Beweis hätte einem Gericht einige Mühe gemacht. Das weiß nur der Zuschauer. Wohl deshalb stolpert er auch nicht über die Frage, wie denn der schnüffelnde Amateur-Kriminalist ausgerechnet an den so abgelegenen Bärensee geriet und wie er in dessen nicht gerade wegsamer Umgebung auf die minimale Blutspur stieß. Das heißt, eine winzige Nadel in einem sehr großen Heuhaufen finden.

Es ändert indes nichts daran, daß Leopold Ahlsen und Regisseur Franz Peter Wirth aus der Vorlage ein Drehbuch zimmerten, das den Zuschauer zweimal 90 Minuten lang in Bann hielt. Und das, obwohl die Sache im Tempo jener Schnecken vor sich ging, die des Mörders Hobby sind. Aus dieser bedächtigen Gangart indes muß wohl die Spannung eher erwachsen sein als aus den Charakteren oder ihren Darstellern. Constanze Engelbrecht etwa, fraglich eine Attraktion, konnte aus der Melinda wenig mehr machen als einen Typus von Frau. Und die vielen Stimmungsumschwünge, denen der Vic ausgesetzt ist, wenn seine Frau zu kapitulieren scheint und Frieden bietet, sie bleiben zwangsläufig auf der Strecke, wenn das Gesicht von Peter Bongartz allzu maskenhaft-unbeweglich ist. Seinen Charakter allein mit dem Andante aus Mozarts C-Dur-Konzert KV 467 zu beschreiben, mit der Spannung zwischen einer regelmäßigen Baßfigur und einer ganz irrationalen Melodie, war deshalb ein ebenso schöner wie bitter notwendiger Einfall.

KATHRIN BERGMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Dear Mr. Wonderful
11.55 Umschau
12.10 Nachtflug oder Helden sterben früh
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 BKA: Vorsicht Falschgeld
17.00 Logo
Nachts im Kaufhaus
17.10 Denkste!?
Sturm im Ofenrohr
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Mit Olivia Pascal, Hans Herbert, Herbert Fux und Gerd Leienbach
21.00 Monitor
Themen: Waffenhandel und Menschenrechte – Wachsende Kritik an der Rüstungskooperation mit Argentinien / Sein Lied wirbt für die deutsch-türkische Freundschaft, nun ist der Bläck-Fööss-Texter Sakir Bilgin in Istanbul verhaftet worden / Ölverschmutzer in der Nordsee – ein Tankerkapitän packt aus / Risse im Wohnzimmer – wie der Braunkohletagebau mit Bergschäden umgeht
Redaktion: Gerd Ruge
21.45 Der Aufpasser
Immer auf die Kleinen
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Uschi Glas
Nicht nur „zur Sache", sondern zur Person vom einstigen „Schätzchen" Uschi Glas kommt Joachim Fuchsberger in seiner heutigen Sendung. Uschi Glas kam nach einer Ausbildung als technische Zeichnerin und Buchhalterin als Sekretärin nach München. Um ihren niederbayerischen Dialekt etwas zu mildern, nahm sie nebenher Schauspielunterricht und wurde prompt von Horst Wendtland entdeckt.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Quiz für alt und jung
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Das Geisterschiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Karelia
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner und Beate Hasenau, Ernst-August Quelle und bekannten Interpreten mit ihren Erfolgsmelodien
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Eltern vor Gericht
Von Ruprecht Essberger
Handlungsidee: Sina Walden
In Sachen Lorenz gegen Lorenz
Gerlinde Lorenz hat große Pläne für ihre kleine Tochter Claudia. Dank Gerlindes intensiver Zuwendung lernte Claudia früher greifen, laufen und sprechen. Das Kind konnte mit vier Jahren schon lesen und schreiben. Claudias Vater, Werner Lorenz, beobachtet das Verhalten seiner Frau mit zunehmend gemischten Gefühlen. Obwohl seine Tochter die Schule als Klassenbeste ohne Schwierigkeiten schafft, hat er den Eindruck, daß sie von ihrer Mutter überfordert wird.
21.00 heute-journal
21.20 Mit Luftballons gegen Mauern
Psychisch Kranke spielen Theater
Film von Jürgen Lücking
22.05 Die Sünde
Ägyptischer Spielfilm, 1965
Mit Faten Hamama, Abdallah Gheith u. a.
Regie: Henry Barakat
23.45 heute

Uschi Glas ist diesmal Gast in Joachim Fuchsbergers Talk-Show „Heut' abend", um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
Steinkreuz im Apfelgarten
21.00 Formel Eins – Hitparade
21.45 Szene
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Auf Straßen und Pisten in den USA
19.15 Science Report (15)
19.30 Landwirtschaft heute:
Biologisch-dynamischer Anbau
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sinne
Das Ohr ist nicht allein zum Hören da
21.00 Schauplatz:
Der Bauch der Stadt
Film aus Hamburgs „Unterwelt"
21.45 Eine Frage bitte
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Old Firehand (1)
Aufzeichnung von den Karl-May-Festspielen
19.00 Formel Eins – Hitparade
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Die andere Seite der Welt
21.40 Drei aktuell
21.55 Hochschulreport
22.40 Es werde Licht
Amerik. Dokumentarfilm, 1946

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (26)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Nostalgie auf dem Feld
20.55 Elvis lebt
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Magazin Sport regional
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Das Hochmoor
21.00 Antiquitäten von morgen
Gesamt Südwest 3
21.15 Kronprinz Rudolfs letzte Liebe
Österr. Spielfilm, 1955
22.00 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Ein Platz für Kinder
19.30 Formel Eins – Hitparade
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau

In den Wind gespuckt

Bth. – Nicht nur Schüsse gehen bisweilen nach hinten los. Auch wer in den Wind spuckt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er aufs eigene Auge bekommt, was er anderen zugedacht hatte. „Geier Sturzflug", eine bislang weniger bekannte Gruppe der Neuen Deutschen Welle, hat jedenfalls die Windverhältnisse falsch berechnet. Aus dem Sturzflug wurde im Aufwind ein Höhenflug. Und die Spucke traf die Schützen.

„Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt / wir steigern das Bruttosozialprodukt" heißt die Refrainzeile des Geier-Liedes, in dem der Opa aus dem Rentenstand für den Arbeitsprozeß reaktiviert wird oder die nächste Strophe von einem berichtet, der mit seinem Gipsarm malochen geht, weil die andere Hand es ja noch recht gut tut, obwohl er sich laut ärztlichem Attest auch krankmelden dürfte.

Das war als Spottlied auf die wirtschaftliche Wende, den Aufschwung, gedacht, so wie die CDU/FDP-Regierung ihn angeblich anstrebe: mit der Wiederaufbaumentalität der fünfziger Jahre. Aber die Sache hatte so viel Schwung, so viel Optimismus, daß die Pop-Jugend tatsächlich in die Hände spuckte und den Song auf den ersten Platz der Media-Control-Hitparade hievte.

Man übersah ganz einfach die in der deutschen Sprache ohnehin oft schmerzlich fehlenden *Ironiezeichen*. Man grinste nicht hämisch, sondern strampelte, und sei es auch erst einmal auf den Tanzböden der Discos. Dem Geier wuchsen die Flügel des Gesangs. Das „Bruttosozialprodukt" wurde zu einem Mailied, das die Gewerkschaften lieber nicht mitsummen.

Einem anderen Vogel, dem Bundesadler des Parlaments, wurde dieser Tage das Gefieder böse bekleckst. Er mag sich trösten. Die Gefolgschaft des singenden Geiers ist, media-controlliert, weit zahlreicher als die der Nestbeschmutzer. Und solange der Geier kein Pleitegeier ist, soll es auf den kleinen ornithologischen Unterschied nicht so genau ankommen.

Medienrevolte: Zeitungsprojekte in Frankreich

Folgen der Volksfront

Die Krise der französischen Politik äußert sich nicht nur in einer Kette von Streiks und Straßendemonstrationen. Sie hat auch die Medienlandschaft in Wallung gebracht. Eine ganze Reihe von Gruppen und Personen ist dabei, sich die Startlöcher für den September zu graben. Die Tage, in denen die Franzosen aus dem großen Sommerurlaub zurückkehren, waren von jeher in Frankreich die Zeit für Zeitungsneugründungen.

Kennzeichnend für die Lage der französischen Presse ist, daß keine neue Tageszeitung geplant wird – in diesem Sektor gehen die Auflagen durchweg zurück (sogar die Expansion von „Le Monde" hat aufgehört). Hingegen weiß man von vier Neugründungen auf dem Sektor der Wochenzeitungen resp. der illustrierten Wochenmagazine, mit deren Vorbereitung große Equipen fieberhaft beschäftigt sind.

Anlaß für diese Tätigkeit ist sicherlich nicht nur der Umstand, daß die Inseratentarife für Wochenblätter wesentlich höher sind als diejenigen für Tageszeitungen (das Wochenblatt-Publikum gilt als vermögender und einflußreicher). Wichtig ist auch, daß die sich ausbreitende Krisenstimmung die Franzosen nachdenklich stimmt: Über die zwar heftigen, aber unzusammenhängenden Emotionen hinaus, welche die Tagesereignisse zum Anlaß haben, möchte man sich grundsätzlich klar werden, wie es mit Frankreich und der französischen Gesellschaft nach dem Versagen der Volksfront weitergehen soll.

Auffällig ist, daß die klügsten Köpfe der linken Medienintelligenz aus dem Lager Mitterrands zu desertieren beginnen. Hierher gehören zwei vier sich abzeichnenden Planungen. Zunächst möchte „Le Monde" mit einem illustrierten Wochenmagazin „Le Monde illustre" ein Publikum gewinnen, das bisher seinem Linksdoktrinarismus kühl widerstand. Dann aber will auch der Paradiesvogel der französischen Zeitungsmacher, der hochbegabte Jean-François Kahn, ein „Hebdo" (hebdomadaire = Wochenzeitung) mit kultureller Schlagseite gründen. Beide Unternehmungen starten aus der Grauzone zwischen Volksfront und Liberalismus und möchten dem „Figaro-Magazine" seine marktbeherrschende Stellung streitig machen.

Für Louis Pauwels, den Chef des rechts von der Mitte stehenden „Figaro-Magazine", dürfte allerdings unheimlicher sein, daß auch von rechts her eine Gegengründung droht. Sie ist ernst zu nehmen, weil hinter diesem „Magazine-Hebdo" betitelten Projekt mit dem Zeitschriftenverleger Alain Lefèbvre ein Mann steht, der sich schon einen beachtlichen Medienpool gesichert hat. Die Auguren spitzten die Ohren, als bekannt wurde, daß in Lefèbvres Planungsgruppe Mitglieder der „Nouvelle Droite" tätig sind, die im „Figaro-Magazine" schon lange nicht mehr zum Wort kommen.

Man kennt die „neurechte" Kritik an Pauwels und dessen Verleger Hersant: mit Wirtschaftsliberalismus, Antikommunismus und Proamerikanismus allein könne man die Volksfront nicht schlagen. Zwar ist der Chefdenker der „Neuen Rechten", Alain de Benoist, am „Figaro-Magazine" noch mit einer wöchentlichen Kolumne über (ausgerechnet) Video-Kassetten beschäftigt. Es ist aber anzunehmen, daß er darauf brennt, auch wieder zu wesentlicheren Themen das Wort zu ergreifen.

Das vierte „Hebdo"-Projekt ist weder links noch rechts von der Mitte einzuordnen. Es will eine ganz andere Marktlücke füllen. Von den drei genannten Planungen unterscheidet es sich dadurch, daß es nicht von Paris aus konzipiert ist. Es will vielmehr ein Wochenmagazin sein, das, vergleichbar dem *amerikanischen Magazin* „Parade", in jeder einzelnen französischen Provinz einer der nur dort verbreiteten Provinzzeitungen beigelegt wird.

Eines scheinen jedoch alle vier Projekte gemeinsam zu haben. Offensichtlich wollen alle vier sich bevorzugt mit der „Kultur" befassen. Das heißt: der politische Hick-Hack, Giscard contra Chirac oder Chevènement contra Delors, ist uninteressant. Man möchte vielmehr endlich wissen, woher jene grundsätzlichen Optionen kommen, die tief im Gefühl, in der Weltsicht und im Eigensinn wurzeln – und die dafür verantwortlich sind, daß in Frankreich alles so gekommen ist, wie es heute ist.

ARMIN MOHLER

Blitze der Erleuchtung: Wiens Kafka-Symposion

Die freche Dohle über Vaters Ladentür

„Militärfrei wegen Schwäche", steht in dem Bewerbungsschreiben Franz Kafkas für eine Stelle bei der Prager Unfallversicherungsanstalt in steilen, harten Buchstaben. Das Dokument wird in einer Ausstellung aus Anlaß der Hundertjahrfeiern seines Geburtstages – er wurde am 3. Juli 1883 in Prag geboren – gezeigt. Sie ist vom österreichischen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zusammengestellt worden und *liefert dankenswerte* Details zu seinem Lebenslauf.

Was aber diese „Schwäche" angeht, so fand sich ein Hinweis darauf, wenn auch nicht so sehr in physischer Hinsicht, in dem Vortrag, den Lew Kopelew in einem mit dieser Ausstellung gekoppelten Symposion hielt, dem der berühmte Dissident mit dem altrussischen Haupt den Titel „Kafkas lange Rußland-Reise" gegeben hatte. Er zeichnete die Schwierigkeiten nach, die auch heute noch, nachdem erst im Jahre 1968 mit Hilfe von Anna Seghers ein erster *Durchbruch* für das Verständnis Kafkas in Rußland geglückt war, gegen eine größere Verbreitung seiner Werke bestehen. Denn sie entsprächen dem Begriff der „Volkstümlichkeit" eben in keiner Weise, und Identifikation mit den Figuren seines Werkes lasse den Autor als resigniert, entscheidungslos und keineswegs so resolut erscheinen, wie es die offizielle Gangart wünscht.

Kopelew prägte den kleinen Aphorismus, Kafka sei nach einer langen Reise nun erst im Wartesaal Rußlands angekommen. Auch der chinesische Gelehrte Wedschi Ma, der bei seinen Studien auf dem deutschen Sprachgebiet sogar gelernt hat, das „R" nicht wie „L" auszusprechen, hatte bei allem großen Respekt doch etwas gegen seine „Weltmüdigkeit" einzuwenden, wie er in seinem Vortrag „Franz Kafka und seine Werke aus chinesischer Sicht" ausführte. Es war sonst im wesentlichen mehr ein germanistisches Referat als eine Spiegelung von der Aufnahme des Kafkaschen Oeuvres in China.

Die Gefahr eines in den Eingeweiden eines Werkes oder den persönlichen Umständen des Dichters wühlenden Referates ergibt sich bei solchen Symposien immer wieder. Im vorliegenden Fall wurde sie am Ende sogar durch den Untertitel, den die reichlichen Veranstalter – die Österreichische Gesellschaft für Literatur, die Franz Kafka-Gesellschaft und das Österreich-Haus im Auftrag des Kulturamts der Stadt Wien – gewählt hatten, *legitimiert, der da lautete* „Was bleibt von Kafka? – Ergebnisse und Möglichkeiten der Kafka-Interpretation".

Diesem Anspruch kamen die Vorträge von Jürgen Born, Wuppertal, und Malcolm Pasley, aber auch die sehr präzisen Ausführungen Eduard Goldstückers entgegen, wobei u. a. die nahe Beziehung zwischen Kafka und Josef Roth zur Sprache kam, die durch eine gemeinsame Hochschätzung Flauberts gekennzeichnet war. Pasley unterschied in der Methode der Reiseschilderung der beiden die mehr bildhafte Wiedergabe des Gesehenen bei dem einen, und den Versuch, sich dem Gegenstand wissenschaftlich sachlich zu nähern, bei dem anderen, nämlich Kafka, dessen überhaupt sehr strenge Auffassung von der Aufgabe des Schriftstellers bekannt ist.

Ja, man erfuhr einiges, etwa, daß „Kavka" auf tschechisch Dohle *heißt*, welchen Vogel der ernste und wohl für den Dichter sehr belastende Vater als Symbol über seinem Ladengeschäft anbringen ließ. Auch mag mancher überrascht gewesen sein, etwas über die Sportivität Kafkas und seine Liebe zur Arbeit auf dem Bauernhof zu erfahren. Nun ja.

Vielleicht am deutlichsten kam *das Besondere Kafkas jedoch in* einer Rede Ilse Aichingers zum Ausdruck, die gleich zu Beginn erklärte, daß sie von Kafka kaum etwas gelesen habe. Sie hatte, so sagte sie, in früheren Jahren einmal einem inneren Zwang folgend einen Band Kafkas vom Regal genommen und hatte dann sogleich in einem Brief Kafkas ein kurzes und beiläufiges Gespräch zwischen zwei Frauen gefunden, das er kühl kommentierte: „Ich staunte über die Festigkeit, mit der Menschen das Leben zu tragen wissen." Und aus dieser einen eher *zufälligen Begegnung mit* dem Dichter schlug eine Welle so „starken finsteren Glücks" über ihr zusammen, daß sie tief erschüttert das Buch weglegte und kaum mehr wagte, sich Kafka weiter zu nähern. Sie hatte das Unfaßbare, die unerhörte dichterische Kraft Kafkas gleichsam blitzartig und vom Blitz getroffen erfaßt, dessen bis heute noch nicht ausgeschöpfte mythische Wirkung auf die Welt ihr damit klar geworden war.

Das Bedrohliche, das jeder Kafka-Leser zu spüren bekommt, war sogar in diesen wenigen Worten auf sie eingeströmt. Wohl auch seine bewußte Doppel-, ja Mehrfachbödigkeit. Sie hatte, wie es Karl Kraus einmal formulierte, so, wie der Arzt aus einem Blutstropfen auf die Gesundheit eines Menschen schließen kann, aus den paar Worten die bestürzende Macht dichterischer Aussage erkannt – wie sie nur wenigen gegeben ist, die damit weit über ihre Zeit hinaus zu wirken vermögen. Ilse Aichingers Rede wurde anläßlich der mit dem Symposion verbundenen Verleihung des Franz-Kafka-Preises im Rathaus von Kloster Neuburg gehalten, der die Dichterin den früheren Preisträgern Elias Canetti und Peter Handke zugesellte.

ERIK G. WICKENBURG



Franz Kafka
ZEICHNUNG: DAVID LEVINE/BULLS



Als wär's ein Stück von Tschechow: Alida Ferrarini und Paolo Montarsolo in der Münchner „Don-Pasquale"-Premiere FOTO: RABANUS

„Don Pasquale" am Münchner Nationaltheater

Stunde eines Komödianten

Wenn ein Drei-Sterne-Lokal einen Eierkuchen serviert, dann muß der wie Flaum auf der Zunge zergehen. Das Leichtgewicht „Don Pasquale" im Münchener Nationaltheater, das doch sonst zuständig ist für den ganzen Wagner, den ganzen Strauss, für alles, was schwer und mindestens vierstündig ist – man muß schon Zauberer ans Werk bitten, wenn so eine charmante Seifenblase dem hohen Haus Ehre machen soll.

Stimmlich waren sie da. Francisco Araiza, den lockeren Mozart-Tenor, erlebten wir auf entschiedenem Schritt *ins italienische* Fach. Er versieht den schmelzenden Belcanto mit der unerlernbaren Tenor-Träne, singt mit Glanz und Empfindung. Alida Ferrarini hat silbrige Sopransüße und *Pikanterie* (die ihr im Spiel völlig abgeht) für die Norina-Koloraturen. Musikalität und Stilgefühl bis ins raffiniert gesetzte Rubato. Auch das „Nordlicht" John Janssen als Malatesta schlägt sich tapfer, lockert sich auch im Spiel von Szene zu Szene, vor allem im Duett mit dem Bomben-Komödianten Paolo Montarsolo in der Titelrolle.

Den engagiert niemand mehr wegen seiner stimmlichen Qualitäten – da bleibt alles im Vagen –, aber das wird mehr als wettgemacht durch seine Vis comica. Der Mann hat eine Jahrhunderte alte Theaterkultur im kleinen Finger. Ein rares Fossil, das, so ist zu befürchten, so nicht mehr nachwächst.

Er spielt sich auf eigene Faust durch den Abend, denn Regisseur Giulio Chazalettes hat nur empfindlich gestört. Nicht ist ihm vorzuwerfen, daß er aus einer musikalischen Komödie keine intellektuelle Großtat *gemacht hat*. Das wäre entbehrlich. Doch eine feingliedrige Komödie nicht auf ihre musikalischen Strukturen abzuhören, ihrem Charme und ihrer leisen Melancholie nicht nachzuspüren, sie statt dessen durch eine brutale Zeitverschiebung zu vergewaltigen, das ist unverzeihlich. Er verlegte das Stück um 150 Jahre nach vorn, in Tschechows Jahrhundertwende. *Dort* aber hat der Commedia-dell'-arte-Mechanismus, hat die Naivität der Handlung nichts zu suchen. Witz, Charme, gespielte und echte Gefühle ersticken in Plüsch und Pleureusen (Ulisse Saticchi), im Frack und grauem Flanell.

Bei der Zeit der Empfindsamkeit wäre doch viel eher was zu holen gewesen. Ist Ernesto, der gern eine Trompete für sich klagen läßt, nicht ein „Wertherino"? Auf der vollgebauten, luftlosen Bühne sucht Chazalettes sein Heil in Bewegung. Da fliegen die Requisiten aus Norinas Nähstube, zerbersten gipserne Dante-Büsten, gehen Zimmerpalmen zu Boden. Komisch ist es nie, heiter schon gar nicht. Und daß der Regisseur das Stück nicht an den Punkt zu führen vermag, an dem Burleske in Ernst umschlägt, man Partei nimmt für Pasquale und Malatesta spürt, daß er mit seiner Komödie zu weit gegangen ist, das nimmt man schlechthin übel. Da fehlt eine ganze Dimension.

Auch bei Miguel Gomez-Martinez am Pult. Er schleppt sich brav und wenig inspiriert über die Noten. Man vermißt den weichen Ton des Sentiments, den Donizetti gegenüber dem viel brillanteren Rossini als Äquivalent zu bieten hat.

BEATE KAYSER

Wie Moskowiter auf deutsche Kunst reagierten

Haß auf seine Heimat?

Die schriftlich formulierten Reaktionen des Publikums auf die erste zeitgenössische Kunstausstellung aus der Bundesrepublik, die in der sowjetischen Hauptstadt gezeigt werden konnte, hat die Moskauer Vertretung der Deutschen Bank gesammelt. Das Institut war Initiator dieser Ausstellung, die jetzt nach Leningrad weitergereist ist. Der Düsseldorfer Kunstverein hatte für die Auswahl der 150 Werke von 33 westdeutschen und Berliner Künstlern gesorgt.

Um ein besseres Verständnis zu ermöglichen, wurden überwiegend gegenständliche Darstellungen einbezogen. Für die vom sozialistischen Realismus geprägten Sehgewohnheiten des sowjetischen Publikums war die Konfrontation mit dem verfremdeten Realismus mancher deutscher Künstler allerdings schockierend.

Es fehlt in den Meinungsäußerungen nicht an positiven, zuweilen begeisterten Stimmen, aber die meisten bezeugen Unmut, Erschrecken oder gar helles Entsetzen. Dazu einige Zitate: „Man hat den Eindruck, in einem Mülleimer zu sein, und Exkremente und Urin fallen einem auf den Kopf" (Mediziner, 40 Jahre). „Wie in einem schrecklichen Traum. Eine Verhöhnung des Menschen und seines Gewissens. Einige Künstler sollte man in ein Irrenhaus sperren" (Amateurmaler). „Wie man seine eigene Heimat hassen muß, um so etwas zu malen!" (anonym).

Selbst einige zustimmende Äußerungen verhehlen nicht den Eindruck, das Leben in der Bundesrepublik müsse, nach den Darstellungen zu urteilen, „schrecklich" sein. Dem steht entgegen, was eine 32jährige Lehrerin empfand: „Bemerkenswert, wie die Maler die modernen Probleme verstehen. Man hat den Eindruck, daß sie viel über die Wirklichkeit der Welt, der Bundesrepublik, über die Probleme des Krieges und Friedens nachdenken."

Nicht selten wird darauf hingewiesen, daß die moderne Kunst des Westens in der Sowjetunion unbekannt sei; man brauche häufigere Gelegenheiten, dieses „Defizit" auszugleichen. Der Wunsch nach mehr Informationen über die Künstler und ihre Ansichten, der mehrfach auftaucht, hätte wenigstens teilweise durch den zweisprachigen Katalog befriedigt werden können, den die deutschen Veranstalter nach einigen Schwierigkeiten beisteuern durften. Aber für die über hunderttausend Besucher der Moskauer Ausstellung standen nur zwei *Drittel* der 14 000 Exemplare zur Verfügung.

Die positiven Stellungnahmen sprechen von „kolossalem Vergnügen", bekennen: „Einfach wunderbar, ungewöhnlich, neu" und bezeugen „tiefe und unvergeßliche Eindrücke". Solche Urteile stammen überwiegend von jüngeren Menschen, meist Studenten. Aber auch ein 67jähriger Techniker zeigte sich angetan: „Sehr gut, daß sie die Geburt eines neuen Menschen gezeigt haben. Man muß solche Bilder dem Publikum öfter zeigen. Aber es wäre besser, wenn die Bilder verständlicher wären." Den größten Hymnus steuerte eine ältere Redakteurin gemeinsam mit zwei 20jährigen Studenten bei. Sie schrieben in das Gästebuch: „Die Ausstellung ist wundervoll in ihrem Ruf an die Herzensgüte, an die Menschlichkeit. Vielen Dank den deutschen Malern."

FRIED H. NEUMANN

München: Meisels Abschied mit Shakespeare

Luft frei für die Liebe

Leichtfüßig und bittersüß verlief dieser Shakespeare-Abend am Münchner Residenztheater, mit dem sich Intendant Kurt Meisel nach elf Jahren verabschiedete. Mit „Viel Lärm um Nichts" ging die „Ära" Meisel zu Ende. Es war ein Abend, der Spaß machte.

Auf nackter weiß ausgeschlagener Bühne (Hans Schavernoch), die Figuren ins Zeitlose entrückt, beginnt dieses Intrigenspiel, wo jeder jeden belauscht in einer tändelnden Welt. Der Ort Messina ist hier ein helles-heiles Nirgendwo, wo die beiden Liebespaare Beatrice/Benedict und Hero/Claudio nur durch das Tun der anderen zusammengeführt werden. Pedro wirbt für Claudio um Hero, Don Juan verleumdet Hero bei Claudio, Pedro öffnet Benedict den Weg zu Beatrice und ihr denjenigen zu ihm. *Verwirrfäden werden gezogen*, verknotet und wieder entwirrt. Shakespeares „Much ado about nothing" zeigt sich in dieser schlackenlosen Aufführung, die *vollständig auf den sonst üblichen* schweren Shakespeare-Ballast verzichtet, als spielerische Komödie, die sich über Menschen mokiert, deren Umgang miteinander längst zur Maskerade geworden ist.

Für Liebe wird da erst die Luft wieder frei, wenn es in der verlogenen und erlogenen Wirklichkeit keinen Platz mehr gibt. Und die Wahrheit finden hingegen nur die, die nicht handeln: der Franziskanermönch in seinem Glauben und die beiden Konstabler in ihrer bodenlosen Dämlichkeit.

In dieser Welt des schönen Scheins wirkt das Auftreten der klugen, aber widerborstigen Beatrice wie eine Erlösung. Ursula Lingen in dieser Traumrolle zeigte eine schöne, höchst amüsante Person, die mit Sonnenhut und Nikkelbrille *mit* ihren spitzüngigen Bonmots brillierte. Eine längst erblühte Frau, die bisher selbstsicher scheinbar nur aus ihrer Intelligenz heraus lebte und nun plötzlich spürt: Sie ist auch anfällig für Gefühle, vor denen sie sich bisher mit vielen spitzen Worten schützte, bis dieser Schutz nun auch nicht mehr hilft.

Ihr zur Seite als maulheldiges *Pendant stand Walter Schmidinger*. Auch er, als Benedict, entfaltete seine volle schauspielerische Palette. Ein misanthropisch-skurriler Hagestolz mit schlagfertigen Antworten bewehrt, bis auch ihn das Gefühl übermannt. Meisel hat die streitbaren Liebenden bewußt eine Generation älter besetzt. Dadurch gewinnt die Aufführung starke Momente, nimmt aber auch in Kauf, daß die jüngeren *Liebenden blaß* bleiben.

Die Rolle der Hero gibt Barbara de Koy immerhin klare Umrisse. Miroslav Nemec als Claudio gewinnt ihr rasche Verliebtheit und rasche Gekränktheit ab. Der Prinz (Peter Pius Irl) allerdings erinnerte mit offenem Hemd und baumelnden Medaillon in seinem forschen Auftreten eher an die fünfziger Jahre von Saint-Tropez. Sonderapplaus für Horst Sachtleben als dunkler Don Juan, der dämonisch stockte und silbte, seinen Dialog durch lange Pausen vergiftete. Sirrende melodische Klänge tönten auf, als die Paare maskenbewehrt zum Rondo schritten. Wie das mit leichtem Schritt und doch von höchst luxuriöser, raffinierter Beiläufigkeit entfaltet wurde, erwies sich Meisel als trefflicher Regisseur.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Frankfurt: David Bowie startet seine Tournee

Zurück zum Rock'n'Roll

Wie *schon* bei der *LP* „Let's Dance" kommen auch bei der Premiere zur David-Bowie-Tournee in der Frankfurter Festhalle Zweifel auf: Müßte man nicht von David Bowie verlangen, daß er schon heute die Popmusik der 90er Jahre spielt? Schließlich eroberte er in zurückliegenden Jahren mit jeder Platte musikalisches Neuland. Doch nun hat sich die Musik zurückentwickelt: von Elektronik und Verfremdungen zu eher konventionellem Rock.

Indem er nun das allgemeine Rockmusik-Vokabular benutzt, lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Inhalte seiner Arbeit. Statt Pessimismus und Isolation beschreibt er nun eine positivere Lebenseinstellung. Trotz dieses doppelten Wandels besteht das Programm überwiegend aus den Bowie-Hits aus 15 Jahren – von „Space Oddity" bis zur aktuellen Single „Let's Dance". Dabei wurden selbst die Lieder seiner elektronischen Phase – z. B. „Heroes" – durch die neuen Arrangements optimistischer. Die zehnköpfige Band, die Bowie beim Konzert begleitete, blieb meist im Hintergrund, allenfalls der Gitarrist Stevie Ray Vaughn traute sich von Zeit zu Zeit für ein Solo an den Bühnenrand.

Auch die Showeinlagen wirkten bescheiden: Bei „Ashes to Ashes" sang David Bowie aus einer der vier durchsichtigen Plastiksäulen heraus, dazu kamen einige Lichteffekte, ansonsten bestand das Konzert aus David Bowie pur. Er versuchte sogar, das Publikum an seine veränderte Lebenseinstellung heranzuführen – was im Grunde überflüssig war, an diesem Abend wäre wohl noch das Stimmen der Instrumente begeistert gefeiert worden. Jedes Lied wurde schon nach wenigen Takten mit einem Aufschrei begrüßt – schließlich sind sie alle bekannt.

So konnte Bowie sich mit „White Light, White Heat" sogar noch eine Reminiszenz an die Kultgruppe „Velvet Underground" erlauben. Beim langsamen „Space Oddity" leuchteten in der überfüllten Festhalle die Feuerzeuge auf, um so den nötigen Sternenhimmel zu schaffen. David Bowie blieb dabei stets gelassen und freundlich, er wollte das Konzert offensichtlich nicht zu einer Feierstunde für seine Person umwandeln. Mit kleinen Gesten versuchte er immer wieder daran zu erinnern, daß er auch nur ein Rock-'n'-Roll-Star unter vielen sei – was ihm allerdings nicht gelang.

DANIEL DITTMAR



Ein Star wie jeder andere: David Bowie in Frankfurt FOTO: UPI

JOURNAL

Konrad Adenauer in vierzig Porträts

AP, Bonn

Über 40 Porträts von Konrad Adenauer hat die Konrad-Adenauer-*Stiftung erstmals geschlossen* ausgestellt. Die Präsentation in ihrem Haus in Sankt Augustin bei Bonn ist bis 30. Juni zu besichtigen. Erstmals öffentlich ausgestellt ist dabei das Ölgemälde Oskar Kokoschkas, das der Deutsche Bundestag als Leihgabe zur Verfügung gestellt hat. Zu den Künstlern, die Adenauer im Porträt festgehalten haben, gehören unter anderen Salvador Dali, Ernst Fuchs, Gerhard Marcks, Marie-Elisabeth Wrede, Graham Sutherland, Ernst Günter Hansing und Wolf Vostell.

Regisseur Güney *kommt* nicht nach Bonn

AP, Straßburg

Der türkische Filmregisseur Yilmaz Güney will nicht in die Bundesrepublik kommen. In Straßburg erklärte der in der Türkei zu 50 Jahren Haft verurteilte Regisseur, er besitze keine schriftliche Garantie der Bundesregierung, *daß man ihn nicht an die Türkei* ausliefere. Güney sollte auf Einladung der Bundestagsfraktion der Grünen am 29. Mai nach Bonn kommen.

Andrzej Wajda *schloß* Vertrag mit Gaumont

AFP, Cannes

Der polnische Regisseur Andrzej Wajda und die französische Filmproduktion „Gaumont" haben am Rande des Internationalen Filmfestivals von Cannes einen neuen Vertrag unterzeichnet. Danach verpflichtet sich Gaumont, die kommenden Filme des Erfolgscineasten zu produzieren. Die Firma hatte bereits Wajdas letzten Film „Danton" produziert und ist bei dem derzeit gedrehten Streifen „Eine Liebe in Deutschland" Koproduzent. Wajda wird damit Gelegenheit erhalten, einige ihm „am Herzen liegende" Filmprojekte, wie er es ausdrückt, zu gestalten. Als erstes ist ein Film über *das Leben* des polnischen Nationalhelden Korczak geplant.

Hamburger Pläne für Oper und Ballett

dpa, Hamburg

Die Hamburgische Staatsoper plant für die Saison 1983/84 einen Arnold-Schönberg-Abend, der zum ersten Mal in Europa eine szenische Aufführung des Ideendramas „Die Jakobsleiter" bringen wird. Zugleich ist die szenische Uraufführung von Schönbergs „Ein Überlebender aus Warschau" geplant. Dirigent ist Christoph von Dohnanyi. Die Regie hat Hans Neuenfels. Schönbergs Lehrer Alexander Zemlinsky wird eine ganze Zemlinsky-Woche gewidmet. Von Dohnanyi verabschiedet sich mit einer Neueinstudierung von Wagners „Meistersinger", die von Herbert Wernicke inszeniert wird. Weitere Premieren: Giacomo Puccinis „Turandot" und die Barockoper „L'Ormindo" von Francesco Cavalli. Im Studioprogramm findet die Uraufführung der Oper „Die weiße Rose" statt, die Udo Zimmermann *im Auftrag der Staatsoper* geschrieben hat. Ein Balanchine-Abend, den John Neumeier zum Gedenken an den kürzlich verstorbenen Choreographen plant, und die sechste Sinfonie von Gustav Mahler sind die Hauptvorhaben des Balletts.

Kongreß über Nietzsche und Schopenhauer

dpa, Frankfurt

Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche werden in der nächsten Woche erstmals seit Jahrzehnten zusammen im Mittelpunkt eines philosophischen Kongresses stehen. Ihnen ist ein „Internationales Schopenhauer-Nietzsche-Symposium" gewidmet, das die Schopenhauer-Ge*sellschaft von heute bis zum 27.* Mai unter dem Leitthema „Wurzeln gegenwärtiger Vernunftkritik" an ihrem Sitz Frankfurt veranstaltet. *In einer öffentlichen* Podiumsdisskussion am Ende der Tagung werden sich unter Leitung von Wolfgang Schirmacher Philosophen aus fünf Ländern *zum* zentralen Thema des Symposiums äußern.

Kulturverband Polens tagt in der CSSR

rst. Teschen

Der wegen der Ereignisse in Polen seit Monaten verschobene Kongreß des Polnischen Kulturverbandes in der Tschechoslowakei fand jetzt in Teschen statt. Der Kulturverband hat zur Zeit 24 350 Mitglieder in 94 Ortsgruppen. Die 60 Klubs des Verbandes widmen sich nach offiziellen Angaben der Verbreitung der polnischen Kultur, Sprache und revolutionären Geschichte der Polen in der Tschechoslowakei.

Kenneth Clark tot

dpa, London

Einer der international bekanntesten Kunsthistoriker, der Brite Kenneth Clark, ist im Alter von 79 Jahren in Hythe, Grafschaft Kent, gestorben. Zu besonderem Ansehen war er vor allem durch seine in zweijährigen Dreharbeiten entstandene Fernsehserie „Civilisation" (1969) gekommen. Bereits mit 20 Jahren war der aus einer reichen Textilhandelsfamilie stammende Clark Direktor der „National Gallery" in London geworden. Er hatte diesen Posten bis 1945 inne. Danach begann er an der Universität Oxford zu lehren, 1953 wurde er Leiter des britischen „Arts Council" und ein Jahr später Vorsitzender der neuen „Independent Television Authority" (ITA).

Pastorenfamilie starb in Flugzeugtrümmern

Kanadischer Starfighter explodierte beim Schauflug

AP, Frankfurt

Das Leben einer fünfköpfigen Pfarrersfamilie aus Frankfurt wurde am Pfingstsonntag beim Absturz eines Kampfflugzeuges der kanadischen Luftwaffe vom Typ Starfighter CF 104 G ausgelöscht. Die Maschine, die an einem Schaufliegen zum „Tag der offenen Tür" auf der amerikanischen Rhein-Main-Luftwaffenbasis teilnahm, explodierte nach Angaben der Behörden um 14.15 Uhr aus zunächst ungeklärter Ursache über dem Frankfurter Waldstadion. Brennende Trümmer stürzten auf die zu diesem Zeitpunkt stark befahrenen Straßen. Der 27jährige kanadische Fliegerhauptmann Alan Stephenson konnte sich mit dem Schleudersitz retten.

Das Fahrzeug vom Typ Peugeot des 40jährigen Pfarrers Martin Jürgen aus Frankfurt wurde nach den Angaben während der Fahrt auf der Mörfelder Landstraße von einem Flugzeugteil getroffen und geriet selbst in Brand. Im Wagen befanden sich neben Jürgen seine 38jährige Ehefrau, der elfjährige Sohn, die knapp ein Jahr alte Tochter, die 77jährige Mutter des Pfarrers und eine 19jährige Bekannte aus Detmold. Die junge Frau wurde aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt. Sie schwebte auch gestern noch in Lebensgefahr. Die fünfköpfige Familie verbrannte im Wagen.

Nach Angaben der Polizei wurden außerdem ein elf- und ein zwölfjähriger Junge nahe der Unfallstelle leicht verletzt. Der Zwölfjährige erlitt einen Schock, der Elfjährige verletzte sich, als er vor der Unfallstelle weglaufen wollte. Durch die im Umkreis von mehreren hundert Meter herabfallenden brennenden Wrackteile wurden weiter 50 Fahrzeuge beschädigt, zwölf davon brannten völlig aus.

Der Nordkreisel der Bundesstraßen B43 und B44, die Mörfelder Landstraße und der Autobahnzubringer waren bis gestern mittag gesperrt. Das Schaufliegen auf der Luftwaffenbasis wurde nach dem Unglück abgebrochen. Zu der Flugschau waren nach Angaben eines Militärsprechers über 400 000 Menschen gekommen. Zur gleichen Zeit herrschte an der Unfallstelle ein starkes Verkehrsaufkommen durch die Besucher des Volksfestes „Frankfurter Wäldchestag", zu dem am Sonntag nach Polizeiangaben 25 000 Besucher kamen.

Die Maschine gehörte nach Angaben eines kanadischen Militärsprechers zu einer Staffel von fünf Flugzeugen, die über der Luftwaffenbasis Kunststücke zeigten. Dabei überquerten sie nach Angaben eines Augenzeugen die südliche Startbahn des Frankfurter Flughafens knapp 20 Meter über der Piste. Die Piloten hätten „gewagte Luftrollen" geflogen. Vier Maschinen seien im Formationsflug an den Tribünen vorbeigeflogen, die fünfte habe Angriffe simuliert.

Dann habe dieses Flugzeug eine große Schleife über dem Neu Isenburger Wald gezogen. Sie sei dicht über den Baumwipfeln geflogen. Plötzlich seien aus einer Tragfläche Flammen geschossen. „Sekundenbruchteile später riß die Tragfläche ab, und schon war auch die Maschine weg", erklärte der Augenzeuge. Über der Absturzstelle sei ein schwarzer Rauchpilz mehr als 100 Meter hoch aufgestiegen. Ein Augenzeuge: „Es war eine Feuersäule wie ein Atompilz." Der Militärsprecher erklärte, der Pilot der Unglücksmaschine habe um 14.14 Uhr an den Tower „troubles", „Schwierigkeiten", in der Maschine gemeldet. Sekunden später sei die Maschine explodiert. Die Ermittlungen wurden von den Experten des Landeskriminalamtes und der Frankfurter Polizei sowie der kanadischen Behörden aufgenommen.

Das letzte Unglück bei einer Flugschauveranstaltung ereignete sich im September 1982 während der Mannheimer Luftschiffertage. Dabei kamen beim Absturz eines amerikanischen Hubschraubers 46 Menschen ums Leben. Zu den Opfern zählten 39 Fallschirmspringer aus den USA, Frankreich, England und der Bundesrepublik sowie vier Besatzungsmitglieder, ein Begleiter und ein zwei Mann starkes Kamerateam des amerikanischen Soldatensenders AFN. Die Fallschirmspringer wollten einen Rekord im Fallschirm-Formationsflug aufstellen. Der Hubschrauber war abgestürzt, nachdem ein Rotorblatt abgebrochen war.

Angst vor AIDS füllt Madison Square Garden

Die Seuche breitet sich auch in Deutschland aus

REINHARD BEUTH, New York

Man engagierte gleich den ganzen Zirkus Barnum & Bailey. Man mietete den riesigen Madison Square Garden mit seinen 25 000 Plätzen. Man startete die größte Gala, die New York je erlebte: Um Gelder zusammenzubringen für die Erforschung von AIDS, der rätselhaftesten Seuche, der die moderne Medizin jemals gegenüberstand.

Von den, so die Medical Tribune, bisher in den USA bekanntgewordenen knapp 1500 Fällen sind schon mehr als die Hälfte tödlich verlaufen. Die Zahl wird noch steigen, da allein die Inkubationszeit sechs bis achtzehn Monate beträgt.

Auch ist von hohen Dunkelziffern die Rede, da AIDS – ein vermutlich infektiöser Totalverlust der körpereigenen Abwehrkräfte – nicht unmittelbar zum Tode führt, eigentliche Todesursachen dann Lungen- oder Hirnhautentzündungen sind. Inzwischen häufen sich die AIDS-Fälle auch in Deutschland. Allein im Großraum Köln wurden zwölf Erkrankungen registriert. Berlin, München und Frankfurt sind ebenfalls betroffen.

Während sich die Krankheit zunächst vor allem unter Homosexuellen ausbreitete – wegen des häufigen Partnerwechsels eine Risikogruppe bei allen ansteckenden Krankheiten –, sind inzwischen fast ein Drittel der Erkrankten Frauen und sogar deren Babys.

Da sich die Regierung in Washington schwertut, Forschungsgelder für AIDS (Acquired Immunity Difiency Syndrome) zur Verfügung zu stellen, einerseits wegen ihrer Sparmaßnahmen auf dem Gesundheitssektor, andererseits aber auch unter dem Druck der „Moral Majority", die die „Homo-Seuche" als „gerechte Strafe Gottes" betrachtet, haben die amerikanischen Homosexuellen-Verbände zur Selbsthilfe gegriffen. Ist die New Yorker Zirkus-Gala die spektakulärste Aktion, so finden in den einschlägigen Lokalen und Diskotheken überall im Land Tombolas und Shows statt, deren Erlös der AIDS-Forschung zugeführt wird.

In San Francisco, von dessen knapp 700 000 Einwohnern nach offiziellen Schätzungen ein Viertel homosexuell ist, bewog der städtische Finanzausschuß jetzt Bürgermeisterin Dianne Feinstein, fünf Millionen Mark aus städtischen Mitteln für die AIDS-Forschung zur Verfügung zu stellen – eine beispiellose „freiwillige" Hilfsaktion, da medizinische Forschung in den USA Aufgabe des Bundes und der Bundesstaaten ist.

250 Streifenpolizisten von San Francisco wurden vorsorglich mit besonderen Atemschutz-Masken und Plastikhandschuhen ausgestattet, für den Fall, daß die Beamten mit mutmaßlichen AIDS-Kranken in Kontakt kommen.

Das Leben in den amerikanischen Homosexuellen-Gemeinden hat sich seit dem Grassieren der AIDS-Epidemie radikal geändert. Vor allem anonyme Begegnungsstätten wie Badehäuser und Clubs werden gemieden. Zahlreiche derartige Unternehmungen haben in den letzten Wochen aufgegeben.

Während die Ansteckung durch Geschlechtsverkehr und kontaminierte Blutkonserven als gesichert gilt, tappt man bei der Suche nach dem Erreger noch im Dunkeln. Es gibt Anzeichen dafür, daß es sich um einen mutierten Virus oder eine Virusfraktion handelt, die auf Haiti entstanden ist.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet mit Zentrum über der Adria beeinflußt mit seinen Fronten das Wetter in Mitteleuropa.

Deutscher Wetterdienst 23. Mai 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Im äußersten Norden und Nordwesten wechselnd wolkig und kaum Niederschlag. Sonst stark bewölkt bis bedeckt und Regen, besonders im Süden und Osten länger andauernd. Tageshöchsttemperaturen 13 bis 17 Grad, im äußersten Nordwesten bis 19 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind, vorwiegend aus Nordost.

Weitere Aussichten:

Unbeständig, nur leichter Temperaturanstieg.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	28°
Bonn	15°	Kopenh.	13°
Dresden	12°	Las Palmas	20°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	11°	Madrid	15°
Hamburg	15°	Mailand	15°
List/Sylt	14°	Mallorca	20°
München	8°	Moskau	24°
Stuttgart	8°	Nizza	18°
Algier	20°	Oslo	13°
Amsterdam	13°	Paris	13°
Athen	22°	Prag	15°
Barcelona	16°	Rom	19°
Brüssel	14°	Stockholm	14°
Budapest	28°	Tel Aviv	24°
Bukarest	24°	Tunis	20°
Helsinki	18°	Wien	15°
Istanbul	19°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.19 Uhr, Untergang 21.20 Uhr, **Mondaufgang:** 19.52 Uhr, Untergang 4.57 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Gast aus Amerika löste in Deutschland ungeahnte Raumfahrt-Begeisterung aus

Rund 250 000 Menschen haben über Pfingsten der „Enterprise" in Köln-Wahn, trotz kilometerlanger, Staus ihre Aufwartung gemacht. „Es herrschte eine Begeisterung für die Raumfahrt wie zu Wernher v. Brauns Zeiten", wunderte sich ein Offizieller. Heute morgen ist das Huckepack-Gespann zur Pariser Luftfahrtschau aufgebrochen. Einer Ehrenrunde wie im Köln-Bonner Raum hat Paris jedoch nicht zugestimmt. FOTO: POLY-PRESS

Tötet saurer Smog die Lipizzaner?

Von INGO URBAN

Die Katastrophe auf dem Lipizzaner-Gestüt in Piber in der Steiermark scheint ihre tatsächliche Ursache in einem Umweltskandal zu haben, der in Österreich seinesgleichen sucht.

Als Ende März dieses Jahres die Nachricht kam, daß das Lipizzaner-Gestüt – ein Inbegriff Österreichs – wegen einer geheimnisvollen Pferdeseuche vorübergehend geschlossen werden müsse, ahnte niemand, welche verheerenden Folgen sich noch einstellen würden.

In einem Gespräch mit der WELT berichtete der seit 24 Jahren auf Piber tätige Tierarzt Otmar Schmehlik, man habe trotz eines aufopferungsvollen Kampfes acht Stuten sowie 33 Föten (ungeborene Fohlen) und Fohlen der wertvollen Zucht verloren.

Als unmittelbarer Anlaß für diesen Verlust wird der Herpes-Virus, Equine Rhinopneumonitis, genannt – ein Virus, der die oberen Luftwege angreift und vorerst zu Nasenausfluß, Husten und Fieber führt. Eine weitere Folge des Herpes-Virus ist für trächtige Stuten der Virus abortus, eine Geißel der Pferdezucht. Sie führt zu Tot- und Frühgeburten; ihr fallen aber auch die Muttertiere zum Opfer. Und das Schlimmste: „Es gibt kein Ausheilen dieser Krankheit. Der Virus bleibt in den Nervenzellen erhalten und kann von dort aus jederzeit aktiviert werden", betonte der Tierarzt. Piber war bisher von dieser Seuche verschont geblieben.

Zur Ursache des plötzlichen Ausbruches mochte sich der Tierarzt, als weisungsgebundener österreichischer Staatsbeamter der Schweigepflicht unterlegen, freilich nicht äußern.

Von nicht öffentlicher Stelle wurde unterdessen in Österreich die These vertreten, die Ursache der Seuche sei auf eine verminderte Abwehrfähigkeit des Immunsystems der Tiere durch Umweltbelastungen zurückzuführen. Unmittelbarer Anlaß sei die Luftverschmutzung der Österreichischen Drau-Kraftwerke (ÖDK), Kohlekraftwerke, die mit Braunkohle befeuert werden.

Drei Kraftwerke der ÖDK mit einer Gesamtmegawattleistung (Mw) von 430 Mw liegen nur etwa vier Kilometer vom Lipizzaner-Gestüt entfernt. Sie stoßen täglich 100 Tonnen SO2 (Schwefeldioxid), 25 Tonnen NOx (Stickoxid), Staub und Schwermetalle aus. Bei dem Hauptkraftwerk ÖDK III, das allein eine Leistung von 330 Mw hat, werden die Abgasmengen nur zu 50 Prozent entschwefelt.

Diese ungeheuren Abgasmengen verdichten sich vor allem im Winter aufgrund einer bestehenden Inversionswetterlage im Käfler-Voigtsberger-Becken – dem Standort Pibers und der Kraftwerke – zu einer sauren Smog-Glocke. Diese Wetterlage verhindert in diesem Gebiet bei Südostströmungen sowie Hochdruck-Wetterlagen den Austausch von kalter und warmer Luft. Folge: Über dem Becken entsteht ein sogenannter Kaltsee, in dem sämtliche Abgase hängenbleiben.

Nach Ansicht von österreichischen Biologen, Strömungstechnikern und Umweltexperten kommt zu dieser permanenten Belastung noch hinzu, daß das Lipizzaner-Gestüt in einem Leegebiet (Windschatten) liegt. Dort kommt es dann zu einer erhöhten Konzentration von Giftstoffen in der Luft. Als sichtbares Zeichen dieser fahrlässigen Gefährdung der gesamten Region beginnt der Wald zu sterben. „In drei Jahren ist die Region hin", so ein hoher österreichischer Staatsbeamter.

Die Auswirkungen der Luftverunreinigung durch allgemeine Schadstoffe und im besonderen durch Schwefeldioxid lassen sich praktisch nicht voneinander trennen. Dort, wo ein hoher Schadstoffgehalt in der Luft zu finden ist, ist meistens auch die Schwefeldioxid-Konzentration hoch.

Schwefeldioxid ist ein Reizgas, das sich realtiv gut in Wasser zu schwefliger Säure löst. Wenn es in Kontakt mit den feuchten Schleimhäuten des Organismus der Säugetiere kommt, schlägt es sich dort zu einem großen Teil nieder und verursacht eine entzündliche Reizung. Dies führt zur Zerstörung der Schleimhauthärchen (Flimmerepithel) der tieferen Luftwege, die für einen ständigen Abtransport von Schleim und Schadstoffen aus der Lunge verantwortlich sind. Irritationen des autonomen Nervensystems und der Abwehrlage des Körpers, also eine Verringerung des Immunsystems, sind die Folge.

Von dem emeritierten Leiter der Forschungsstelle für Zivilisationskrankheiten an der Universität in Innsbruck, Walter Kirchmayr, und dem Umweltexperten Josef Korber, einem Beamten der steierischen Landesregierung, wird eine vollständige Entschwefelung und Beseitigung der Schadstoffe in den Abgasen der Kraftwerke gefordert. Diese Forderung gewinnt in der Bevölkerung und in Fachkreisen immer mehr Freunde. So wird schon die Veröffentlichung der Meßdaten über die Schadstoffe in den Abgasen verlangt – Daten, „die bisher in den Panzerschränken der Wiener Regierung verschwinden", heißt es vor Ort.

Die Lipizzaner-Seuche rief auch schon Heckenschützen auf den Plan. Sie sind weniger an einer vollständigen Klärung der tatsächlichen Ursache der Seuche interessiert; ihnen geht es mehr darum – unter dem Deckmantel der Sicherheit für die Tiere –, das Gestüt ganz aus der Steiermark abzuziehen und es in der Nähe Wiens anzusiedeln.

Die Steiermärker reagierten mit Empörung auf dieses Ansinnen. Sie befürchten, daß durch diesen Vorschlag die Umweltbelastungen der Kohlekraftwerke der ÖDK nicht behoben werden. Außerdem käme es zu einer entscheidenden wirtschaftlichen Schwächung ihrer ohnehin nicht gerade bevorteilten Regionen. Dies bedeute allein den Verlust von jährlich 70 000 Gästen, die zum Besuch des Lipizzaner-Gestüts kommen. Man kann hier nicht verstehen, daß „der Wasserkopf Wien auch dieses österreichische Kulturgut verschlingen soll".

Für den steierischen Landeshauptmann Josef Krainer ist dagegen klar: Es ist ein überparteiliches Anliegen, die weißen Pferde in der krisenbedrohten Weststeiermark zu belassen, etwas, das auch der Stimmung in der Bevölkerung entspricht. Weit mehr als 30 000 Unterschriften haben sich gegen eine „Lösung des Problems" – Verlegung des Gestüts – ausgesprochen.

Die Weststeierer bedrückt unterdessen eine ganz andere Frage: „Ist das qualvolle Sterben der Pferde nicht auch Warnung für uns?"

„Naturschutz in Österreich – das ist ein Skandal!" Prinz Philipp, Präsident der Internationalen World Wildlife Fond, hat das kürzlich der Wiener „Kronen-Zeitung" gegenüber geäußert.

Inversionsschicht – Blauer Himmel – Nebel – Wind – Wasserdampf – Kühlturm – Abgase tägl.: -100 t SO_2 -25 t NO_x Staub, Schwermetalle – Dichter saurer Smog – Waldsterben – Leegebiet – Piber Lipizzanergestüt – ÖDK III 330 Mw – ÖDK II -60 Mw – ÖDK I -50 Mw – 0 km – -4 – DIE WELT

Der „weiße Wal" entkam seinen Rettern

dpa, Kopenhagen

Der vor einer Woche in den dänischen Limfjord eingedrungene weiße Wal ist seinen wohlmeinenden Häschern über Pfingsten trotz tagelanger Jagd nicht ins Netz gegangen. „Klug wie ein russischer U-Boot-Kommandant in den schwedischen Schärengärten", so die dänische Feiertagspresse, blieb „Moby Dick" auch gestern auf Tauchstation. Um ein Haar hätten die Tierschützer Erfolg gehabt. Vor rund 30 000 Zuschauern war der etwa sechs Meter lange und rund eine Tonne schwere Beluga in ein 500 Meter breites Netz getrieben worden, von wo aus er auf eine Art gepolsterter Liege geschoben und dann mit einem Kran auf einen Lastwagen gehoben werden sollte.

Endstation sollte die Nordsee vor dem nördlichen Jütland sein. 50 Tierschützer und Biologen hatten sich an der Rettungsaktion beteiligt. Doch im letzten Moment entwischte der Wal offenbar durch ein Loch im Netz. Unter dem Applaus der Zuschauer suchte „Moby Dick" schwimmend wieder das Weite. Dabei ist es nach Meinung von Fachleuten notwendig, daß der Wal geborgen wird. Das Fjordwasser ist für das Meeressäugetier mit zwölf Grad zu warm. In seinen heimatlichen Gewässern 3000 Kilometer nördlich zwischen Spitzbergen und Grönland beträgt die Wassertemperatur nur etwa fünf Grad. Die Experten sind jetzt unschlüssig, ob sie einen weiteren Rettungsversuch wagen sollen. Einige meinen, der Wal finde den Ausweg aus dem Fjord selbst. Überdies sei eine Bergungsaktion auch mit Risiken verbunden. Durch einen Fang- und Hebeversuch könne der Körper des Tieres durch sein enormes Eigengewicht so zusammengedrückt werden, daß der Wal verende.

Bahn ködert Fahrgäste mit geräucherten Forellenfilets

Das neue Konzept: Mit Luxus und Komfort in die Zukunft

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Im rollenden Restaurant (DSG) serviert der Ober Erlesenes auf feinem Porzellan: geräuchertes Forellenfilet, Sahnemeerrettich, Butter und Toast; Rindfleischsuppe mit Pfannkuchenstreifen; Schweinesteak mit Pfifferlingen, Grilltomate und Kartoffelpüree; Käseauswahl, Butter und Brot; Eiscreme mit Kirschwasser; Kostenpunkt: 34,50 Mark. Im Clubwagen (Bier vom Faß, Hochprozentiges, Snacks, Stewardeß) läuft ein Folkloreprogramm, ausgesucht zur jeweils durchfahrenen Landschaft: Rheinlieder zwischen Düsseldorf und Koblenz, Heinrich Heine an der Loreley, Krachledernes südlich des Weißwurst-Äquators. Fernsehen und Video sind für die Zukunft programmiert.

Schauplatz des touristischen „Highlife" auf Rädern ist Deutschlands neuer vollklimatisierter, mit Teppichboden, Polsterkomfort und Viersterne-Standard aufgemöbelter Superzug, das Flaggschiff der Deutschen Bundesbahn, der TEE „Rheingold" (Amsterdam–Basel, mit einer Flügelstrecke Mannheim–Heidelberg–Heilbronn, Schwäbisch Gmünd, Nördlingen, Augsburg, München). Ab 29. 5. 1983 – Beginn des Sommerfahrplans – soll er den Begriff „Eisenbahn-Fahrkomfort" auch nach Weltmaßstab in eine neue Dimension heben.

Als die neuen Bundesbahn-Bosse ihre moderne, aggressive Marketing-Strategie mit der Konzeption des „Rheingold 1983" akzentuierten, hatten sie als Fahrgast-Zielgruppe zahlungskräftige amerikanische Europa-Touristen im Auge. Ihren Bedürfnissen soll vor allem die Streckenführung Mannheim–München entgegenkommen, die landschaftlich und historisch besonders reizvolle Landstriche der Bundesrepublik Deutschland durchschneidet. DB-Vorstandsmitglied Hemjö Klein: „Keine Route für den eiligen Reisenden, jedoch Genuß und Erlebnis für den, der diese Gegenden auf besonders angenehme Weise kennenlernen will."

Das touristische Schwergewicht der süddeutschen „Rheingold"-Abzweigung wird durch folgende Fakten hervorgehoben: Erstens – die Strecke wird nur im Sommer (bis 24. 9.) befahren; im Winter rollen die attraktiven „Clubwagen" – es handelt sich um ausgemusterte und umgerüstete ehemalige Abteil-Großraumwagen der TEEs – auf der „Managerstrecke" Amsterdamm–Basel. Zweitens – die folkloristische Unterhaltung der „Rheingold"-Reisenden obliegt den Fremdenverkehrsverbänden der durchfahrenen Landschaften.

Der einmalige 1983er „Rheingold"-Service soll, das kündigte Klein an, jedoch nur ein Auftakt für weitere Reiseknüller sein. So kommen irgendwann in den nächsten Jahren die längst ausgemusterten (und an die Schweizer „Toggenburg-Bahn" verkauften) gläsernen Aussichtswagen als Wagentyp wieder auf die Schiene.

Zukunftsweisendes auch in den neuen, vorerst neun Zugpaare zählenden Fernexpreß-Zügen, die ab 29. Mai Westdeutschland (Raum Dortmund) mit den Urlaubszentren im Süden verbinden. Sie sollen im touristischen Bereich das „gekippte" innerdeutsche TEE-Netz ersetzen und das Intercity-Angebot ergänzen. Wie sich die Bundesbahn in Zukunft familienfreundliche Urlaubsreisen auf der Schiene vorstellt, demonstriert sie im Fernexpreß (FE) „Königssee", wo ein „Kinderlandwagen" eingesetzt wird.

Wieder Tunnel-Unglück in Italien

AP, Celle Ligure

In Zusammenhang mit dem schweren Verkehrsunfall in einem Straßentunnel 30 Kilometer südlich von Genua hat die Polizei am Sonntag einen spanischen Lastwagenfahrer unter dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung in mehreren Fällen festgenommen. Der 39jährige José Gonzales Gracierra wurde in einem Krankenhaus der ligurischen Stadt Savona inhaftiert, wo er sich wegen der bei dem Massenzusammenprall erlittenen Schnitt- und Rauchverletzungen behandeln lassen mußte. Er hatte den mit Flüssiggas beladenen Lastwagen gefahren, der am Samstagmorgen auf die mehr als 20 sich in dem Tunnel stauenden Autos aufgefahren war und dadurch die Explosion der Benzintanks mehrerer Fahrzeuge verursacht hatte. Acht Menschen kamen ums Leben, 22 wurden verletzt.

Unter den Verletzten ist auch eine dreiköpfige Familie aus der Bundesrepublik Deutschland, deren Namen mit Ludwig, Edith und Ingeborg Hernfried angegeben wurde. Sie sind 39, 35 und zwölf Jahre alt. Alle übrigen Verletzten sind Italiener. Sie wurden mit Rauchvergiftung in das San-Paolo-Krankenhaus in Savona gebracht. Die Leichen der bei dem Unfall ums Leben gekommenen Auto-Insassen waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Bisher konnten erst sieben der acht Todesopfer identifiziert werden. Bis zur Wiederfreigabe des Autotunnels an der ligurischen Autobahn am späten Samstagabend hatte die Feuerwehr Stunden gebraucht, um die Flammen unter Kontrolle zu bringen. Erst am 28. April war ein Bus in einem Tunnel bei Florenz von einem Lkw gerammt worden. Dabei starben elf Kinder.

Regen verhinderte Pfingst-Chaos auf den Straßen

AP, Frankfurt

Das für die Pfingsttage erwartete Verkehrschaos auf bundesdeutschen Autobahnen ist buchstäblich ins Wasser gefallen. Die Temperaturen, die am Freitag gebietsweise noch bei 29 Grad lagen, fielen um 16 Striche auf 13 Grad. Örtlich traten Gewitter auf. Bis auf etwa 900 Meter herab gingen in den Alpen die Niederschläge in Schnee über. Im Kieler Vorort Kronshagen richtete eine Windhose Schäden in Millionenhöhe an. Auch für die nächsten Tage rechnen die Meteorologen mit zum Teil lang anhaltenden Regenschauern und Temperaturen um 13 Grad. Die für Freitag abend und Samstag vormittag auf den süddeutschen Autobahnen erwartete große Pfingstreisewelle blieb weitgehend aus. Am Pfingstmontag regnete es fast im gesamten Bundesgebiet. Nur im äußersten Nordwesten kam noch die Sonne durch. Von Deutschlands höchstem Berg, der Zugspitze, wurde leichter Schneefall gemeldet. Bei einer Temperatur von minus zwei Grad blies ein frischer Südostwind mit Sturmböen. Die Schneehöhe beträgt immer noch 415 Zentimeter. Auch die vier Zentimeter dicke Schneedecke auf dem Feldberg im Schwarzwald trug nach Angaben der Wetterwarte nicht zu einer Steigerung des Nahstreckentourismus bei. Größere Staus wurden nur von den neuralgischen Punkten des Autobahnnetzes gemeldet: vom Ablaufstieg auf der A 8 und vom Leonberger Dreieck. In Kronshagen bei Kiel richtete eine für die Bundesrepublik seltene Wettererscheinung, eine Windhose, nach Angaben der Polizei Sachschäden in Millionenhöhe an. Der Wirbelwind fegte am Samstag gegen 22.00 Uhr 20 Minuten lang durch ein Gewerbegebiet der Stadt, schleuderte Autos bis zu 100 Meter weit durch die Luft, warf Wohnwagen um, deckte Dächer ab und entwurzelte Bäume. Menschen seien nicht zu Schaden gekommen. Die Schneise der Verwüstung war rund 500 Meter breit.

76jähriger gekreuzigt

AFP, Warschau

Die gekreuzigte Leiche eines 76jährigen polnischen Bauern ist auf einem Acker im Gebiet von Kielce, 170 km südlich von Warschau, entdeckt worden. Bei dem Mörder des alten Mannes soll es sich um einen Geistesgestörten handeln, der bereits einmal in psychiatrischer Behandlung war.

Dunkler Punkt entdeckt

SAD, Miami

James Andrew Sunbury, einer der beiden „Eastern Airlines"-Mechaniker, deren Nachlässigkeit den Beinahe-Absturz eines Jumbo-Jets zwischen Miami und Nassau verursachte, ist vor einem Jahr wegen Drogenmißbrauchs von einem Gericht in Miami verurteilt worden. Das gab jetzt die Luftfahrtbehörde der Vereinigten Staaten bekannt. „Eine Verurteilung wegen Drogenmißbrauch ist Grund genug, um einem Mechaniker die Lizenz zu entziehen", erklärte ein Sprecher der Behörde FAA. Die beiden Mechaniker wurden nach dem Beinaheabsturz lediglich für 30 Tage vom Dienst suspendiert.

Symbolische Verbrennung

dpa, Berlin

Mit einer spektakulären Aktion haben „autonome Tierschützer" auf dem Berliner Kurfürstendamm gegen Tierversuche demonstriert. Vor mehreren hundert Passanten übergoß sich am Sonntagabend vor der Gedächtniskirche ein junger Mann mit Benzin und zündete sich an. Polizisten, die dem in Flammen stehenden Mann helfen wollten, brauchten nicht einzugreifen: Der Tierfreund trug einen feuerfesten Asbestanzug.

Arche Noah zu den Falklands

AFP, London

Eine „Arche Noah des 20. Jahrhunderts" wird im Juli zu den Falkland-Inseln geschickt werden, um dort die beim britisch-argentinischen Inselkrieg vom Frühjahr 1982 getöteten Haustiere zu ersetzen. Geplant ist die Verschiffung von Kühen, Schafen, Schweinen, Ziegen, Pferden, Ponys, Hunden und Katzen.

Erdrutsch vernichtet Dorf

AFP, Rom

Acht Tote, fünf Vermißte und mehr als zwanzig Verletzte – das ist die erste Bilanz des Erdrutsches, der am Pfingstsonntag gegen 12.20 Uhr einen Teil des Dorfes Tresenda di Teglio bei Sondrio in den italienischen Zentralalpen verwüstete. Die Geröll- und Schlammlawine hatte die meisten Dorfbewohner beim Mittagessen überrascht.

Blitz erschlägt 8 Menschen

rtr, Wien

Bei einem Gewitter sind in Nekkenmarkt, im österreichischen Burgenland, gestern acht Menschen vom Blitz erschlagen worden. Sie hatten unter einem Baum Schutz gesucht. Neun weitere Personen wurden mit Brandwunden und anderen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

ZU GUTER LETZT

Wir suchen
Sekretärinnen/e
mit Berufserfahrung und Sprachkenntnissen, die gern im Chaos arbeiten. Bewerbungen an:
Die Grünen im Bundestag,
Personalabtlg., Bundeshaus,
5300 Bonn.

Gelesen im Bonner „General-Anzeiger" vom 21./22. Mai.

